



Auflage: 200 000 Exemplare.



Nr. 26

Hamburg, den 30. Juni 1906

19. Jahrgang

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Besenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Versus-Anzeigen
für die breitgepaßene Beilage oder deren Raum 30 4

Empor!

Wie uns die Feinde rings auch großten
Und wiesen ihre Uebermacht, —
Was kämpfend wir vollbringen wollten,
Wir haben es trotzdem vollbracht!
Wie oft sie uns auch schwer verwundet,
Wir haben darob nicht geklagt
Und ihnen nie den Kampf gestundet,
Im guten Geist stets unverzagt.

Wir mußten hart und lange ringen,
Scheinbar umsonst in trüber Zeit,
Bis uns erfreute das Gelingen,
Dem heut' mein feiernd Lied sich weihet;
Bis unserm Müh'n vor fünfzehn Jahren
Der Anfang schönen Lohns erstand,
Der Bund, des Herolds wir stets waren,
Der Maurer Deutschlands Kampf-Verband.

Wohl wußten wir, was wir da schufen,
Das unterstand noch jenem Bann,
Den nicht ein kurzes Mahnungs-Rufen
Mit einemmal zersprengen kann,
Dem Bann des Stumpfsinns, der die Massen
Der Unterdrückten immer zwang,
So lange, bis sie konnt' erfassen
Des freien Geistes Vorwärts-Drang.

Wir haben diesen Bann empfunden
Und rastlos seinen Bruch erstrebt
Durch viel gedankenschwere Stunden, —
Und haben seinen Bruch erlebt!
O, das ist Lohn, und das ist Segen,
Der bis zum letzten Lebens-tag
Anspornend, tröstend, allerwegen
Stets wachsend bei uns bleiben mag!

Nicht macht' es unsern Mut zu schanden
Als damals, da der Bund erstand,
Zwölftausend nur sich zu ihm fanden
Im ganzen weiten deutschen Land.
Der Geist, dem diese Männer schworen,
Wie wirkte er so groß, so hehr!
Aus ihm heraus ist uns geboren
Ein zweimalhunderttausend Heer.

Es ist der Geist, der in dem Rechte
Der Arbeit ungestörter lebt,
In einem neuen Kraftgeschlechte
Sich stetig herrlicher erhebt;
Der Geist des Menschthums ist's, den nimmer
Des Mammons Uebermacht zertritt,
Der Geist, der unaufhaltsam immer
Sieghaft durch die Geschichte schritt.

Ihm, der da, jeglicher Vernichtung
Sich frei enthebend, leuchtend zieht
Die eigne Bahn in fester Richtung, —
Ihm, der vor keiner Macht entflieht,
Dem machtlos ist vorbeigezogen
Im Sturm der Zeiten wechselvoll,
Was sich ein heilig Recht erlogen, —
Ihm gilt heut' unser's Herzens Zoll:

Wir grüßen dich, wir sind dein eigen
Und folgen dir, du heil'ger Geist,
Denn du wirst uns die Wege zeigen,
Die kommenden Geschlecht noch preist.
Nicht Flüg', nicht Torheit soll uns rauben,
Was uns den Kampfesmut verschafft,
Den großen, allgewältigen Glauben
An dich, an die Erlösungskraft.

Tauscht Herz um Herz, Ihr Bundgenossen,
Reicht Euch im Geist die Bruderhand,
Und wirket weiter unverdrossen,
Daß immer stärker werd' das Band
Der Eintracht, das sie alle bindet,
Für die der große Kampf entbrannt, —
Empor, was auf dem Bau sich findet,
Empor! Reicht Euch die Bruderhand!

S. F.

1891-1906

Es war im Jahre 1891, zu Pfingsten, als sich in Soltau der achte Maurerkongress ernsthaft mit der Reorganisation der Maurervereinigung befaßte. Nach einem Referat des Kollegen Joh. Stanning wurde am 12. Mai mit 94 gegen 6 Stimmen beschlossen, eine Zentralorganisation zu schaffen, und im Anschluß an den Kongress fand am 13., 14. und 15. Mai die konstituierende Versammlung statt, die der neuen Vereinigung den Namen **Zentralverband der Maurer und verwandten Berufsgenossen** gab. Als Sitz des Verbandes wurde Hamburg bestimmt. In den Vorstand wurden gewählt: H. Dammann, Vorsitzender; J. Stanning, Stellvertreter; F. Wilbrandt, Kassierer; W. Bölow, Stellvertreter; H. Meyer, Schriftführer. Ende Mai, im Nr. 22 des „Grundstein“, 4. Jahrgang, erteilt der Vorstand einen Aufruf zur Bildung von örtlichen Verwaltungsstellen, mit dem Hinweis, daß der Anschluß an den Verband am 1. Juli erfolgen könne. Am diesem Tage ist denn auch in der Tat die Konstituierung des Zentralverbandes mit circa 60 örtlichen Verwaltungsstellen erfolgt. Somit sind am 1. Juli 1896 fünfzehn Jahre verflossen, seit der Zentralverband der Maurer Deutschlands ins Leben getreten ist. Der 1. Juli ist auch der Geburtsstag des „Grundstein“, der drei Jahre älter ist als der Verband, sowie des „Neuen Bauhandwerkers“, mit dessen Herausgabe im Jahre 1888 die neue, auf die Zentralisation gerichtete Bewegung eine energische Förderung erhielt. Mit der Herausgabe des „Neuen Bauhandwerkers“ durch die Agitationskommission in Hamburg wurde der schon vorher fähigste, empfindendste Mann in der deutschen Maurerbewegung freilich noch klarer, aber schließlich hat sich doch gezeigt, daß die von den Hamburgern gewiesene Bahn richtig war.

Die Wiederkehr des Tages, an dem unser Verband fünfzehn Jahre Tätigkeit hinter sich hat, bewegt uns dazu, einen kurzen Rückblick auf seine Entwicklung zu werfen. Wer die ersten Jahre nicht mit erlebt hat, wird es kaum für möglich halten, daß aus so kleinen Anfängen eine so kraftvolle Organisation entstanden ist, wie wir sie zu unser aller Freude seit einigen Jahren kennen. Der Anfang des Verbandes war wenig ermutigend und für seine Gründer eine große Enttäuschung. Nach den kurz vor dem achten Kongress veranstalteten Umfragen sollten 295 Maurerfachvereine mit 88 447 Mitgliedern bestehen, und da die Verbandsergänzung sich einmündig beschließen worden war, konnte man annehmen, daß sich die übergroße Zahl der Vereine und ihrer Mitglieder alsbald dem Verband anschließen würden. Diese Hoffnung fand leider keine Bestätigung. Nur 118 Vereine schlossen sich dem Verband in seinem ersten Geschäftsjahre an, und im ganzen hatte er am Ende dieses Zeitraums (30. Juni 1892) 148 Zählstellen und 5 Einzelmitgliedern mit zusammen 18 515 Mitgliedern. Beispielsweise hatte die Provinz Brandenburg vorher 33 Fachvereine aufzuweisen, der Verband im ersten Jahre aber nur 10 Zählstellen; in der Provinz Sachsen 28 Vereine 12 Zählstellen; in Pommern 18 Vereine 7 Zählstellen; in Mecklenburg 38 Vereine 20 Zählstellen; in Hannover 27 Vereine 17 Zählstellen; in den mitteldeutschen Fürstentümern 23 Vereine 8 Zählstellen; in Bayern 9 Vereine 1 Zählstelle; im Mittelrheingebiet 11 Vereine 6 Zählstellen bezw. Mitgliedern. Nur in Schleswig-Holstein hatte der Verband einen Zuwachs: 33 Zählstellen gegen 28 Fachvereine. Die durchschnittliche Mitgliederzahl ist mit rund 12 000 zu beziffern.

Die zweite Verbandsabrechnung umfaßt sechs Quartale: vom 1. Juli 1892 bis 31. Dezember 1892. Es sind darin 199 Mitgliedschaften verzeichnet, davon hatten sich aber 34 wieder aufgelöst, darunter Zählstellen mehrerer bedeutender Städte. Die Mitgliederzahl war auf 11 959 gestiegen, und im ersten Quartal 1894 betrug sie gar nur 10 657. Es war eine trübselige Zeit. Es würde zu weit führen, wollten wir all die Umstände anführen, die einer kraftvollen Fortentwicklung der Organisation hindernd im Wege standen. Die Hauptursache war wohl, daß sich die Kollegen nicht so bald an eine geordnete Beitragszahlung gewöhnen konnten. Die Fachvereine hatten Monatsbeiträge von 10 bis 50 M. erhoben, zum Teil nur für neun Monate im Jahre; 20 und 25 M. war die Regel. Damit konnte der Verband nicht auskommen, er mußte sich von vornherein auf Wochenbeiträge in der gleichen Höhe einrichten. Auch durften die Mitglieder nicht — wie das in der Fachvereinszeit häufig vorkam — gelegentlich ein paar Wochen oder Monate zahlen und dann die Mitgliedschaft bis zu einem neuen dringlichen Anlaß an den Nagel hängen. Der Verband forderte von den Mitgliedern 10 M. wöchentlichen Beitrag und in den sechs Sommermonaten je nach der Lohnhöhe Extrabeiträge von 20 M. bis 1 M. pro Monat. Das erschien vielen Kollegen eine unerträgliche Last, und alsbald wurde gegen die „hohen“ Beiträge eine lebhafteste Agitation entfaltet. Der erste ordentliche Verbandskongress hat denn auch, leider ganz nutzlos, die Extrabeiträge niedriger, denn die Mitgliederzahl ist danach nicht gestiegen, sondern noch tiefer gesunken und die Aktionsfähigkeit des Verbandes ist noch schwächer geworden. Dies — die von den Kollegen zum Teil selbst verschuldeten Schwäche des Verbandes — war dann wieder vielen Deuten ein neues Argument, gegen den Verband zu agitieren. Arbeitslosigkeit in großem Umfang, die von Jahr zu Jahr drückender empfunden wurde, persönlicher Zwist unter den führenden Kollegen, der sich teilweise zu bitterem Haß auswuchs, taten das übrige, um den Aufstieg der Organisation zu verhindern.

So war die gewerkschaftliche Lage noch im Frühjahr 1895. Die wirtschaftliche Krisis hingegen war überwunden, so daß die Arbeitslosigkeit wieder hoffnungsvoll in die Zukunft blicken konnte. Der Vorstand des Maurerverbandes mußte freilich der ferneren Entwicklung der Organisation noch mit sehr gemischten Gefühlen

entgegen sehen. Wohl war die Zahl der Mitglieder etwas gestiegen, aber über 12 000 war sie immer noch nicht weit hinaus. Die milde Bezeichnung war noch immer verhängnisvoll, so daß niemand recht auf baldige Gesundung zu hoffen wagte. Es bedurfte eines kräftigen Stoßes, um den matten Geist aufzurichten, aus dem unfruchtbaren pessimismus herauszukommen und die Agitation neue Bahnen zu weisen. Dieser Notwendigkeit Rechnung tragend, berieten der Vorstand und Ausschuß des Verbandes zu Pfingsten 1895 einen außerordentlichen Verbandskongress nach Halberstadt ein, welchem Vorgehen sich der auf dem Gothhaer Kongress für alle Eventualitäten eingesetzte Generalsekretär der Maurer Deutschlands angeschlossen, indem er alle Kollegen auf forderte, Delegierte zu einem allgemeinen Maurerkongress nach Halberstadt zu entsenden. Auf dieser doppelten Generalsekretärversammlung wurde die Grundlage zu dem bald darauf einigenden Ausschuss unserer Organisation gelegt. Um die Agitation zu beleben und nachhaltig zu gestalten, beauftragte der Kongress den Generalsekretär mit der Errichtung und Unterhaltung von ständigen Agitationskommissionen, was natürlich geschah und von guter Wirkung gewesen ist. Die Verhandlungen des Verbandskongresses drehten sich hauptsächlich um die Beitragsfrage. Die Mehrzahl der Delegierten hatte sich die Befestigung des festen Extrabeitrags als Ziel gesetzt, unter Beibehaltung der wöchentlichen Beiträge; andere wiederum glaubten an eine bedeutende Mitgliederzunahme, wenn nur Monatsbeiträge erhoben würden. Darüber, daß die Beitragszahlung überhaupt geändert werden müsse, herrschte Einmütigkeit. Aber das Wie war eine harte Nuß; denn nicht kleiner durfte die Einnahme der Verbandskasse werden; sondern viel, viel größere Summen mußten dem Verband zur Verfügung stehen, wenn er die durchaus notwendigen und auch mit Sicherheit zu erwartenden Lohnbewegungen nur einigermassen zu Gunsten der Kollegen durchzuführen sollte. Auch mußten immer wieder Zweifel laut werden, ob denn überhaupt niedrige Beiträge die Anziehungskraft der Organisation erhöhen. Aus diesem Dilemma glaubte der Verbandskongress herauszukommen, indem er am Antrag des Verbandsvorsitzenden beschloß, nur Wochenbeiträge einzuführen und den Beitrag ähnlich den bisherigen Extrabeiträgen zu stellen. Es wurden jedoch nur zwei Klassen, 15 und 20 M., die unterste bis zu einem Eingeblöhen von 1 M. 50, eingeführt. Dieser Beitrag wurde hinfort nur für neun Monate erhoben; drei Wintermonate blieben beitragsfrei. Das aber damit allein der Sache noch wenig gebiet sei, dessen war sich die Mehrheit der Delegierten bewußt; es mußten noch andere Geldquellen gefunden werden, die aber nichts Mißbrauches an sich haben durften. Der Verbandskongress einigte sich auf freiwillige Beiträge, die zur Bildung eines Streifonds dienen und zu dessen Ansammlung nicht nur die Verbandsmitglieder, sondern alle Kollegen gelegentlich oder ständig herangezogen werden sollten. Den Zählstellen blieb es jedoch überlassen, solche Beiträge auch obligatorisch für die Mitglieder festzusetzen. Somit waren die regelmäßigen Beiträge trotz der beitragsfreien Zeit um eine Kleinigkeit erhöht und die so viel verflächtere Extrabeiträge in die für den Zahler angenehmere Form der Freiwilligkeit gehüllt worden. Damit waren die Kollegen zufrieden, das Gerübe und die oftmals unheimliche Agitation gegen die „hohen“ Beiträge verflümmelte.

Kummer ging es vorwärts, zwar noch langsam im Jahre 1895, aber schon im nächsten Jahre hatte unser Verband im Juli 1896 31 290 und durchschnittlich 26 600 Mitglieder. Die Zahl stieg 1897 durchschnittlich auf 42 652 und 1898 auf 60 176, und im letzten Jahre seines Bestehens brachte es der Verband auf 86 282 Mitglieder, die sich durchschnittlich auf 82 964 bezogen. Der sich dann wieder immer stärker bemerkbar machende wirtschaftliche Niedergang hatte auch für unsere Organisation einen kleinen vorübergehenden Rückschlag zur Folge, aber 1902 zählten wir wieder 87 730 Mitglieder zur Zeit der besten Bauperiode.

Der sechste Verbandskongress, Mainz 1901, nahm eine gründliche Änderung der Verbandsstatuten vor. Der regelmäßige Beitrag war schon zwei Jahre zuvor auf dem Berliner Verbandskongress auf 5 M. erhöht worden und auch die freiwilligen Beiträge hatten inzwischen, Magdeburg 1897, eine festeren Gestalt bekommen. Kummer mußte der Verband für so gefestigt angesehen werden, daß keine Beiträge obligatorisch von den Mitgliedern erhoben werden konnten. Es wurde so beschlossen, obwohl auch jetzt noch überhängende Kollegen den vorübergehenden Rückschlag als dauernden Stillstand ansahen und von der in Aussicht genommenen Beitragserhöhung einen größeren Verlust von Mitgliedern befürchteten. Die Staffelung des Beitrags wurde nun ermittelt und den Durchschnittslohnklassen angepaßt. Der Form nach blieben zunächst noch beide Beiträge bestehen, faktisch aber wurden sie gemeinsam erhoben und durch eine Marke quittiert. Es wurden neben Beitragsklassen von 25 bis 55 M. festgelegt, die, unabhängig des Beitrags, den veränderten Verhältnissen entsprechend später ergänzt und abgemindert werden sollten. Auch in agitativer und organisatorischer Beziehung wurde der Verband fester gestellt durch Abgrenzung vom Zweigvereins- und Lehrgeliebten und nicht zuletzt durch die Aufstellung des Verbandsgebietes in Zone und die feste Angliederung der Agitationskommissionen als Gauverbände. Neben der Streifen- und Kreisunterteilung wurde eine Streifenunterteilung eingeführt. Auch die Streifen- und Kreisunterteilung wurde auf letztem Verbandskongress eine gründliche, den Verhältnissen angepaßte Neuordnung.

Erfreulicherweise hat diese Beitragsregulierung den weiteren Vormarsch des Verbandes nicht im geringsten verhindert, sondern,

wie wir annehmen dürfen, nur gefördert. Im Jahre 1903 hatten wir durchschnittlich 101 155, und 1904 128 850 Mitglieder. Die Zunahme hielt allerdings noch viel größer sein können, was schon daraus herbergeht, daß in den beiden Jahren 124 496 Mitglieder aufgenommen worden sind, wovon also 77 869 nicht bei der Fahne blieben. Diese fließebauerliche Fluktuation zu überwinden, muß sich der Verband noch vielmehr als bisher zur Aufgabe machen. Für 1905 schließt die Jahresabrechnung des Verbandes mit durchschnittlich 155 911 Mitgliedern ab, und am Schluß des dritten Quartals wurden 164 588 Mitglieder gezählt; danach sind es zur Zeit der Hochkonjunktur mindestens 170 000 gewesen. Auch in diesem Jahre ist die Mitgliederzahl in demselben, wenn nicht in höherem Maße gewachsen. Insgesamt dürfte der Zuwachs nicht hinter 30 000 zurückbleiben.

Der „Grundstein“ hat mit der heutigen Nummer eine Auflage von 200 000 überschritten. Die Auflage der Nr. 26 betrug im Jahre

1902	91 000 Exemplare
1903	109 600 „
1904	142 000 „
1905	170 700 „
1906	200 700 „

In dem dritten Quartal ist in der Regel noch eine weitere Steigerung um sieben bis acht Tausend eingetreten.

Die vom Verband während seines fünfzehnjährigen Bestehens organisierte Lohnbewegung auch nur annähernd zu skizzieren, ist in dem Rahmen eines Artikels nicht möglich; wir könnten hier kaum alle Orte aufzählen, wo die Kollegen mit Hilfe des Verbandes oder nur durch ihre eigenen Kräfte, die Arbeitszeit verkürzt und sonstige schätzenswerte Verbesserungen errungen haben. Es dürfte genügen, wenn wir einige Hauptzahlen in Erinnerung bringen.

Der Durchschnittslohn für die Maurer im gesamten deutschen Reich betrug pro Stunde im Jahre

1890	33 1/2 %
1900	41 1/2 %
1905	48 %

Den Neunhunderttag hatten die Maurer im Jahre 1895 überhaupt noch nicht, im Jahre 1905 dagegen war die Arbeitszeit für circa 35 000 Kollegen auf neun und für 3800 sogar auf achtinhalb Stunden beschränkt. In den letzten zehn Jahren ist die Arbeitszeit für rund 37 000 Kollegen um eine halbe Stunde; für 67 000 Kollegen um eine Stunde und darüber verlängert worden. Für die hierzu notwendigen Kämpfe mit dem Unternehmerum hat unser Verband in dem Zeitraum von 1891 bis 1905 rund sechs Millionen Mark an Streikunterstützung ausbezahlt.

Von dem in Soltau gewählten Verbandsvorstand gehört nur noch der Kollege Joh. Stanning unserem Verband an und als Verleger des „Grundstein“ auch dem Vorstand als Beigeordneter an; er ist schon in den sechzig Jahren im Allgemeinen deutschen Maurer- und im Maurer- und Steinbauverband agitativer hervorgetreten und kann somit auf eine mehr als dreißigjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zurückblicken. Derselbe Ehre dürfen sich in Anspruch nehmen Kollegen August Dache-Wein, der ununterbrochen Vorsitzender des Verbandsausschusses ist, und Kollege Joh. Köster, der auf dem ersten ordentlichen Verbandskongress, Gießen 1892, als Verbandskassierer gewählt wurde und seit dieser Zeit dem Vorstand angehört. — Dem ersten Vorsitzenden des Verbandes, Adolf Dammann, war es nicht vergönnt, den Aufschwung des Verbandes zu erleben. Am 14. Dezember 1893 erlag er im Alter von 37 Jahren der Proletarierkrankheit. Sein Vorgänger in der früheren Geschäftsführung der Maurer Deutschlands, Ernst Knegeborn, der unermüdet für die Schaffung einer Zentralorganisation agitierte, war ihm im Jahre 1891 in den Tod vorausgegangen. Der unerlöschliche Tod war in den fünfzehn Jahren Laufende von allen und auch jungen Mitgliedern hingeworfen, von denen alle nach besten Kräften ihr Teil beigetragen haben zur Festigung unserer Organisation, und vieler von ihnen wird man in engeren Kollegenkreisen noch Jahrzehnte ehrend gedenken. Von den weit über den Grenzen ihrer engeren Heimat bekannt gewordenen bestreuten Agitatoren nennen wir Julius Dietrich-Wein, Thomas Hartwig-Gamburg, Fritz Hartmann-Salberstadt, Karl Schöck-Magdeburg und Richard Harwig-Wein.

Fünfzehn Jahre sind ins Land gegangen seit der Gründung unseres Zentralverbandes. Was den unsichtbaren, ja scheinbaren Anfängen ist er ein Maßstab der ersten Jahre geworden. Aber auch die Unternehmerorganisation ist mit uns groß und stark geworden und sucht täglich neue Kräfte zu gewinnen, um den ihr unbedenklichen Mahner, den Stürmer und Dränger, der unentwegt für die Arbeiterinteressen eintritt, zu überwinden, seine Macht zu zerschüttern und zu lähmen. Das darf aber nie geschehen! Und daß es nicht geschehe, dafür müssen alle Maurer Deutschlands mit Leib und Seele eintreten, dem Zentralverband der Maurer Deutschlands immer mehr Mitglieder zuführen und seine Macht in allen Ecken festigen. Nicht dürfen wir ruhen und rasten und auf unseren Errungenschaften aufbauen. Nicht darf uns die sichere Gewissheit, daß der Verband demnach 200 000 Mitglieder zählen wird, zu dem Gedanken verleiten, nun ist's genug. Nein! Vorwärts, sei nach wie vor die Parole. Auch das dritte Hunderttausend muß gewonnen werden.

Hinein in den Zentralverband der Maurer Deutschlands! F. P.

Die Lohn- und Streikbewegung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands im Jahre 1905.

a) Die Bewegung im allgemeinen.

Die Bewegung zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreckte sich, soweit unser Verband dabei in Frage kommt, auf 438 Zweigvereine und 588 Lohnbezirke.

Unter den Bewegungen befinden sich 10 für Spezialbranchen, und zwar:

Zweigverein Berlin:	Gips- und Zementbranche;
" Köln:	Kanalarbeiter;
" Duisburg:	Fliesenleger;
" Frankfurt a. M.:	Fliesenleger;
" "	Stahlbinder;
" "	Zementierer;
" Hamburg:	Fliesenleger;
" "	Zementierer;
" Karlsruhe:	Fliesenleger;
" Wülfrath:	Kanalarbeiter;

Die Forderungen betrafen:

- in 292 Lohnbezirken Erhöhung des Lohnes;
- in 284 " " " in Verbindung mit Verkürzung der Arbeitszeit;
- in einem Lohnbezirk nur Verkürzung der Arbeitszeit;
- in 6 Lohnbezirken andere Punkte, die Arbeitsbedingungen betreffend.

Die Forderungen unter a und b waren in 327 Fällen von kleinen Nebenforderungen begleitet.

An Verkürzung der Arbeitszeit wurde speziell gefordert:

In 1 Falle	8 1/2 Stunden
" 17 Fällen	9 "
" 32 "	9 1/2 "
" 1 Falle	9 1/4 "
" 225 Fällen	10 "
" 5 "	10 1/2 "
" 8 "	11 "

Die Forderungen wurden eingereicht für

7 Lohnbezirke im Monat Oktober 1904	
22 " " " November 1904	
39 " " " Dezember 1904	
63 " " " Januar 1905	
51 " " " Februar 1905	
81 " " " März 1905	
54 " " " April 1905	
65 " " " Mai 1905	
54 " " " Juni 1905	
33 " " " Juli 1905	
89 " " " August 1905	
13 " " " September 1905	
6 " " " Oktober 1905	
2 " " " November 1905	
4 " " " unbekannt	

Verhandlungen, die in jedem einzelnen Falle nachgesucht wurden, wurden seitens der Unternehmer für 176 Lohnbezirke abgelehnt und für 407 Lohnbezirke genehmigt.

Die Unterhandlungen wurden geführt für 16 Lohnbezirke direkt zwischen den Parteien; für 22 Lohnbezirke zwischen Vertretern der Unternehmer und dem Gesellenausschuß, und für 870 Lohnbezirke zwischen Vertretern der Unternehmer und Vertretern der Zweigvereine resp. Zöglingen und Sektionen unserer Verbände. An den Verhandlungen für 190 Lohnbezirke waren Vertreter des Verbandsvorstandes resp. der Gewerkschaften beteiligt und in 21 Fällen waren dritte Personen zugegen.

Die Unterhandlungen führten zu:

- 284 Fällen zu einer Einigung mit allen Unternehmern;
- 21 Fällen zu einer Einigung mit einem Teil der Unternehmer;
- 152 Fällen zu keiner Einigung.

In den 176 Lohnbezirken, wo sich die Unternehmer auf Unterhandlungen nicht einließen und in den 21 und 152 Lohnbezirken, wo es nur mit einem Teil der Unternehmer resp. überhaupt zu keiner Einigung kam, endete die Bewegung wie folgt: In 67 Fällen wurde eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährt ohne Unterhandlungen und Streik;

- 41 Fällen wurde die Forderung in Rücksicht auf ungünstige Verhältnisse zurückgezogen;
- 67 Fällen kam es zur Aussperrung;
- 151 Fällen kam es zum allgemeinen Streik und
- 23 Fällen zum partiellen Streik.

Die Lohnbewegung wurde demnach erledigt in:

- 301 Lohnbezirken durch Entgegenkommen der Unternehmer;
- 41 Lohnbezirken durch Zurückziehung der Forderung;
- 241 Lohnbezirken durch allgemeinen resp. partiellen Streik oder Aussperrung.

Von 241 allgemeinen resp. partiellen Streiks resp. Aussperrungen hatten 212 vollen resp. teilweisen Erfolg. Somit endete die Bewegung in 513 Lohnbezirken mit Erfolg, und zwar in 206 mit vollem und in 307 mit teilweisem Erfolg. In 70 Lohnbezirken war ein Erfolg nicht zu verzeichnen.

Erreicht wurde in:

- 810 Lohnbezirken eine Erhöhung des Stundenlohnes;
- 197 Lohnbezirken eine Erhöhung des Stundenlohnes in Verbindung mit Verkürzung der Arbeitszeit;
- 1 Lohnbezirk Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnerhöhung;
- 5 Lohnbezirken andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

In 243 Lohnbezirken wurde außerdem noch in anderen Punkten eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzielt. Tarifverträge wurden 196 abgeschlossen. Dieselben umfassen 69 Lohnbezirke mit circa 80277 Gesellen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit in den 198 Lohnbezirken erstreckt sich auf 975 Orte mit circa 32 571 Mauern.

Darunter sind beteiligt:

16 300 Maurer mit 1 Stunde pro Tag
16 271

Für die Lohnerhöhung kommen in den 507 Lohnbezirken 3589 Orte mit circa 108 761 Mauern in Betracht. Im einzelnen stellt sich die Erhöhung des Stundenlohnes wie folgt:

In 12 Lohnbezirken mit 1419 Mauern	1 1/2 pro Stunde
" 1 Lohnbezirk	70 "
" 95 Lohnbezirken	9663 "
" 20 "	1612 "
" 100 "	12902 "
" 2 "	889 "
" 56 "	6710 "
" 111 "	51562 "
" 4 "	776 "
" 33 "	6670 "
" 28 "	5264 "
" 8 "	844 "
" 17 "	2985 "
" 1 Lohnbezirk	26 "
" 7 Lohnbezirken	2543 "
" 4 "	2272 "
" 6 "	539 "
" 1 Lohnbezirk	32 "
" 2 Lohnbezirken	362 "
" 1 Lohnbezirk	13 "
" 2 Lohnbezirken	92 "
" 1 Lohnbezirk	14 "

Die durchschnittliche Erhöhung des Stundenlohnes beträgt rund 5 1/2 %.

Eine Erhöhung des Tagesverdienstes ist in 484 Lohnbezirken zu verzeichnen; demnach ist in 23 Lohnbezirken mit der Verkürzung der Arbeitszeit wohl eine Erhöhung des Stundenlohnes, nicht aber auch eine Erhöhung des Tagesverdienstes eingetreten.

Das Einkommen stieg infolge der erreichten Lohnerhöhung pro Woche für:

57 Pers.	M. 06	543 Pers.	M. 2,55
403 "	12	31374 "	2,70
413 "	18	2076 "	2,85
881 "	24	11916 "	3,40
579 "	30	1003 "	3,80
348 "	36	481 "	3,45
292 "	42	1596 "	3,60
23 "	48	28 "	3,75
1598 "	60	76 "	3,90
708 "	75	185 "	4,05
8770 "	90	2286 "	4,20
188 "	1,05	628 "	4,50
7839 "	1,20	60 "	4,65
2296 "	1,35	1615 "	4,80
3189 "	1,50	1961 "	5,40
1989 "	1,65	35 "	5,55
9567 "	1,80	13 "	5,70
2139 "	1,95	32 "	6,15
898 "	2,10	89 "	6,85
6444 "	2,25	40 "	7,30
3597 "	2,40	14 "	8,40

Insgesamt 102 686 Personen. Diese hatten zusammen eine Erhöhung des Wochenverdienstes von M. 244 508,19 oder durchschnittlich pro Person M. 2,38.

b) Die Arbeitseinstellungen im besonderen.

1. Zahl, Art und Umfang.

Innerhalb der Zweigvereinsgebiete und soweit der Zentralverband der Maurer Deutschlands dabei in Frage kommt, sind insgesamt 418 Arbeitseinstellungen mit 34 623 beteiligten Personen vorgekommen, und zwar:

- 174 Angriffstreiks mit 17 448 beteiligten Personen,
- 67 Aussperrungen " 12 518 "
- 177 Abwehrstreiks " 4 657 "

Die Angriffstreiks ergaben sich alle aus Forderungen, die an alle Unternehmer der in Betracht kommenden Orte resp. Lohnbezirke gerichtet wurden. Die Aussperrungen waren ebenfalls alle ohne Ausnahme von Forderungen der Arbeiter begleitet, die zum Teil vorher gestellt waren und zum Teil während der Aussperrung gestellt wurden. Unter den Angriffstreiks waren 23 partielle Streiks, d. h. Streiks in Fällen, wo mit der Unternehmerorganisation oder den meisten Unternehmern eine Einigung erzielt wurde und die Widerstreikenden durch Streik zur Anerkennung gebrängt werden mußten.

Von den gesamten Arbeitseinstellungen wurden betroffen 2498 Betriebe mit 38 379 beschäftigten und für die Arbeitseinstellung in Frage kommenden Personen.

Streikbrecher bestanden daher den Unternehmern 3756, durchschnittlich auf jeden Betrieb 1 1/2.

2. Forderungen bei Angriffstreiks und Aussperrungen.

Lohnerhöhung	97 Fälle
Verkürzung der Arbeitszeit	141 "
Nur Verkürzung der Arbeitszeit	1 Fall
Andere Forderungen	2 Fälle
Summa	241 Fälle

3. Ursachen der Abwehrstreiks.

Maßregelung	27 Fälle
Lohnrückzahlung	71 "
Verlängerung der Arbeitszeit	5 "
Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen	5 "
Schlechte Behandlung	5 "
Andere Ursachen	61 "
Ursachen unbekannt	8 "
Summa	177 Fälle

4. Beginn und Ende.

Die Arbeitseinstellungen begannen resp. endeten im Monat:

	Angriffstreiks und Aussperrungen		Abwehrstreiks	
	Beginn	Ende	Beginn	Ende
Dezember 1904	—	—	1	—
Januar	1	1	7	4
Februar	—	—	10	10
März	16	7	17	8
April	30	16	23	26
Mai	54	31	14	14
Juni	61	25	12	9
Juli	39	33	18	16
August	17	24	22	19
September	11	64	14	13
Oktober	8	17	8	13
November	3	8	19	13
Dezember	—	2	11	8
Januar 1906	—	1	—	3
Februar 1906	—	—	—	1
unbekannt	1	7	1	21
Summa	241	241	177	177

5. Dauer.

Die Dauer der Arbeitseinstellungen betrug:

Tage	Angriffstreiks und Aussperrungen	Abwehrstreiks	Zusammen
1 bis 5	35	65	100
6 " 10	22	39	61
11 " 20	35	25	60
21 " 30	25	16	41
31 " 40	21	3	24
41 " 50	16	8	19
51 " 60	11	4	15
61 " 70	10	1	11
71 " 80	8	—	8
81 " 90	23	—	23
91 " 100	2	—	2
101 " 110	14	—	14
111 " 120	4	—	4
über 120	7	—	7
unbekannt	8	21	29
Summa	241	177	418

Die Gesamtdauer der Arbeitseinstellungen beträgt 9361 Tage, jede Arbeitseinstellung durchschnittlich 22 1/2 Tage.

Die 9361 Tage verteilen sich auf:

Angriffstreiks	5112 Tage, durchschnittlich 29 1/2 Tage
Aussperrungen	2461 " " 87
Abwehrstreiks	1788 " " 10 1/10 "

6. Resultat.

Von den Arbeitseinstellungen hatten:

	Angriffstreiks und Aussperrungen		Abwehrstreiks		Zusammen	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
Vollen Erfolg	74	30,70	107	60,45	181	43,80
Teilweisen Erfolg	138	57,27	24	13,45	162	38,76
Keinen Erfolg	29	12,03	33	18,76	62	14,83
Erfolg unbekannt	—	—	13	7,34	13	3,11
Summa	241	100	177	100	418	100

7. Unkosten.

Die Unkosten betrugen insgesamt M. 989 688. Davon wurden bezahlt:

- a) für Unterhaltung der Streikenden M. 864 788,04
- b) " Reiseunterstützung, bezahlt am Streikorte " 38803,36
- c) " außerhalb der Streikorte " 11182,28
- d) " Fernhaltung des Zuganges und Fortschaffung Zugewogener " 39405,59
- e) " Streikkontrolle " 23230,21
- f) " Drucksachen, Porto, Schreibmaterialien " 13238,52

Summa M. 989 688,—

Von der Gesamtausgabe entfallen auf:

Angriffstreiks	M. 423 869,89
Aussperrungen	" 457 194,42
Abwehrstreiks	" 57 864,53
Unterstützung der durch Streiks anderer Berufe in Mitleidenschaft gezogenen Mitglieder	" 50 989,22
Summa	M. 989 688,—

Aufgebracht sind die verwendeten Mittel zu 99,77 pSt. von der eigenen Organisation und 0,23 pSt. stammen von anderen Organisationen, Privaten usw. Die verwendete Summe setzt sich zusammen:

- a) aus Mitteln der Hauptkasse M. 909 076,04 = 91,78 pSt.
- b) " Sozialkassen " 41 871,92 = 4,23 "
- c) " Beiträgen der Arbeitenden " 36 428,53 = 3,70 "
- d) " " and. Organisation. " 23 111,51 = 2,32 "

Summa M. 989 688,— = 100,— pSt.

8. Verschiedenes.

Der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitslohn betrug 358 382 Tage und M. 1 460 171 Arbeitslohn.

Davon entfallen auf:

Angriffstreiks	171 388 Tage und M. 680 245 Arbeitslohn
Aussperrungen	161 433 " " 664 861 "
Abwehrstreiks	25 561 " " 115 065 "

Von den Streikenden waren 16 391 verheiratet. Diese hatten 31 703 Kinder unter 14 Jahren.

Der Verbandsvorsitzende: S. A. L. Bismarck.

Politische Umschau.

Das halbierte Koalitionsrecht. Der Terrorismus der Unternehmer findet bekanntlich häufig seinen Ausdruck darin, daß die Herren, wenn sie in einem Streik gefest haben, die Arbeiter nur unter der Bedingung wieder annehmen, daß diese sich verpflichten, aus ihrer Organisation auszutreten und ihr während der Dauer des Arbeitsverhältnisses nicht wieder beizutreten. Es ist unerheblich, daß noch die Möglichkeit besteht, daß Gerichte über die Rechtsgültigkeit einer derartigen terroristischen Vergewaltigung des Rechts befinden. Jetzt hat das Bremer Landgericht diese Frage, die für alle recht und billig denkenden Menschen gar keine Frage ist, entschieden. In diesem Falle waren die Kläger von einer Firma ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen worden, weil sie der ausdrücklichen Bestimmung des Arbeitsvertrages zuwider eine Organisation beigetreten waren. Sie klagten nun auf Zahlung des Lohnes für die gesetzliche Kündigungszeit und auf Ausstellung von Zeugnissen, die nicht den Vermerk enthielten, daß sie „wegen Vertragsbruchs“ entlassen seien.

In seiner Entscheidung erörtert das Landgericht Bremen eingehend die Frage, ob jede die Koalitionsfreiheit einschränkende Vereinbarung der guten Sitten zuwiderlaufe und deshalb nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht sei:

„Man wird nicht fehlgehen“, führt es aus, „wenn man bei der Frage, ob und inwieweit eine vertragsmäßige Einschränkung der Koalitionsfreiheit sich mit der modernen Rechtsanschauung verträglich, die Stellung zum Auge faßt, welche der Gesetzgeber gegenüber derartigen Beschränkungen der Gewerkschaften einnimmt. Da zeigt sich nun, daß das moderne Recht solche Beschränkungen der Gewerkschaften keineswegs schlichthin verwirft, sondern nur dann, wenn sie dasjenige Maß überschreiten, welches unter Berücksichtigung der berechtigten wirtschaftlichen Interessen für zulässig gehalten werden muß.“

Die Kontraktensatzung zum Beispiel wird nur insoweit für unbillig erklärt, als sie nach Zeit, Ort und Gegenstand die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Einschränkung des Fortkommens der betroffenen Person ausgeschlossen wird. Demgemäß will das Landgericht auch nur solche Beschränkungen des Koalitionsrechts für unwirksam erklären, die das „zulässige Maß“ überschreiten. Eine solche Überschreitung würde nach Ansicht des Gerichts dann nicht vorliegen, wenn den Arbeitern nur die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Verbande unterstellt würde. Denn dann stände es den Arbeitern immer noch frei, durch Zutritt zu einem anderen Verbande ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Anders aber liege es, wenn, wie im fraglichen Rechtsstreit, durch Verbot des Eintritts in alle Vereine dem Arbeiter jede Koalitionsmöglichkeit genommen würde. Das sei eine Ausdehnung der Koalitionsfreiheit, die den guten Sitten zuwiderlaufe. Daher sei sowohl diese Bestimmung des Vertrages als infolgedessen auch der ganze Vertrag nichtig, weswegen die Arbeiter keinen weiteren Lohn zu beanspruchen hätten. Sie seien aber demgemäß auch nicht kontrahiert, deshalb müsse der Arbeitgeber ihnen die verlangten Zeugnisse ausstellen.“

Was juristisch Scharf sinnig doch alles fertig bringt. Diese Unterbrechung des Bremer Landgerichts zwischen berechtigter Einschränkung und unberechtigter Ausdehnung der Koalitionsfreiheit ist sehr wichtig und bedenklich; sie ist sozusagen eine Halbierung oder richtiger Verfallung des Koalitionsrechts. Das Gesetz kennt nur einen Begriff der Koalitionsfreiheit: die Freiheit, sich mit anderen, das heißt mit jedem anderen zu verbinden, zwischen verschiedenen Möglichkeiten nach eigenem Gutdünken zu wählen. Es geht gegen Sinn und Willkür des Gesetzes, so sagen: durch die gegen einander zu schließen, aber nicht mit denen, die den sogenannten Arbeitgeber nicht passen. Das ist nicht Gewährung, sondern Entziehung der Koalitionsfreiheit zu Gunsten des Unternehmertums. Deshalb kann die Entscheidung des Bremer Landgerichts unmöglich als dem geltenden Recht genügend angesehen werden.

Die verheißene Rechtsfähigkeit der Berufsvereine soll nach dem Wunsch der Reaktionisten bekanntlich so gehalten werden, daß sie der freien gewerkschaftlichen Organisation schwere Hindernisse und Schädigungen bereitet. Und ohne Zweifel wird die Regierung mit ihrer Vorlage diesem Wunsch entsprechen. Wir haben uns über diese der Arbeiterbewegung zugehörigen Rechte schon öfter geäußert. Jetzt spricht sich auch das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ mit großer Entschiedenheit gegen den Dienst aus, den die bürgerlichen Gewerkschaftsfreunde der Gewerkschaftsbewegung zu leisten meinen, wenn sie für die Anerkennung der Rechtsfähigkeit eintreten. Eine Rechtsnorm, die sie auf ungelöster Solidarität beruhen und zu Kampfeswegen gegründeten Gewerkschaften in das Prokubieren des bürgerlichen Eigentumsrechtes hineindrücken“ wolle, passe nicht für die Gewerkschaftsbewegung, sei die mehr nachteilig als förderlich und nur geteilt, sie auf Schritt und Tritt zu hemmen, sie in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken.

Sehr richtig! Und das wissen die bürgerlichen „Gewerkschaftsfreunde“ auch sehr gut. Sie wollen aber keine wirklich aktionsfähigen Gewerkschaften.

Das Koalitionsrecht für die Staatsbeamten fordert ein von der sozialdemokratischen Fraktion im württembergischen Landtage eingebrachter Antrag. Er lautet: Die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen: Die Kammer der Abgeordneten erlaßt die künftige Staatsregierung, 1. alle Anordnungen zu treffen, daß als Leiter und Mitglieder der Vereinigungen von Beamten und Angestellten des Staates nicht durch Maßregelung und materielle Schädigung an der geordneten Vertretung der Wünsche solcher Vereinigungen gehindert werden, 2. die Revision des Beamtengesetzes zu beschleunigen und dabei Bestimmungen zu treffen, daß den Beamten und Angestellten des Staates das Recht der Vereinigung zur Vertretung ihrer Standesinteressen gesichert bleibt.

Die Preispreise steigen wieder. Wie verschiedene Blätter melden, ist der Preis des Feinbrot pro Pfund im Kleinhandel wieder um 10 % in die Höhe gegangen und man erwartet eine weitere Steigerung, wenn die Kalamität in der

Viehversorgung anhält. Die Agrarpresse erhebt gegen die Händler den Vorwurf, daß diese durch schwachen Auftrieb des reichlich vorhandenen Viehes die Preise künstlich hochhalten. Der Vorwurf der künstlichen Preissteigerung ist aber berechtigterweise gegen beide Interessengruppen zu richten. Besonders aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird erneut über Steigen der Preispreise infolge mangelhaften Auftriebes geklagt.

In welcher Weise das Volk durch die Preispolitik der Produzenten und Händler belastet wird, erhellt aus folgender Zusammenstellung über die Entwicklung der Preise für Schlachttiere. Die Preise im 1905 im Vergleich zu den zehnjährigen Durchschnittspreisen der Perioden 1881—1890 und 1891—1900. Stellen sich nach den Zusammenstellungen des statistischen Amtes über die Berliner Marktpreise wie folgt:

	Preis in Mark für 1 Doppelpennier Schlachttiergewicht		
	Durchschnitt 1881—1890	Durchschnitt 1891—1900	1905
Ochsen	105,74	115,68	137,53
Schweine	100,72	100,59	128,05
Rinder	102,96	114,12	147,48
Gesamt	104,87	94,29	139,29

Die Zusammenstellung läßt die Preissteigerung für 1905 recht markant in Erscheinung treten. Gegen den Durchschnitt von 1881—1890 beträgt sie bei Ochsen 30 pSt., bei Schweinen gegenüber beiden zehnjährigen Durchschnittspreisen 27 pSt., bei Rindern gegenüber der Periode 1881—1890 sogar 43 pSt. und bei Gesamtmittel um 33 pSt. So stellen sich die Preissteigerungen im Großhandel. Erfahrungsgemäß haben die Steigerungen im Großhandel aber ein noch stärkeres Aussehen der Preise im Kleinhandel zur Folge. Und die Regierung hat gehandelt, dem unterdrückten Preiswucher die Wege zu ebnen, sie hilft noch fortgesetzt, und es ist kaum zu hoffen, daß sie den nun dringlich werdenden Forderungen nach staatlichem Schutz gegen die Plünderer irgendwie Beachtung schenken wird.

Die Einrichtung von städtischen Arbeitsnachweisen und deren Zentralisation. Ueber diese Frage verhandelte der am 11. dieses Monats in Hannover zusammengetretene Hannoversche Städteversammlung. Das Ministerialrat Senator Fink. Er führte aus: Mehr und mehr sei erkannt, daß die Arbeitsvermittlung eine soziale Frage sei, an der die Allgemeinheit ein großes und erhebliches Interesse habe. Die durch die große wirtschaftliche Entwicklung des vorigen Jahrhunderts geschaffenen Verhältnisse forderten bringende Einrichtungen zur Regelung von Angebot und Nachfrage auf dem weitverbreiteten Arbeitsgebiete. Es sei für Staat und Kommune eine unabweisliche Pflicht, sich der Sache anzunehmen. Neben befruchtete die früheren Verhältnisse des Arbeitsmarktes — des sogenannten Arbeitsmarktes — u. a., das Stellenangebot und -gesuch im Wege des Zeitungsinhalts und die gewerkschaftliche Stellensmittlung, die als einen freischwebenden Fall immer und gefährlicher Art und als das unklarste und unbestimmteste bezeichnete. Es sei dringend nötig, daß die Staatsregierung, dem Gewerbe der Stellensmittlung die größte Aufmerksamkeit zuwenden und die dafür erforderlichen Bestimmungen auf das schärfste heranziehen. Auch die von den Arbeitern und Arbeitgebern zur Vertretung ihrer Sonderinteressen geschaffenen Arbeitsnachweise empfänden als einseitige Machtmittel durchaus nicht den Anforderungen der Zeit. Allgemein ist es anerkannt, daß die bisherigen Einrichtungen nicht mehr genügen, und daß der Arbeitsnachweis der Zukunft nur der paritätische sein könne, der, wenn er seine sozialwirtschaftliche Aufgabe erfüllen und den sozialen Frieden sichern solle, weder in den Händen der Arbeitgeber, noch der der Arbeiter liegen dürfe. Am weitesten sei man daher auf diesem Gebiete in Süddeutschland fortgeschritten, wo Arbeitsnachweise von Vereinen und Verbänden mit städtischer Subvention und unter städtischer Aufsicht, sowie auch rein kommunale Arbeitsnachweise eingerichtet wurden, die vielfach in gegenseitiger Verbindung stehen. Neben war der Ansicht, daß ein rein bürokratisch eingerichteter kommunaler Arbeitsnachweis nicht dem Geiste der Zeit entsprechen und nicht alleseitig das Verlangen genügen würde, ein paritätischer Arbeitsnachweis, zu dessen Leitung Arbeitgeber und Arbeiter mitwirken würden, wie es in Hannover geschehen, wo ein Beirat für den Arbeitsnachweis aus dem Gewerbegelehrtenrat gebildet worden sei. Sollten die Arbeitsnachweise aber ihre wirtschaftliche Aufgabe voll und ganz erfüllen, so müßten sie über das lokale Gebiet hinausgreifen. Am zweckmäßigsten würde sein, wenn ein Zusammenarbeiten mit den benachbarten und anderen Arbeitsnachweisen erfolge; am vollkommensten seien in dieser Richtung die Nachweise in Bayern organisiert. Insbesondere wies der Redner darauf hin, daß auch den unbemittelten Arbeitern durch Selbstvorschuß die Möglichkeit geboten werden müsse, auswärts angebotene Stellen erreichen zu können; hier werde das so gebührend, daß ihnen Fahrkosten statt Vorgebalt eingehändigt würden. Neben, der keine Leisung aufgestellt hatte, empfahl schließlich die Annahme einer Resolution, die dahin lautete, daß der Städtebund den zum hannoverschen Städteverein gehörenden Städten empfehle, unparteiische und paritätische Arbeitsnachweise zu errichten und deren Organisation zu fördern. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ueber sozialdemokratische Parteiverbände stellt das Organ des Bundes der Wandarbeiter, die „Deutsche Tageszeitung“, folgende klagende Behauptung an:

„Schon oft haben auch wir unsern Anteil an den gewaltigen Geldsummen hingewiesen, welche die sozialdemokratischen Genossen mit nachlässigster Opferwilligkeit aufbringen und zur Erweiterung ihrer Parteiorganisation aufwenden. Ebenso wie dies in zahlreichen deutschen Großstädten schon früher geschehen ist, legen die führenden Genossen neuerdings sich selber ein reichlich-wirtschaftliches Industriegebiet großen Wert auf die Errichtung eigener Parteigebäude als Sitz ihrer Organisation und Presse, als Versammlungslokal und zu anderen Parteizwecken. So hat z. B. nach einer Mitteilung der Köln. Ztg. der sozialdemokratische Bergarbeiterverband in Bochum vor kurzem ein eigenes Heim bezogen. Das Gebäude umfaßt neben dem Geschäftsräum des Verbandes eine große Druckerei für die „Bergarbeiterzeitung“ und eine Herberge für wandernde Kollegen und Genossen. In den nächsten Monaten soll nun auch in Essen mit einem Kostenaufwande von M. 600 000 ein ähnliches

sozialdemokratisches Genossenschafts- und Vereinshaus errichtet werden. Diese große Summe ist bis auf den relativ kleinen Rest von M. 20 000 durch Sammlungen unter den organisierten Parteigenossen des Bezirks aufgebracht. Zur Verschönerung des Parteibaus werden Marken ausgegeben und haben die Genossenschaften der Steinfeger, sowie der Handels- und Transportarbeiter sich sofort bereit erklärt, für je M. 3 auf jedes ihrer Mitglieder zu stehen. Die Mauer wollen zu demselben Zwecke je einen halben Tagelohn = M. 5,50 opfern und bürden auf diese Weise bald mehr als die noch fehlenden M. 20 000 zusammenkommen.“

So arbeiten die politische Parteiorganisation und die sozialdemokratischen Genossenschaften Hand in Hand mit größter Opferwilligkeit darauf hin, überall neue Zentralstellen oder Hauptquartiere für die Unzufriedenen zu schaffen. Dem gegenüber ist es ganz richtig, wenn von nationalliberaler Seite die Mahnung an das nationalgesinnte Bürgertum gerichtet wird, sich nicht länger an Energie und Opferwilligkeit von der antinationalen Sozialdemokratie überlassen zu lassen. Damit allein aber ist keineswegs genug getan; es kommt vor allem darauf an, die Angehörigen derjenigen großen Berufsstände in ihrer wirtschaftlichen Existenz und ihrem Gedeihen zu fördern, die sich als durchaus immun gegen den sozialdemokratischen Unzufriedenheitsreiz erwiesen haben, das ist der deutsche Bauern- und der selbständige kleingewerbliche Mittelstand. Hier aber verlangt die Billigkeit und Opferbereitschaft der liberalen Parteigänger nur zu häufig vollkommen.

Nur Geduld, mit der Immunität des Mittelstandes gegen den Unzufriedenheitsreiz wird's auch ein Ende nehmen.

„Christliche“ und „katholische“ Gewerkschaften, was ist das für ein Unterschied? Man sollte meinen, ein Unterschied zwischen ihnen bestünde gar nicht, sie seien ein Herz und eine Seele. Und doch hat man es in ihnen, obwohl sie politisch beide mit der Zentrumspartei gehen, mit einer feindseligen Wertschätzung zu tun. Im Saargebiet liegen sie sich in den Haaren, daß es einen Hund jammern könnte. Dort trafen, auf der Durbacher Höhe, mehr als 1000 Arbeiter in den Streik, weil die Herren von der Verwaltung die Walzwerkearbeiter dazwischen durch Einlassung maßregeln, weil sie dem christlichen Metallarbeiterverbande angehören. Die christlichen Gewerkschaften beschuldigen nur die katholischen Arbeitervereine der sogenannten Berliner Richtung, daß sie ihnen gegenüber Verrat üben. Die „Saarpf.“, das Blatt der Christlichen, behauptet, die „katholischen“ trieben ihnen in Gemeinschaft mit Polizei und Kistenbeamten die Säle ab und machten ihnen sonstige Schwierigkeiten. Das Blatt gebraucht die Worte „Nicht zu übertreiben“, „Schmach“ usw. In der ersten der letzten Nummer schreibt das Blatt: In der Berliner (katholischen) Arbeitervereinsversammlung in Burbach am letzten Sonntag wurde in gerader gemeingefährlicher Weise auf die christlichen Gewerkschaften losgehakt. Ein Sekretär der katholischen Fachabteilungen habe dort gesagt: „Die christlichen Gewerkschaften führen den Namen „christlich“ nur, um ihre wahre Gestalt zu verbergen.“ In Eppelborn sei in der katholischen Arbeitervereinsversammlung, ebenfalls in der württembergischen Weise gegen den christlichen Gewerbeverein gehetzt worden. Dann schreibt das genannte Zentrum- und christliche Gewerkschaftsorgan: Die im christlichen Gewerbeverein organisierten Vergleiche beweisen ein solches Verhalten einzelner Geistlichen auf die tiefste. Mit welchen Empfindungen müssen reine katholische Arbeiter aus dem Gottesgange gehen, das sie zu ihrer religiösen Erbauung besuchen, wenn ihnen der Geistliche von der Kanzel herab (1) erklärt: Er wolle nicht eher ruhen, bis dem christlichen Gewerbeverein die heuchlerische Maske vom Gesicht gerissen sei.“

„So geht das, was sich „christlich“ nennt, vor gegen das, was katholisch heißt. Wo bleibt doch da nur die „läuternde und bindende Kraft der religiösen Geister“, auf die ohne Zweifel beide Richtungen Anspruch machen? Sind die „katholischen“ die wirklich Christlichen oder umgekehrt, die „Christlichen“ die wirklich Katholischen?

Rußland vor der Hungersnot. Zu den vielen Heimsuchungen, die in der letzten Zeit Rußland betroffen haben, tritt jetzt noch das Gespenst einer Hungersnot. Man befürchtet, daß dieses Unglück einen so ernsten und allgemeinen Charakter annehmen wird, wie dies jetzt sehr vielen Jahren nicht beobachtet werden konnte. Nach einer Petersburger Meldung des „Russischen Kurier“ laufen bereits seit längerer Zeit beim russischen Außenministerium Berichte über die in vielen Gouvernements zu erwartende Mangel an Getreide ein. Die russische Regierung liegt nicht in der Lage, auch nur annähernd Abhilfe zu schaffen und der schrecklichen Hungersnot in entgegenstehender Weise entgegenzutreten. Welchen Umfang die Mangel anzunehmen droht, geht daraus hervor, daß im Gouvernement Kasan die ganze Saat und selbst das Gras vernichtet ist. Im Gouvernement Saratow herrscht seit längerer Zeit eine so große Dürre, daß der gesamte Weizen schon jetzt als verloren gilt. In dem Gebiet der Donischen Kosaken, wo bis jetzt auch nicht ein einziges Mal Regen niedergie, sehen alle Felder wie verbrannt aus. Ein ähnliches Schicksal erwartet das Gouvernement Samara. Nur in den Gouvernements Cherson und Kiew sind die Ernteaussichten vorläufig befriedigend, während aus mehreren anderen Gouvernements die traurigsten Berichte eintreffen. Die für solche Zwecke bestimmten Staatsgelder sind natürlich schon längst verausgabt, und die Kassen der Regierung sind mehr als erschöpft.

Da wird dann der Regierung nichts anderes übrig bleiben, als an die Semstwo heranzutreten und es diesen zu überlassen, Maßnahmen zur Linderung der Hungersnot zu treffen. Vor allem hat sie damit zu rechnen, daß die Hungersnot wieder neue und sehr ernste Agrarunruhen im Gefolge haben wird.

Ein Kulturwerk unter der Erde, das sowohl unter politischen wie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten von hoher Bedeutung ist, hat in der Woche vor Pfingsten seine Vollendung erfahren. Als der erste Napoleon vor hundert Jahren über den gewaltigsten aller Alpenpässe, den Simplon, eine gute Fahrstraße erbauen und dem Verkehr übergeben ließ — wie er denn überhaupt auf dem Gebiete des Straßenbaues sich um die Kultur sehr verdient gemacht hat —, da betrachtete man mit Bewunderung dieses gewaltige Werk. Aber viel bedeutsamer ist, selbst wenn man den Maßstab der Technik unserer Zeit mißt, das große

artige Wert, das jetzt dem Verkehr übergeben ist: der Bau des **Simpton-Tunnels**. Die Kone des Bosphorus hoch oben auf den schwindelnden Höhen des Alpenpases sind verfallen. Aber unten tief in den Eingeweiden des Berges durchläuft der Güterzug den 20 Kilometer langen Tunnel. Das gigantische Werk, das der nimmermüde Menschengeist vor 40 Jahren bereits plante, und das am 13. August 1898 in Angriff genommen wurde, stellt den längsten Bergdurchstich dar, den es gegenwärtig auf der Erde gibt. Über gegenüberliegenden Bahnen hat der Simpton-Tunnel den Vorteil, weit niedriger als die anderen Alpentunnel zu liegen. Er befindet sich 765,2 m über dem Meerespiegel, der Gotthard-Tunnel 1154, der Mont Cenis 1259 und der Arlberg-Tunnel sogar 1311 Meter. Die Züge brauchen also nicht so hoch geschleppt zu werden, der Betrieb ist daher billiger. Je steiler und abschüssiger die Zufahrtsstrecken, desto geringer ist die Fahrgeschwindigkeit und die Sicherheit.

Eine hohe Bedeutung wird dem Simpton-Tunnel von fachmännischer Seite — und gewiss mit Recht — noch besonders deshalb ausgesprochen, weil in ihm der elektrische Betrieb eingeführt wird. Es werden also alle Unannehmlichkeiten und Gefahren, die mit dem Betriebe längerer Tunnel durch Dampfzüge verbunden sind, wegfallen. Zwei elektrische Kraftstationen sind an den Ausgängen des Tunnels angelegt, die den Strom der Lokomotiven durch zwei blaue Fahrdrähte zuführen, während die dritte Leitung darstellt. Bei der günstigen Lage der Stationen geht der Strom unmittelbar von der Maschine auf die Fahrleitung über. Trennbare Zuleitungen, Kabelspeiseführer oder Transformator werden nicht beansprucht. An der Tunneldecke sind in Abständen von 25 m Querdrähte befestigt, an denen die Fahrdrähte aufgehängt sind. Auf den beiden Ausgangsbahnhöfen sind Vorrichtungen zum Auswechseln der Dampfloklokomotiven gegen die elektrischen Lokomotiven getroffen. Diese elektrischen Lokomotiven sind überaus kräftig gebaut, dabei leicht und klein. Sie sind 12½ m lang und wiegen 62 Tonnen. Während die Güterzüge eine Durchschnittsfahrt von 40 Minuten in jeder Richtung beanspruchen, beträgt die Fahrzeit für Personenzüge von Sella nach Brig 30 Minuten, von Brig nach Sella 20 Minuten. Dieser elektrische Betrieb wird, falls er sich bewährt — und das ist wahrscheinlich — Beweiskraft dazu geben, daß dem elektrischen Betriebe ein weites Feld, zumal bei den Alpenbahnen, eröffnet wird. Es ist zu erwarten, daß in Zukunft kaum mehr eine Alpenbahn ohne elektrischen Betrieb gebaut wird.

Der Weltverkehr wird durch den Simpton-Tunnel erheblich gewinnen. Von England, Frankreich und Belgien im Norden, von Ostasien, Indien und Ägypten im Süden kommen die Quellen, die sich im Simpton zu einem Strom vereinigen werden. So ist wiederum eine völler verbindende Straße vollendet, die die Nationen näher rücken wird. Wieder haben Arbeit und Technik sich als Kulturmacht ersten Ranges erwiesen.

Mauverbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansestädte:
Sierkade und Umgegend (Differenzen), Büchelndorf b. Lübeck (Sperre über Schmidt in Kasdorf);
Schleswig-Holstein:
Meldorf (partieller Streik), Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen), Itzehoe (Sperre über Breiholz);
Mecklenburg:
Schwerin (Bauarbeiterstreik), Sülze (Sperre über Holldorf), Güstrow, Neubuckow (Streiks), Lage (Sperre über Korf), Kütz (Aussperrung), Dassow (Differenzen);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik), Gollin (Sperre über H. Schüttler), Demmin, Greifswald (Aussperrungen);

Ost- und Westpreußen:

Könitz (Aussperrung), Memel (Streik), Elbing (Sperre über Hube);

Posen:

Krotoschin-Freyhan (Streik);

Schlesien:

Breslau, Haynan (Differenzen), Gottesberg (Streik);

Brandenburg:

Wittenberge (Aussperrung), Schwiebus, Jüterbog, Treuenbrietzen, Belgig (Streiks), Trebisch (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Gaben, Cottbus (Bauarbeiterstreiks), Strasburg i. d. U. (Sperre über R. Henschel), Bockwitz (Sperre über Rademacher);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Ammerdorf, Cardelegen (Streiks), Bornburg (Aussperrung), Stassfurt und Umgegend (Differenzen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über Goldschmidt);

König. Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsarbeiten, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Strasse, M. Klenke in Meckern, Hallesche Strasse, Bernh. Schammelt, Ecke Bayersche und Hardenbergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Hallesche Strasse, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Ban Leipzigerstrasse, für Rabitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg, Reichenau, Nossen, Döbeln, Oschatz, Eilenburg,

Dahlen, Hartha, Leisnig (Aussperrungen), Zwickau, Penig, Grossröhrsdorf, Reichenbach i. V., Zittau, Grimmitzsch, Bautzen, Freiberg, Königsbrück, Rosswitz (Streiks), Weissensee, Zeltz, Limbach (Differenzen), Waldheim (Zimmererstreik), Sobiesberg (Sperre über Brettschneider), Plauen (Sperre über Mädel);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Visselhövede (Sperre über Cohns und Köster), Emden, Münden (Zimmererstreiks), Osterode a. H., Nienburg a. d. W., Hildesheim, Aarh. Detmold, Oldenburg, Peine (Streiks), Uelzen (Aussperrung), Brake, Celle, Harburg (Bauarbeiterstreiks);

Braunschweig:

Schöningen (Aussperrung);

Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Arnstadt (Sperre über Pant und Papst), Schmalkalden, Gotha, Suhl, Rindolstadt (Streiks), Sonneberg (Differenz);

Rheinprovinz und Westfalen:

Düren (Aussperrung), Remscheid (Sperre über Panel), Elberfeld (Sperre über Boswau & Knaier), Kronenberg (partieller Streik), Minden (Bauarbeiterstreik), Hörde (Sperre über Kley);

Bayern:

Nürnberg-Fürth (Differenzen im Maurer- und Steinhauergewerbe), Alzenau, Hof a. d. S., Bayreuth, Regensburg, Würzburg (Streiks), Dachau (Sperre über Reischl), Olching (Sperre über Niedermeier);

Hessen:

Mühlheim-Dietesheim, Borsdorf, Dillenburg (Streiks), Schwanheim a. M. (partieller Streik), Marburg (Bauarbeiterstreik);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Geisweiler, Hassloch, Schifferstadt, Grünstadt (Streiks), Schweitzingen (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Freiburg (partielle Aussperrung), Pforzheim (Aussperrung);

Württemberg:

Vallingen a. d. F., Ulm (Streik), Stuttgart (Gipsstreik);

Fliesenleger:

Bochum (Sperre über Schödtler und Werringsföhr), Nürnberg (Sperre über Ayerle).

Oesterreich:

Olmütz, Pilsen (Streiks), Wien (Aussperrung).

Maurer werden gesucht im Zweigereitsgebiet Effen a. d. Ruhr. Es ist dort für 200 bis 300 Kollegen Arbeit. Meldungen: in Effen, Kirchstr. 18; in Braubach beim Kollegen Reinhardt, Dtr. 14; in Vordel im Verbandslokal Roth, Niederstraße. Weiter werden Maurer gesucht in Hgt. i. Oßpre. vom Unternehmer Goshay. — Die als offen gemeldeten Arbeitsplätze in Norddeutschland (Bohlhof, Hrens b. d. c.) sind alle besetzt.

Ein Skandal.

In Regensburg freiten bekanntlich unsere Kollegen bereits seit längerer Zeit um eine Erhöhung ihres sehr bescheidenen Lohnes. Ueber die Art der Forderung und auch über den bisherigen Verlauf des Kampfes sind die Kollegen durch den „Grundstein“ stets unterrichtet gewesen. Der Streik fand gut; nach den Berichten der zufälligen Kollegen, war ein baldiger Sieg gewiss. Leider müssen wir heute melden, daß sich in dieser Beziehung vieles geändert hat, und zwar zu Ungunsten der Kollegen. Bereits kurz vor Schluss der vorigen Nummer erhielten wir eine Zuschrift der Regensburger Streikleitung, die uns davon Mitteilung machte. Wir nahmen von der Veröffentlichung vorsichtig Abstand und warteten weitere Berichte darüber ab. Die sind nun eingetroffen.

Die Sache ist die, daß die im Stuckateurverband organisierten Fassaden- und Innenputzer als Streikbrecher auftreten! Wohlgerichtet, es sind keine Christlichen, sondern die im Zentralverband der Stuckateure organisierten Putzer, die fast alle früher Maurer und zum großen Teil auch früher Mitglieder unseres Verbandes waren. Bereits im März ist die Leitung der Stuckateure von unserer bevorstehenden Lohnbewegung verständigt worden. Damals erklärte sie, daß die Maurer auf die Solidarität der Stuckateure bauen könnten. Das verstand sich wohl von selbst. Um so standhafter ist ihr jetziges Verhalten. Nicht nur, daß sie nach wie vor alle Putzarbeiten verrichten, nein, sie machen auch die Arbeiten fertig, die die streikenden Maurer liegen liegen und, um das auch recht vollständig und recht schnell zu vollbringen, arbeiten sie über die übliche zehnstündige Arbeitszeit hinaus elf und zwölf Stunden, ja sogar an Sonn- und Feiertagen! Ohne die geringsten Strapazen nehmen sie neue Arbeiten an, als wenn es gar keinen Maurerstreik gebe.

Dies Verhalten der Regensburger Stuckateure schließt sich würdig dem ihrer Kollegen beim Streik der Maler und Tischler in Wiesbaden an. Und ebenso vorwurfsvoll paßt es zu den Vorkommnissen in Dortmund und anderen Orten, wo sie durch Arbeitseinstellung den Uebertritt unserer Verbandskollegen in der Stuckateurverband erzwingen wollen. Obgleich die meisten dieser skandalösen Fälle dem Vorstande des Stuckateurverbandes bekannt sind, ist es bisher nicht gelungen, Abhilfe zu schaffen, weil der Vorstand den Mitgliedern gegenüber ohnmächtig ist. Und bleibt nur die Selbsthilfe! Und das mögen sich die Stuckateure gesagt sein lassen, von ihr wird nichts als das Gebrauch gemacht werden, wenn sie ihr unerhörtes Verhalten nicht aufgeben und sich den Regeln selbstverständlicher Solidarität anpassen, die in den freien Gewerkschaften bisher Geltung hatten.

Aus Berlin wird uns geschrieben, daß dort 91 Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter aus Brünn (Mähren) eingetroffen sind zwecks Streikbruchs nach Greifswald weiter gereist sind. Alle Bemühungen, die Leute von ihrem Vorhaben abzuhalten, sind fehlgeschlagen, obwohl ihnen einwandfrei nachgewiesen worden ist, daß die Aussperrung in Greifswald nach wie vor besteht.

Das betrübendste bei der ganzen Sache ist, daß die Teilnehmer an diesem Streikbruch alle oder doch zum großen Teil Mitglieder des österreichischen Bauarbeiterverbandes sind. Günter werden sie sich natürlich als irreführt und völlig unschuldig aufzuspielen suchen.

Gau Oden.

In Danzig ist nach längerer Verhandlung mit den drei Vorständen der Zentralverbände der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ein Vertrag mit den Unternehmern bereinigt worden. In dem Vertrage ist eine Lohnerhöhung von 6 % für Maurer und Zimmerer und von 9 % für Bauarbeiter vorgesehen, die durch Steigerung von 2 resp. 3 % pro Jahr durchgeführt wird, so daß am 1. April 1908 für Maurer ein Lohn von 64 % gezahlt wird; für dieses Jahr beträgt der Lohn 60 %. Somit kann man wohl sagen, daß Danzig als Großstadt mit den Lohnverhältnissen allmählich nachgehinkt kommt, denn noch vor einigen Jahren war Danzig durch die Organisationslosigkeit der meisten Bauhandwerker und Arbeiter weit im Rückstand. In den Jahren 1901 und 1902 wurden noch für Maurer Löhne von 35 bis 40 % gezahlt. Für die anderen Berufe war der Lohn noch bedeutend niedriger. Somit ist in den letzten Jahren eine wesentliche Besserung zu verzeichnen. Auch die Ueberstundenarbeit sowie die Lohnzahlung und das sonstige Verhältnis auf den Baustellen ist ziemlich zufriedenstellend geregelt. Aber auch einiges überflüssige Zeug mußte auf Wunsch der Unternehmer mit in den Kauf genommen werden. Die Herren betrachten es immer noch als Zwangsangelegenheit, wenn sie sich mit den Organisationen abfinden müssen, wodurch sie sich dann von kleinsten Gesichtspunkten leiten lassen und die Entwicklung der Organisationen gerne durch Parteistricke hindern möchten. So soll während der direkten Arbeitszeit nicht agitiert werden, was ja eigentlich selbstverständlich ist. Auch unsere Brüder in Ghriffo, die gelegentlich des Streiks im Jahre 1900 entstanden sind und sich auch diesmal wieder recht brav um das Wohl und Wehe der Unternehmer bemüht haben, sollen in Zukunft nicht so sehr auf die Fühneraugen getreten, sondern recht kollegial behandelt werden, damit sie ungestört blühen und gedeihen können. Das letztere wird aber wohl nur ein frommer Wunsch der Unternehmer bleiben, denn bis jetzt hat diese Gesellschaft unter ihrer jetzigen Leitung nur darauf hingearbeitet, daß sich bald die letzten Mitglieder von ihr gewandt haben werden. Auch wieder während dieser Lohnbewegung. Wie schon erwähnt, haben unsere Vorstände seit längerer Zeit verhandelt. Die Unternehmer erklärten, daß sie nur einen Vertrag abschließen würden, wenn alle drei Berufe mit dem Geholten einverstanden seien. Die Bauarbeiter und Zimmerer nahmen das Angebot der Unternehmer in ihren Versammlungen an. Die Maurer, denen die Lohnzulage für dieses Jahr zu niedrig war, lehnten es ab. Diesen Moment ergriffte Stach und seine Brüder, die durch die Mitgliedschaften zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind und so nicht in Frage kamen, für günstig, um aus dem Hinterhalt hervorzutreten und den Zentralverbänden ein auszuweichen. Im Nu war er mit einigen Mannen bei den Unternehmern und bot seine Güte an. Daß dadurch die Aussicht auf weiteren Erfolg nicht günstiger wurde, daß die Unternehmer diese Güte vielmehr dankend annahmen, versteht sich am Rande. Daß sich aber auch die Danziger Bauarbeiterchaft in der Zukunft bedenken wird, mit dieser hinterlistigen Gesellschaft gemeinsame Sache zu machen, ist auch für jeden vernünftigen Menschen verständlich. Daran wird auch Herr Kochs Schicksal in der „Baugewerkschaft“ nichts ändern. Die Suppe, die sie sich in Danzig und anderen Städten angeeignet haben, ist nun einmal nicht zu genießen. Sie sind nämlich solche Kasse, und darum haben ihnen die Danziger Maurer recht kräftig in diese Suppe hineingepunkt und ihnen überlassen, sie allein auszuöffnen. Da nun die Vertreter der Maurer nicht gern die anderen Berufe mit in den Kampf hinein ziehen wollten, wurde darauf hingewirkt, daß das Angebot auch von den Mauern in einer weiteren Versammlung angenommen wurde, worauf dann der genannte Vertrag zu Stande kam. Es ist nun Pflicht jedes Kollegen, dafür zu sorgen, daß das Erzeugnis hochgehalten wird, daß besonders während der Herbst- und Winterzeit nichts wieder verloren geht. Es ist aber auch notwendig, daß diese Zeit benutzt wird, um die Organisation noch kräftiger zu gestalten. Besonders muß darauf hingearbeitet werden, daß auch die paar vertriebenen Schafe, die sich noch etwas davorwagen lassen und deshalb abseits stehen, dem Zentralverbande zugeführt werden. Gelingt das, dann können wir auch den nächsten Kämpfen, die sich nicht nur um eine Lohnerhöhung, sondern auch um die nennswürdige Arbeitszeit drehen werden, mit Ruhe entgegengehen, und der Erfolg wird auch dann nicht ausbleiben.

In Reheof, einer Pachtstelle von Marienwerder, Westpreußen, um unsere Mitglieder ausgeperrt waren, weil sie so tollkühn gewesen waren, sich dem Verbandsangebot anzuschließen, ist es zu einer Versöhnung mit dem Herrn Gersch gekommen. Herr Gersch hat sich nicht nur mit unseren Mitgliedern versöhnt, sondern auch mit ihnen das Arbeitsverhältnis geregelt. Vor der Aussperrung war eine Arbeitszeit von 18 Stunden üblich; dafür wurde ein Tagelohn in einer beliebigen Höhe gezahlt, gerade so wie es dem Unternehmer paßt. Daß unsere Kollegen nicht immer am besten dabei megelamen, ist leicht verständlich. Jetzt beträgt die Arbeitszeit elf Stunden, und zwar von 6 Uhr früh bis 7 Uhr Abends. Dafür wird ein Stundenlohn von 40 % gezahlt. Auch das sonstige Arbeitsverhältnis ist einer Regelung unterzogen worden. Dieser gute Erfolg konnte aber nur erzielt werden, weil die Kollegen alle frei und fest zusammenhielten und die Organisation sie unterstützte.

In Gerszt, Westpreußen, sind unsere Mitglieder auch in eine Lohnbewegung eingetreten. Da recht viele Arbeit am Orte ist, auch die Kollegen nur eine Regelung des Arbeitsverhältnisses wünschen, damit die Unternehmer — nachdem die größte Arbeit fertiggestellt ist — nicht wieder den Lohn nach Gutdünken zahlen, ist es möglich, daß sich alles auf friedlichem Wege abwickelt. Einstweilen ist aber der Zug fernzuhalten.

In Meßl scheinen den Unternehmern die kostbaren Süßfrüchte gar nicht recht zu schmecken, denn es sind nur wenige von der reifen Sorte da, während die Mehrzahl noch unreife Burschen, die erst in Meßl das Maurern lernen wollen und deswegen ziemlich sauer sind, so daß selbst Herr Schmidt sich schon den Magen damit verdorben hat, obgleich er sonst ziemlich das Vertrauen kann. Darum ist er, und mit ihm auch andere Unternehmer, schon anderer Ansicht geworden. Sie wollen nämlich wohl den Lohn von 50 $\frac{1}{2}$ bezahlen, nur einen Vertrag wollen sie nicht; auch denken sie, die Italiener dadurch genießbar zu machen, daß sie die Meßler dazu mischen. Dafür bedanken sich aber unsere Mitglieder, denn den Italienern das Maurern zu lernen, daran haben sie kein Interesse und auch keine Lust dazu. Sie sagen sich, und das mit Recht, haben die Unternehmer sich die Italiener herangeschleppt, dann mögen sie auch sehen, wie sie damit fertig werden. Da viele Meßler Kollegen abgereist sind und außerdem gute und lohnende Beschäftigung gefunden haben, auch eine größere Zahl für 50 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn in Arbeit steht, so daß nur noch einige Streikende am Orte sind, steht die Sache sehr günstig, weswegen auch weiter die Kollegen in Ost- und Westpreußen dafür sorgen müssen, daß der Zug von Meßl ferngehalten wird; dieses ist um so leichter möglich, da die Maurer fast mit der Laterne gesucht werden.

Gau Berlin. In Schrimm (Prov. Posen) hatte der Christliche Verband in diesen Frühjahr Forderungen an die Unternehmer gestellt. Von unserem Verbande besteht am Orte keine Zastelle, sondern in in unserem Verbande organisierten Kollegen gehören zum Zweigverein Freyhan. Der bisherige Lohn bewegte sich zwischen 27 und 38 $\frac{1}{2}$. Die Mehrzahl der Kollegen erhielt 34 $\frac{1}{2}$. Vom Christlichen Verband wurde seit längerer Zeit ohne Hinzugabe unserer Organisation verhandelt, es kam aber zu keiner Einigung, denn der Bezirksverband verbot den Schrimmer Unternehmern jedes Eingetommen. Dadurch spitzte sich der Verhältnis zu. Außerdem fanden es die Unternehmer für ratsam, am 9. Juni allen die mehr als 35 $\frac{1}{2}$ Lohn bekamen, 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde abzugeben. Dies war das Signal zu einer Arbeitsniederlegung der dem Christlichen Verbande Angehörigen. Ein Versuch zur Arbeitsniederlegung war nicht gefolgt. Unsere Kollegen lebten es ab, in einen wilden Streik einzutreten; ihnen war ein Lohnabzug auch nicht gemacht, sondern 1 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zugelegt. Sie verlangten nunmehr von den „Christlichen“, wenn sie auf unsere Mitwirkung rechnen wollten, daß Kollege Schulz hinzugezogen werden sollte; das geschah dann auch. Die Verhandlungen die dann geführt wurden, hatten das Ergebnis, daß die Unternehmer von jetzt an bis zum 1. August 35 $\frac{1}{2}$, vom 1. August an bis auf weiteres 36 $\frac{1}{2}$ bezahlen wollten. Vom 1. April 1907 an sollte die zehnhündige Arbeitszeit bei demselben Lohn eingeführt werden. Dies Angebot lehnten die Kollegen ab. Darauf ließen die Arbeitgeber den Kollegen Schulz aus Posen zur Verhandlung rufen. Die Verhandlungen beendeten sich bis in die Nacht hinein aus und hatten das Ergebnis, daß der Lohn sofort bis 1. September bei vollständiger Arbeitszeit 36 $\frac{1}{2}$, vom 1. September bis 1. April 1907 bei zehnhündstündiger Arbeitszeit 38 $\frac{1}{2}$ beträgt. Vom 1. April 1907 an tritt die zehnhündige Arbeitszeit in Kraft; der Lohn für diese Arbeitszeit soll im November dieses Jahres festgelegt werden. Der Lohn ward darum nicht sofort festgelegt, weil die Unternehmer nicht gänzlich ihren Bezirksverband ignorieren wollten. Der Lohn dürfte aber nicht unter 40 $\frac{1}{2}$ betragen, das hat Schulz den Unternehmern bereits angeboten. Nach diesen Verhandlungen tagte Nachts 11 $\frac{1}{2}$ Uhr noch eine Maurerverammlung, die das Angebot annahm. Aus Schrimm hätte leicht ein Größ oder Meßler werden können, denn wie in diesen beiden Orten, so wollten die „Christlichen“ auch hier die Matadore und unsere Kollegen sollten nur Statisten sein. Wenn dann die Sache so ging, dann hätten wir wieder schuld gehabt. Sonst verlangt die Gesellschaft immer in ihrer „Baugewerkschaft“ gleiche Rechte, hier aber sucht sie uns nach Möglichkeit auszuklaffen. Hier haben unsere Kollegen nun den Spieß umgedreht, und zwar zum Wohle der Schrimmer Kollegen.

In Pölow i. d. h. sind unsere Kollegen, soweit sie beim Unternehmer Mademacher beschäftigt waren, in den Streik eingetreten. Zwei Unternehmer hatten die Forderung, zehnhündige Arbeitszeit und 38 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, bewilligt. Bei diesen fünf 26 Kollegen beschäftigt. Beim vierten Unternehmer, Gärtner Mühlberg, arbeiten die Kollegen infolge ungünstiger Organisationsverhältnisse noch zu den alten Bedingungen weiter.

Durch Verhandlung — es ist im schwerbändigen Kampf die fünfte — ist der Fortschritt Streit beendet worden. Sie wurde geführt durch die örtlichen Organisationsvorstände der Arbeiter und Unternehmer, den Bezirksvorstand der Arbeitgeber für die Unterlausitz und den Gauvorstand unseres Verbandes. Die wichtigste Errungenschaft ist die Anerkennung unserer Organisation, die bisher hartnäckig verweigert wurde. Sodann mußte die Welpenpause wieder freigegeben werden, die die Unternehmer vor zwei Jahren in höchst bedenklicher und einseitiger Weise gegen den lebhaften Protest unserer Kollegen aufgehoben hatten. Weiter ward die Vergünstigung, an Sonnabenden um eine halbe Stunde und an den Tagen vor der hohen Festen um eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug zu machen, erreicht. Die Lohnsteigerung beträgt sofort 1 $\frac{1}{2}$ und vom 1. Oktober d. J. an einen weiteren Pfennig. Die Unternehmer hatten aber, vor dem Streik bereits „freiwillig“ eine Lohnsteigerung gegeben, so daß eigentlich die Lohnsteigerung 4 $\frac{1}{2}$ pro Stunde beträgt.

Die Verhandlungen in Schwiebus vor dem dortigen Gewerbeamt als Einigungsamt, waren resultatlos verlaufen. Die Arbeitgeber waren wohl damit einverstanden, daß der Vertrag nur auf ein Jahr abgeschlossen wird, weilerten sich aber, den Lohn auf 35 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen; ebenso wenig sei es nach ihrer Ansicht möglich, die Vergünstigung am Sonnabend zu bewilligen. Das Einigungsamt ist dann am 16. Juni nochmals zusammengetreten und hat beiden Parteien folgenden Schiedsspruch empfohlen: „Es wird eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 34 $\frac{1}{2}$ für angemessen erachtet, dagegen wird empfohlen, die Forderung, daß an jedem Sonnabend ohne Lohnabzug und ohne Welpen eine Stunde früher Feierabend gemacht wird, fallen zu lassen.“ Die Streikenden haben am 22. d. Mts. zu diesem Schiedsspruch Stellung genommen und einstimmig beschloßen, ihn anzunehmen. Ob sich die Arbeitgeber dem Schiedsspruch ebenfalls fügen werden, ist noch abzuwarten.

Der Streik in Altkarben kann als erledigt betrachtet werden. Ein Unternehmer hat die Forderungen, zehnhündige Arbeitszeit usw., anerkannt. Bei zwei weiteren Unternehmern wird entsprechend denselben gearbeitet, und bei Wollmann verlangt wir leider nicht den nötigen Einfluß in diesem Jahre. Dem-Behufsmittel ist also die Bahn gebannt, nun werden die Kollegen dafür sorgen, daß das Errungene festgehalten und der Rest möglichst bald nachgeholt wird.

In Fütterbog und Treuenbrücken haben Verhandlungen stattgefunden. In einem befriedigenden Resultat kam es nicht, da die Unternehmer nicht genügend Entgegenkommen zeigten.

Die Unternehmer in Wittenberge haben eine Kolonne Italiener erhalten. Wir halten dies für sehr vernünftig und für geeignet, beschend und erzieherisch auf diese Herren zu wirken. Sie werden, wenn sie nach einem Bieteljahr ihren Profit an der ihnen geleisteten Arbeit berechnen — ganz abgesehen von der Qualität — ihren alten einheimischen Maurern die richtige Werthung zu teil werden lassen.

Im Zehrigger Streik ist eine Änderung nicht eingetreten.

Die Cottbuser Bauarbeiter sind in den Streik eingetreten, wodurch unsere Kollegen in Wittenberge gezogen sind.

In Dahme i. d. Mark haben unsere Kollegen Forderungen gestellt und die Kündigung eingereicht. Falls es nicht gelingt, eine Einigung herbeizuführen, beschließen die Kollegen noch in dieser Woche die Arbeit einzustellen.

In Fürstentum albe verhandeln die Kollegen durch ihr schneelles und mutiges Eingreifen eine wesentliche Verbesserung des erst kürzlich abgeschlossenen Tarifs. Die Unternehmer wollten nämlich nachträglich noch einen Bonus in den Tarif aufgenommen wissen, daß jeder Maurer bei Innenputzwerk verpfändet sei, 80 qm Putz zu liefern. Noch einige andere ähnliche Arbeitsverhältnisse hatte man den Kollegen zugebracht. Die Kollegen beschloßen am Sonntag, den 17. Juni, kurzgehand, am nächsten Morgen die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Das half. Man ganz kurzer Zeit kamen die Unternehmer zum Streikkomitee und betrachteten auf ihre hinterhältigen Pläne. Nun ist der Friede wieder eingetreten, aber es ist nur, wie anderwärts auch, ein Friede mit Gewehr der Fuß.

Gau Magdeburg. In Aineburg fordernten die Kollegen 33 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und 2 $\frac{1}{2}$ Landzulage. Als die Forderung den Unternehmern persönlich überreicht wurde, kam mit dem Unternehmer Schulz, der sich bereit erklärte, 32 $\frac{1}{2}$ zu zahlen, eine Einigung zu Stande. Bei den Unternehmern Lindhorst und Schröder mußte erst die Arbeit eingestellt werden. Als aber die Herren am anderen Morgen saßen, daß sich die Kollegen zur Abreise rüsteten, gestanden auch sie 2 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung zu. Damit ist die Bewegung erledigt.

In Bernburg und Garbelegen geht der Kampf ununterbrochen weiter.

In Dessau ist eine Lohnsteigerung eingetreten. Um die offizielle Anerkennung der Organisation zu erzwingen, mußte gestreikt werden. Die Kollegen möchten wohl, sie können aber die richtige Taktik nicht finden.

In Hellingen haben die Unternehmer 2 $\frac{1}{2}$ zugelegt. Da aber immer noch rund 5 $\frac{1}{2}$ weniger gezahlt werden als in Stuttgart, so sind die Kollegen gewillt, sofort zum Streik zu greifen, wenn bis zum 27. Juni keine weiteren Zugeständnisse gemacht sind.

In Schwanebeck haben die Kollegen eine Forderung auf 5 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung eingereicht.

Gau Götting. Aus Bittan ist zu berichten, daß die Bemühungen der Unternehmer infolge von Erfolg getrübt waren, als sie sechs Mann von der „Dresdener freien Vereinigung“ als Hausarbeiter erhielten. Sie wurden unter polizeilichem Schutz am Laufe der nächsten Woche nach einige dazu. Um aber die dringenden Arbeiten fertigzustellen, benötigten die Unternehmer mindestens 250 „Arbeitswillige“. Außerst wütend sind die Unternehmer darüber, daß eine so große Zahl Streikender und Ausgesperrter anderweitig untergebracht werden abgesehen ist. Von 630 in Betracht kommenden Kollegen sind jetzt noch 210 am Orte. Diese Zahl verringert sich von Tag zu Tag. Da die Unternehmer sahen, wie viele unserer Kollegen in Hirschfelde arbeiteten, zogen sie den dortigen Baumeister Biehew, sämtliche Organisierten auszusperrten. Es wurde ihm jedoch gestattet, den angefangenen Bau fertigzustellen, doch warnten unsere Kollegen nicht solange, sondern betrachteten sich sofort als ausgesperrt. Die in Frage kommenden 15 Kollegen sind sofort abgereist, so daß der Bau gänzlich ruht. Den Schaden hat Biehew und nicht wir. Der Schmarwerksmaurer Schulz, der unsere Forderung bewilligt hat, hatte sich ein Weitergerüst von einem Unternehmer geholt. Doch bevor es zu seiner Durchführung kam, wurde der betreffende Unternehmer aufgefodert, das Gerüst nicht aufstellen zu lassen, bei Androhung hoher Geldstrafe. Aus diesem ersieht man, daß die Situation eine äußerst fatale für die Unternehmer ist. Viele Unternehmer wären froh, wenn sie aus dieser Zwangslage herauskommen und das Joch des Arbeitsverbundes abschütteln könnten. Die Haltung und Disziplin der Kollegen ist ausgezeichnet und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Während der fünfzehntägigen Dauer des Kampfes sind zu Streikbrechern geworden: in Bittan einer, in Großschönau zwei, in Ortritz zwei, in Meidenau niemand. Der Kampf wird sich hier äußerst grimmig und langwierig gestalten, dessen ist sich auch jeder eingeweiht. Ein Zurück gibt es diesmal nicht, und wenn wir den Kampf den Winter über bis zum nächsten Frühjahr bestanden müßten. Bei zäher Ausdauer werden wir siegen und unsere Organisation vor dem ihr zugebrachten Schlag bewahren. Die bisher abgereisten Kollegen werden erjucht, sich in der Ferne häuslich einzurichten, zu gegebener Zeit werden sie schon zurückgeführt werden.

In Götting beschließen sich eine am 19. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung mit dem Entwurfsentwurf des Arbeitgeberverbandes bezüglich der Lohnforderung. Die Unternehmer haben beschloßen, vom 1. Juli d. J. an 42 $\frac{1}{2}$ Höchsthof für Maurer und Zimmerer und 30 $\frac{1}{2}$ für Bauarbeiter zu zahlen. Die Arbeitszeit ist festgesetzt von 6 Uhr früh bis 6 Uhr Abends bei einer einstündigen Mittagspause und je einer halben Stunde Frühfrüh und Welpenpause. Überlunden werden wie bisher bezahlt. Von dem ganzen Schreiben ist nur der Punkt, betreffend die Regelung der Arbeitszeit, den Wünschen der Gesellen und Arbeiter entsprechend. Endlich haben die Herren ihren kleinlichen Standpunkt aufgegeben. Die Forderung der Lohnhöhe ist nicht zufriedenstellend. Die Forderung von 44 $\frac{1}{2}$ war so bescheiden, daß man nicht annehmen konnte, die Unternehmer würden

babon noch 2 $\frac{1}{2}$ abzwacken. Das Vorgehen der Unternehmer zeigt, daß sie keinen dauernden Frieden wollen; von einem Vertrage wollen sie nichts wissen; doch werden wir uns darüber weiter nicht grämen. Sie werden sich vielleicht noch einmal nach einem Vertragsabschluß sehen. Wir haben nun freie Bahn, und wenn wir davon Gebrauch machen, haben sie selbst schuld. Wie verhalten wir uns nun? Einige Kollegen verlangen einseitigen strikte Durchführung unserer Forderung. Kollege Talubabel teilt das Ergebnis einer ausgenommenen Statistik mit und empfiehlt hierauf eine Resolution folgenden Inhalts zur Annahme: „Die am 19. Juni tagende Versammlung des Zweigvereins Götting nimmt Kenntnis von der Stellungnahme der hiesigen Unternehmerorganisation zu der vom Verband der Maurer gestellten Lohnforderung. Die Versammlung bedauert die Haltung der Unternehmer gegenüber der Vertragsabschließung und insbesondere das geringe Entgegenkommen in der Lohnfrage. Die Verbandsleitung wird beauftragt, zur gegebenen Zeit Schritte zu unternehmen, um die schwebende Lohnfrage zur Zufriedenheit zu regeln. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Jeder Maurer muß vom 1. Juli an darauf bringen, daß 42 $\frac{1}{2}$ gezahlt werden, wo nicht, wird die Leitung geeignete Schritte tun, um die 42 $\frac{1}{2}$ auch überall durchzuführen. Nach der ersten Lohnzahlung im Juli wird sofort eine Statistik über die erfolgte Lohnzahlung aufgenommen werden. Die Fragebogen müssen gewissenhaft ausgefüllt werden. Durch unsere Entschlossenheit haben wir ein kleines Zugeständnis erreicht. Behalten wir weiter das Vertrauen zur Organisation; ohne diese geht es nicht mehr. Was die nächste Zeit bringt, können wir jetzt nicht erraten. Nichts wir uns auf alles ein, damit wir zu gegebener Zeit unseren Mann stellen können. Bei dem Maurermeister Siebenhaar sind zwei Kollegen gemagregelt, weil sie die den Verband beschimpfenden Äußerungen eines uns feindlich gegenüberstehenden Kollegen geduldet hätten. Die hiesigen Maurer erklären sich mit den Entlassenen solidarisch und legen bis auf drei (Baier, Bernst und Pepsit) die Arbeit nieder. Siebenhaar will den betreffenden Maurer entlassen, worauf die übrigen Kollegen bis auf die beiden Gemagregelten die Arbeit wieder aufnehmen.“

Gau Leipzig. In Schneberg war es am 16. Juni zu einer Einigung mit den Unternehmern gekommen, indem man sich auf folgende Bestimmungen einigte: Die Arbeitszeit beträgt pro Tag 10 $\frac{1}{2}$ Stunden bei einem Stundenlohn von 37 $\frac{1}{2}$. Wöchentlich des zehnhündigen Arbeitstages wurde noch folgende Vereinbarung getroffen: Sobald in Städten mit über 30.000 Einwohnern der Kreishauptmannschaften Zuzug und Genuß der Zehnuntentag zur Einführung gelangt ist, soll derselbe auch für Schneberg maßgebend sein. Nachdem dieser Vertrag von sämtlichen fünf größeren Baufirmen unterzeichnet war, gab man sich der Hoffnung hin, daß der Vertrag für beide Teile bindend sei. Doch darin täuschte man sich. Man hörte, mit welcher schloßen Mittel Unternehmer zu Werke gehen und welchen Wert mancher Namenszug für den Arbeiter hat. Am Sonntag früh beranloßte der mitunterzeichnete Baumeister Anton Wreschneider zwei Kollegen, Krause und Vogel, aufzusuchen und diese zu ihm zu schicken, da er noch etwas mit ihnen zu besprechen habe. Da Krause schon abgereist war, so ging Kollege B. Schneider an dessen Stelle mit. Sie wurden von Wreschneider in der lebenswürdigsten Weise empfangen und erjucht, den schriftlichen Vertrag noch einmal vorzulegen. Er wollte sich eine Weile nicht nehmen und diese seinem Schwager in Hirschau zuwenden, dadurch würde uns die Arbeit erleichtert. Da er die beiden Kollegen höchst erjucht, Platz zu nehmen, so entsprochen sie dem Wunsch und überreichten Wreschneider den Vertrag. Raum hatten sie den Vertrag hingelegt, als Herr Wreschneider denselben mit einer hastigen Bewegung an sich riß und seine Namensunterschrift mit einer bereitgehaltenen Feder stark durchstrich. „So“, erklärte er, „das wollte ich nur, nun sind wir fertig“, und schob den beiden den Vertrag wieder zu. Die beiden Kollegen waren ob dieser Handlungsweise fast sprachlos vor Staunen. Kollege Vogel bedeutete dann beiden Herrn, daß er diesen Zweck auf erjuchte Weise hätte erreichen können. Mit dieser Handlungsweise würde er sich den letzten Rest von Sympathie der hiesigen Maurer und Einwohner verdirbt haben. Am Sonntagnachmittag tagte nun in der „Erholung“ eine öffentliche Maurerverammlung, in der die Lohnkommission Bericht erstattete. Kollege Vogel entrollte zunächst ein klares Bild über die Situation des Streiks und gestellte das Verhalten der Unternehmer, hauptsächlich das des Herrn Wreschneider, in geistiger Weise. Die Versammlung gab ihrer Entrüstung über diese Handlungsweise Ausdruck und beschloß, bei dem Baumeister Wreschneider die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Gemäß dieses Beschlusses legten am Montag fast sämtliche Maurer bei A. Wreschneider die Arbeit erneut nieder. Ueber die Baustellen des Baumeisters Anton Wreschneider ist die Sperre verhängt.

Der Streik der Habsburger in Leipzig ist beendet. Die Arbeitszeit ist jetzt auf 8 $\frac{1}{2}$ Stunden festgelegt; der Stundenlohn beträgt bis zum 1. Januar 1907 65 $\frac{1}{2}$, von da ab 90 $\frac{1}{2}$; die Arbeitszeit wird von dieser Zeit an ebenfalls auf 8 Stunden pro Tag verkürzt. Für die organisierten Kollegen bleiben vorläufig folgende Firmen gesperrt: Die Gips- und Zementbaugesellschaft m. b. H. in Leipzig, Brandelstraße, und Heinrich Walzer, Habs- und Monierbaugesellschaft in Leipzig-Bismarck.

Der Streik in Bismarck, der nun schon 8 Wochen dauert, gestaltet sich immer günstiger für die Maurer. Das vom Stadtrat Wille erlassene „Streikverbot“ wurde, wie schon berichtet, von der Kreisbaupräsidenten wieder aufgehoben. Die Polizei als Helfershelferin des Unternehmertums sieht jetzt völlig machtlos da, denn durch das ununtergehaltene Verhalten der Streikenden ist ihr jede Betätigung zum Eingreifen genommen. Eine schmutzige Ergründung mußte in der letzten Woche der Baumeister F. Frey machen, denn 10 seiner Getreuen und Besseren legten die Arbeit nieder und schloßen sich dem Streik an. Die Folge davon war, daß der in der Schnebergerstraße liegende Möbelsche Bau nun vollständig brach liegt. Da nun jedwede Verbindung zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Streikenden fehlte, so wurde auf Vorschlag des Gauvorstandes die Anfrage an den Arbeitgeberverband gerichtet, ob die Unternehmer noch auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber der Forderung der Gesellen beharren. Man darf nun gespannt sein, was sie auf die Frage antworten werden.

Gau Erfurt. Zur Lohnbewegung in Sonneberg ist zu berichten, daß die Unternehmer, die bis jetzt untereinander wohl selten einig waren, jetzt in einem gemeinsamen Schreiben die Forderung der Kollegen abgelehnt haben. Der letzte Satz der ablehnenden Antwort sagt, daß

der Vorstehende der Lohnkommission sich wohl denken könne, warum sie ablehnen müßten. Die Kollegen beschloßen, sich durch diese Unthut nicht abdrücken zu lassen. Die Lohnkommission soll überall vorkommen, und wo keine Einigung erzielt werden kann, soll der Kampf eröffnet werden. Die Konjunktur ist sehr gut, und so ist zu hoffen, daß, wenn die Kollegen richtig vorgehen, unsere minimale Forderung anerkannt werden muß. Bis zur Erledigung erlaube ich den Kollegen nun mit Fernhaltung des Zuges.

In Alstedt i. Th. ist die Sperre über Wagner am Kallwerter Heydendorfer wieder aufgehoben worden. Die Alstedter Meister haben sich im Nachtrag zu unserem am 1. Januar 1906 abgeschlossenen Tarif verpflichtet, für die Zukunft 45 s pro Stunde für die Arbeiten am Kallwert zu zahlen.

In Götting, Rudolfsst. Suhl und Schmal-

kalben ist die Situation noch unüberändert. Von Suhl war Meister Hopf in Sonneberg, um Kräfte anzuwerben, mußte aber wieder abziehen. Versprochen hat er unserem Vorstehenden in Sonneberg 50 s pro Stunde. Da wir in Suhl aber nur 38 s gefordert haben, so können die Kollegen sehen, wie leicht es den Unternehmern sein würde, zu bewilligen. Gatten die Kollegen weiter an ihren jetzigen Arbeitsorten aus, dann muß der Sieg unser werden.

Gau Nürnberg. In Bayreuth ist auch in der letzten Woche eine Verringerung im Stand des Streiks nicht eingetreten. Von den 266 vor dem Streik beschäftigt gewesen waren sind zur Zeit 24 als Arbeitswillige tätig, so daß immer noch 242 Maurer fehlen.

In Hof a. d. Saale haben die Unternehmer eine Unterhandlung vor dem Gewerbegericht abgelehnt; sie erklären lediglich, daß sie über die in letzter Nummer des „Grundstein“ mitgeteilten Angelegenheiten nicht hinausgehen wollten. Der Stand des Streiks ist gleichfalls nach wie vor als günstig zu bezeichnen.

In Herzogenaurach haben unsere Kollegen gleichfalls eine Lohnforderung gestellt. Hier waren die Unternehmer aber etwas vernünftiger als ihre Kollegen an den übrigen Orten des nördlichen Bayerns. Sie bewilligten einen Mindestlohn von 32 s, bisher betrug er 28 s pro Stunde. Unsere Kollegen forderten 35 s, was aber auf den ersten Wurf nicht erreicht werden konnte. Sie werden nun dafür Sorge tragen müssen, ihren Zweigverein besser auszubauen, damit das nächste Mal mehr erreicht werden kann.

In Regensburg hätte der Kampf schon sein Ende erreicht, wenn nicht die Maurer, die Ruder- und Studenarbeiten verrichten und im Statutenverband organisiert sind, den Unternehmern zur Hilfe gekommen wären. (Die Sache ist an anderer Stelle behandelt.) Unser Kampf kann dadurch zwar nicht illusorisch gemacht werden, wohl aber wird er vier bis fünf Wochen länger dauern.

In Würzburg ist der Stand des Streiks gleichfalls noch als günstig zu bezeichnen. Die Unternehmer machen zwar alle Anstrengungen, von außerhalb Arbeitswillige durch alle möglichen Versprechungen herbeizulassen; es will ihnen aber nicht recht gelingen, da unsere Kollegen vortrefflich anpassen. Wohl haben sie in den letzten Tagen einige glückliche Elemente gepapert, die können aber die Arbeiten nicht fertigstellen, da immer noch über 200 Maurer fehlen. Die abgereisten Kollegen werden erlucht, an ihren Arbeitsplätzen zu verbleiben, bis der Kampf siegreich beendet ist. In den letzten Wochen ist es vorüberkommen, daß Kollegen ohne irgend welchen berechtigten Grund wieder zurückgekommen sind; das kann unsere Position nicht stärken, jeder Kollege hat die Ehrenpflicht, an seinem Arbeitsort zu verbleiben.

Einen schönen Erfolg haben unsere Kollegen in Schwandorf erzielt. Der Lohn betrug dort in diesem Frühjahr noch 28 s pro Stunde. Die Kollegen gründeten darauf einen Zweigverein, und heute gehören fast alle Maurer demselben an. Durch einheitliches Vorgehen ist es gelungen, den Lohn auf 35 s pro Stunde zu erhöhen. Das war den Unternehmern aber nicht recht; sie beschloßen die verhasste Organisation der Maurer zu vernichten. Zu diesem Zweck vereinigten sie sich und beschloßen, wie ein Unternehmer sich ausdrückte, in das Wespennest zu stoßen. In erster Linie sollte der Vorstehende des Zweigvereins entlassen werden und bei keinem Unternehmer mehr Arbeit erhalten. Der Kollege wurde am 16. Juni entlassen, und ein anderer Unternehmer erklärte unserem Kollegen auch gleich, warum er ihn nicht einstellen könne. Am 18. Juni früh gingen nun alle Kollegen mit dem entlassenen Vorstehenden aufs Bureau des Unternehmers frühlich und erklärten ihm, daß sie alle die Arbeit einstellen würden, wenn der entlassene Kollege nicht wieder eingestellt werde. Angesichts solcher Einigkeit unserer Kollegen, mußte der Unternehmer nachgeben und unseren Kollegen Schüler wieder einstellen. In diesem Falle haben die Kollegen bewiesen, was selbst durch eine junge Organisation erreicht werden kann, wenn Einigkeit und Solidarität vorhanden ist.

Gau München. In Lands hut hat sich die Lage nicht verändert; sämtliche Bauten ruhen vollständig. Trotz großer Bemühungen der Unternehmer finden sich keine Streikbrecher. Die Stimmung unter den Streikenden ist sehr gut. Die Unternehmer sehen bereits ein, daß sie eine Dummheit gemacht haben, sind aber noch zu stolz, ein Entgegenkommen zu zeigen. Die Kollegen tun ihre Pflicht, der Sieg wird unser sein.

In Alldorf a. N. mußten am 22. Juni die Kollegen die Arbeit niederlegen, um dem am 7. Juni abgeschlossenen Vertrage aus Geltung zu verschaffen. Bereits Mittags ließen die Unternehmer der Streikkommission mitteilen, daß sie nun gewillt seien, die Fassung des Tarifs anzuerkennen. Obwohl in Alldorf die Organisation noch jung ist, hat sich die Disziplin und Solidarität aufs Beste bewährt.

In Dachau haben bereits drei Unternehmer unsere Forderungen bewilligt. Die Bauten des Unternehmers Heßler sind gesperrt. Auch dieser Herr wird sich in den nächsten Tagen fügen müssen.

In Augsburg werden dieser Tage die Forderungen eingereicht; wahrscheinlich steht uns dort ein schwerer Kampf bevor. Aber davor dürfen wir nicht zurückweichen, auch die Augsburger Unternehmer müssen sehen, daß sich

während der letzten sieben Jahre manches geändert hat. Unsere Kollegen sind gut organisiert und sehen der Lohnbewegung ruhig entgegen.

In Dillingen mußten die Bauten des Unternehmers Niebmeier gesperrt werden; eine Verhandlung lehnte der Herr ab. In Detmold kommen zehn Kollegen.

Gau Stuttgart. Die Lohnbewegungen in Badnang und in Lauffen a. N. sind beide zu Gunsten der Kollegen beendet worden. Die Lohnhöhe in Badnang beträgt in diesem Jahre gegen 1905 4 s; im nächsten Jahre weitere 2 s pro Stunde. In Lauffen wurde gegen 1905 eine Lohnhöhe von 9 s erreicht. In beiden Orten wurde die Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden verfürzt. Die Orte gehören zum Zweigverein Heilbronn.

Die im Maurerverband organisierten Gipser in Stuttgart sind am 21. Juni in den Ausstand getreten. Die Hauptforderung ist ein Stundenlohn von 60 s; bei Studenarbeiten von 70 s. Bewilligt haben sich jetzt elf Firmen. Die anderen werden bald folgen müssen.

Im Streik befinden sich außer den Stuttgarter Gipsern noch die Maurer in Ulm und Baihingen a. d. B.

Forderungen sind eingereicht in Hemigkofen (Maurer), Eghardorf (Gipser) und Löhningen (Maurer).

Gau Mannheim. In Forstheim geht die Ausspernung unüberändert weiter. Auf Veranlassung des Bürgermeisters fanden Donnerstag, den 21. Juni, auf dem Rathaus bereits Verhandlungen statt. Die Unternehmer erklärten dort, daß sie bereit seien, die Ausspernung aufzuheben; sie waren allerdings so naiv, zu glauben, daß die Maurer wieder zu dem alten Tarif weiter arbeiten würden. Wir erklärten, daß wir ebenfalls bereit wären, die Arbeit wieder aufzunehmen, jedoch müßte vorher ein neuer Tarif abgeschlossen werden, der höhere Löhne enthält und auch für die nächsten Jahre Gültigkeit hat. Wir sollten dann bekannt geben, welchen Lohn wir forberten; da wir vorher jedoch keine Gelegenheit hatten, in einer Versammlung darüber zu beraten, so lehnten wir die Bekanntgabe ab. Die Sitzung wurde deshalb auf Samstag, den 23. Juni verlegt. Freitag fand eine Versammlung statt, in der folgende Forderungen erhoben wurden: Verfürzung der Arbeitszeit an Montagen und Samstagen um je eine Stunde; der hohen Festtagen Mittags 12 Uhr Feierabend. Stundenlohn 1906 52 s, 1907 55 s, 1908 58 s. Außerdem wurden noch verschiedene Nebenforderungen gestellt. Samstag, den 23. Juni, Vormittags 8 1/2 Uhr, begannen die weiteren Verhandlungen. Der von uns aufgestellte Tarif wurde unterbreitet. Die Unternehmer lehnten eine Verfürzung der Arbeitszeit prinzipiell ab. 1906 wollten sie eine Lohnhöhe nicht zahlen. Für 1907 waren sie bereit, 52 s pro Stunde zu zahlen; auch bestanden sie darauf, daß die alten schlechten Bestimmungen auch in der nächsten Tarif aufgenommen würden. In einigen nebenbeiartigen Punkten machte sie kleinere Zugeständnisse. Auf Verlangen des Bürgermeisters sollten die Vorstände der beiderseitigen Versammlungen unterbreitet werden. Unsere Versammlung findet Montag, den 25. Juni, statt, doch dürfte es zweifelhaft sein, ob die Kollegen sich mit diesen geringen Zugeständnissen zufrieden geben. Erwähnt sei noch, daß der sogenannte Arbeitgeberverband in den bürgerlichen Wäutern eine „Aufklärung“ losgeschlagen hat. Dieses Elaborat strotzt von Unwahrheiten, Verdrehungen und Verleumdungen. Als Antwort darauf wurde untereinst ein Flugblatt verbreitet und die gesamte Einwohnerschaft zu einer Volksversammlung eingeladen. Diese Versammlung war von Bürgern und Arbeitern bis auf den letzten Platz gefüllt. Dort erhielten die Spornmacher auf ihre Verleumdungen die richtige Antwort. Eine scharf gefasste Resolution fand einstimmig Annahme. Eine traurige Rolle hat bei dieser Gelegenheit auch wieder der allmählich reifende gewordene christliche Sekretär. Rott aus Karlsruhe gepöpst. Dieser Herr ist von einem unserer Vorstandsmitglieder über die Differenzen bei Käser eingehend unterrichtet worden. Er hat es jedoch für nötig befunden, den Unternehmer Käser über die Differenzen ebenfalls zu interpellieren. Nach dem von Käser erhaltenen — natürlich wahrheitsgemäßen — Aufklärung erklärte Rott das Vorgehen unserer Kollegen für eine Unverschämtheit und Frechheit. Käser betrie sich natürlich in der Sitzung auf dies Zeugnis des christlichen Sekretärs. Nun, je mehr Rott seinen wahren Charakter zeigt, desto besser ist es für uns.

In Bockach sind die Zimmerer ausgesperrt. Sie verlangen nun, daß die Maurer den Sympathiebrief unterschreiben. Dies sollte jedoch über die Köpfe der in Betracht kommenden Vorstände geschoben. Mittwoch, den 20. Juni fand dieserhalb eine kombinierte Versammlung statt. Horter erklärte dabei, es könne von einem Sympathiebrief keine Rede sein, bevor nicht die Vorstände der beiden Verbände sich geeinigt hätten. Von seiten der Zimmerer sowohl wie von einzelnen unserer Kollegen wurde Horter dieserhalb scharf angegriffen. Doch die Versammlung beschloß im Sinne Horter's. Die Angelegenheit wird jetzt noch dem Zentralvorstand unterbreitet.

In Weinheim ist der Streik mit einem Teilerfolg beendet. Erreicht wurde die zehnjährige Arbeitszeit sowie ein Stundenlohn von 45 s. Die Weinheimer, und besonders die Kollegen aus einigen Dörfern, werden aus diesem Kampfe die Lehre zu ziehen haben, daß ohne Opfer kein Streik zu gewinnen ist. In Gweller haben sich einige Italiener als Hausarbeiter gefunden; doch ist die Situation noch gut. Wird der Zug weiter ferngehalten, so müssen die Unternehmer nachgeben.

Gau Köln. Am 18. Juni legten in Remscheid bei der Firma Karl Paul neun Maurer und fünf Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder. Grund hierzu ist: Im vorigen Jahre freiteten die Maurer und Bauhilfsarbeiter um einen Stundenlohn von 62 resp. 42 s und die zehnjährige Arbeitszeit. Die Forderung wurde auch von einigen Unternehmern durch Namensunterschrift bewilligt. Nur die Hauptfirma, Horter, gestärkt durch eine Anzahl richtiger und von selbstgekaufter Elemente, die sich ihnen als Streikbrecher zur Verfügung stellten, betrat den Standpunkt, nicht mit den Organisationen zu verhandeln; dazu gebot die der Unternehmer Paul, da er es nicht für nötig hielt, den geforderten Lohn zu bezahlen und die Arbeitszeit einzuführen. In letzterem Punkte steht es in Remscheid überhaupt noch traurig aus. Es wird noch elf und zwölf Stunden gearbeitet. Jeder nun dieses auch noch einige Organisierte, die nicht einsehen können, daß sie durch

dieses Tun und Treiben sich selbst und auch der Organisation eine große Schädigung zufügen. Da nun die Arbeitslosigkeit bei Paul eine gute ist, so haben sich die Organisationen gezwungen, auch hier die Sache zu ordnen. Der Unternehmer hielt es aber nicht für nötig, die Sache friedlich zu regeln, und so mußte die Sperre verhängt werden. Leider sind es wieder die Herren Bolle, die es nicht für nötig erachten, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen und sich der Organisation anzuschließen, sondern lieber als Streikbrecher arbeiten. Aber diese können die Arbeiten nicht fertigstellen. Der Unternehmer hat sich denn auch schon herbeigelassen, den Lohn von 52 resp. 42 s zu zahlen. Die Lohnkommission ist aber jetzt der Ansicht, daß er nun, da er es zur Arbeitsleistung hat kommen lassen, auch die Kosten zahlen soll. Es wurde eine Forderung von 54 resp. 44 s gestellt. Da die Kollegen alle anderweitig untergebracht und neue Streikbrecher nicht zu bezichtigen sind, so hat er jetzt Zeit und Gelegenheit, über sein Tun nachzudenken. Sogleich kommen auch die Unternehmer in Remscheid zur Einsicht, daß es besser ist, mit den nachgebenden Organisationen zu verhandeln und auf diese Weise geregelte Zustände herbeiführen, als mit ihnen im Kriegszustand zu leben. Vor allen Dingen ist es aber Pflicht der organisierten Kollegen, daß sie das Interesse der Organisation besser vertreten, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Der Streik in Dören dauert fort. Der Zug ist ganz gering, in den drei Wochen des Streiks haben die Unternehmer mit der größten Anstrengung sechs Arbeitswillige zusammengetrommelt. Die gestern Abend hier eingetroffenen acht Arbeitswilligen hat man mit acht Polizisten und einem Kommissar mittels Omnibus im Galopp in dem hiesigen Krankenhaus untergebracht. Für Kranke ist es überflüssig, aber Platz für Arbeitswillige ist doch noch da. Die Unternehmer haben uns das Angebot gemacht, 45 s Mindestlohn unter den alten Bedingungen zu zahlen. Wir werden über dies Angebot noch näher berichten. Die Bauinjunktur ist günstig. Der Streik der Schreiner und Sattlerei ist auch noch nicht beigelegt. Die ausgesperrten Maurer sind zum größten Teil abgereist.

Gau Dortmund. Bei der Firma Gebrüder Kley in Söbke kam es Donnerstag, den 21. Juni, zu Differenzen. Die dort beschäftigten Kollegen stellten an Kley die Forderung, die dort bestehenden Mißstände zu beseitigen. (Die Baubude und der Abort waren in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottet und gegen das Stillschleichen gefühl arg verstoß.) Auch Schutzhelme und Abdeckung des Treppenhauses im Neubau waren nicht vorhanden. Anstatt nun die Mißstände zu beseitigen, erklärten die Gebrüder Kley: Es wird überhaupt nichts gemacht. Wenn es in der Baubude nicht gefällt, der kann auf die Straße gehen. Betreffs des Aborts machte Kley Versicherungen, die wir aus Anstandsgefühl hier nicht wiedergeben können. Belästigende Versicherungen über den Zentralverband der Maurer usw. brachten es soweit, daß die Kollegen einstimmig die Arbeit niederlegten. Der hinzugekommene Bauvorstand, Kollege Kohl, konnte keine Einigung erzielen. Er wurde von Gebr. Kley herabgesetzt, daß eine weitere Verhandlung nicht möglich war. Es wurde deshalb über das Vorgehen der Gebrüder Kley die Sperre verhängt. Hoffentlich werden die Gebrüder Kley bald einsehen, daß die organisierten Arbeiter nicht Schindluder mit sich treiben lassen.

Gau Braunschweig. Sonntag, den 24. Juni, tagte in Braunschweig eine sehr gut besuchte öffentliche Maurerverammlung abends. Stellungnahme zu der Antwort des Arbeitgeberverbandes. Die Unternehmer schrieben, daß sie diesen Sommer nichts bewilligen könnten, weil die Baubetriebe abgereist seien. In der Diskussion wurde von sämtlichen Mitgliedern unserer Organisation betont, daß nunmehr unsere gerechte Forderung mit vollem Nachdruck erkämpft werden mußte. Der christliche Kollege Glöbebrand aus Hannover meinte, daß doch ein Zugeständnis in dem Antwortschreiben der Unternehmer enthalten sei, indem sie im Winter mit uns unterhandeln wollten. Man sollte die Forderung auf 55 s beschränken und von neuem an die Unternehmer herantreten. Ein dahingehender Antrag wurde mit 305 gegen 109 Stimmen abgelehnt. Es erfolgte nunmehr die Abstimmung, ob in den Kampf eingetreten werden sollte oder nicht. Die Abstimmung ergab, daß 295 mit Ja und 181 mit Nein stimmten. Die Dreiviertel-Majorität war nicht vorhanden, und hat somit die Lohnbewegung vorläufig ihr Ende gefunden.

Die Unternehmer in Schöningen kämpfen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, um die ausgesperrten Kollegen müde zu machen. Eine schwarze Liste, auf der 180 Namen der ausgesperrten Maurer verzeichnet sind, wird in alle Winde verschickt, damit es den Schöninger Kollegen nicht gelingen soll, anderweitig in Arbeit zu treten. Diese Maßnahme beruht aber vollständig den Zweck, denn die Abgereisten haben alle in Arbeit treten können. Schließlich wird den Unternehmern doch noch ein Licht aufgeleuchtet.

Auf die Lohnforderung der Peiner Kollegen haben die Unternehmer geantwortet, daß jetzt an eine Verbesserung der Löhne nicht zu denken sei, man beschäftige aber, vom 1. Januar 1907 an die Stundenlöhne um 2 s zu erhöhen. Eine gut besuchte Maurerverammlung beschloß am 23. Juni, für die Durchführung der Forderungen in den Streik einzutreten.

Gau Hannover. Der Streik in Hildesheim ist insofern in ein neues Stadium getreten, indem der „Arbeitgeberverband“ einen Arbeitsnachweis eingerichtet hat und die Arbeiter schärfst auffordert, davon Gebrauch zu machen. An die Bekanntmachung bezüglich des Arbeitsnachweises knüpft er allerlei Bemerkungen, die den Streik in einem vollständig falschen Licht erscheinen lassen, indem alle Schulden der Arbeiter zugeschoben wird. Der „Arbeitgeberverband“ lehnt für den Streik jegliche Verantwortung ab und bezeichnet ihn als einen Kampf, den er nicht habe auszuweichen können. Um ihn mit seinen Bürgern festzuhalten, sei darauf hingewiesen, daß am 16. November d. J. der alte Vertrag gekündigt und die neuen Forderungen eingereicht wurden. Die Unternehmer hätten also genügend Zeit, um bei ihren Neuanschlägen diese Forderungen zu berücksichtigen. Es wäre auch gerecht gewesen, die Zeit zu benutzen und durch Verhandlungen den Weg der Verständigung zu suchen. Trotz wiederholter Aufforderung seitens der Arbeiter fand aber nur eine einzige mißliche Verhandlung statt. In dieser

Verhandlung sowie in sämtlichen gewechselten Schreiben nahmen dieselben stets einen ablehnenden Standpunkt ein. Wenn der Arbeitgeberverband nun auf sein schriftliches Versprechen hinweist, am 1. Januar 1907 eine Lohnerhöhung einleiten zu lassen, so ist die Frage am Platze, warum man nicht in eine Revision des alten Arbeitsvertrages einwilligen sollte. Weshalb will man die Lohnerhöhung erst im Winter in der Zeit der Arbeitslosigkeit einleiten lassen? Jedenfalls doch nur, um die Notlage der Arbeiter auszunutzen zu können. Mit Entschiedenheit muß es zurückgewiesen werden, daß die Unternehmer den Streik als eine Machtprobe hinstellen. Die formwählende Vertretung der Beschäftigten in den letzten Monaten war allein die Ursache der beschiedenen Forderung der Arbeiter. Es schlägt der Wahrheit ins Gesicht, wenn die Unternehmer schreiben, sie behauerten den schweren Schaden und die Not, die der Streik für die Arbeiter und deren Familien und für die im Gefolge hat, die nur widerwillig den Streik mitgemacht haben, aus Furcht vor etwaigen Gewalttätigkeiten ihrer Genossen. Es wird den Unternehmern sehr schwer fallen, den Beweis zu erbringen, daß irgend eine Gewalttätigkeit während des Streiks vorgekommen ist, denn das ist einfach nicht wahr. Der einstimmige Beschluß aller in Betracht kommenden Organisationen beweist, daß die Arbeiter mit aller Freiheit und lebhaft unter Würdigung der gestellten Forderung in den Streik eingetreten sind. Wenn nun die Unternehmer den etwaigen Arbeitswilligen Arbeitslosigkeit im Sommer und Winter versprechen, so soll dies nur als Lockmittel dienen. Man weiß ja, wie es damit steht. Den Frieden im Baugewerbe wünschen auch dringend die Arbeiter, jedoch kann er nur durch gegenseitige Verständigung erreicht werden und nicht durch einseitige Errichtung eines Arbeitsnachweises, der möglicherweise dazu dient, die an der Spitze der Organisationen stehenden Arbeiter kassieren zu machen. Inwiefern dem „Arbeitsgeberverband“ der Frieden im Baugewerbe und das Wohl der Familien am Herzen liegt, beweisen die von ihnen in Umlauf gesetzten schwarzen Listen, in denen auch Kranke und solche Arbeiter aufgeführt worden sind, die überhaupt nicht an dem Streik teilgenommen haben. Die Arbeiter sind auch heute noch zu Verhandlungen mit dem „Arbeitsgeberverband“ bereit, aber der „Arbeitsgeberverband“ will anscheinend überhaupt nicht verhandeln. Nun, wir können es abwarten.

In München haben die Bauarbeiter durch Verhängung von Sperren den Stundenlohn von 80 auf 85 A. zu erhöhen. Drei Geschäftsführer, Hofmann, Strennig und Schürmann, mit 45 Bauarbeitern sind seit 20. Juni gesperrt; hierdurch sind 64 unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen. Die Unternehmung haben mit der ihnen eigenen Propaganda die Ausperrung sämtlicher organisierten Bauarbeiter beschlossen, falls bis zum 22. Juni die Arbeit in den gesperrten Betrieben nicht wieder aufgenommen sei. Die Ausperrung selbst ist nicht so prompt ausgefallen, dazu sind die Gegenstände zwischen den einzelnen Unternehmern zu groß. Sie umfasse 84 Bauarbeiter, während 69 in Arbeit geblieben sind.

Herodea. Ganz hat seine Italiener geholt! Die in dieser Hinsicht anscheinend sehr vorurteillos Firma Grafhof aus Hannover hat einige von ihren in Volpreisen aus dem Bismarckpark beschäftigten Italienern dem Unternehmer Ordnung überlassen und zwei dieser Arbeiter haben sogar einen ganzen Tag unter polizeilichem Schutz gefronzt, die anderen haben die Arbeit erst gar nicht probiert. Nachdem allen das Fahren zur Mitternacht nach Hannover gesagt war, sind sie auch nach dort gefahren und werden von der Firma weiter beschäftigt.

Gau Bremen. Der Streik in Oldenburg dauert ununterbrochen fort. Die Situation ist für unsere Kollegen äußerst günstig. Von auswärts sind noch keine Streikbrecher gekommen; von den 200 Kollegen sind die meisten abgereist, die überall Arbeit gefunden haben, und so ist zu hoffen, daß sich die Unternehmer bald zu Verhandlungen genötigt zeigen werden. Einen schönen Erfolg haben unsere Kollegen in Alchim zu verzeichnen. Die Arbeitszeit war bisher 10 1/2 Stunden bei einem Stundenlohn von 88 A.; gefordert wurden 10 Stunden Arbeitszeit und 45 A. Stundenlohn. Mehrfache Schreiben an die Unternehmer über die gestellten Forderungen zu verhandeln, wurden nicht beachtet. Am 18. Juni fand eine Versammlung statt, die zu der Lohnfrage Stellung nahm. Da sich die Unternehmer auf nichts einließen, wurde das letzte Mittel, der Streik, beschlossen. Am Dienstagmorgen wurde die Arbeit einmütig niedergelegt. Das hatten die Unternehmer nicht erwartet; eine Stunde später kamen dieselben schon ins Streikbureau und erklärten sich bereit, die volle Forderung anzuerkennen und so konnte der Streik noch am selben Tage beendet werden.

In Braze befinden sich unsere Kollegen gleichfalls im Kampfe, d. h. sie sind durch den Streik der Bauarbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Unsere Kollegen hatten im Frühjahr eine Lohnerhöhung laut Ermächtigung vom Jahre 1904 erhalten, so daß der Stundenlohn 45 A. betrug. Inzwischen bewilligten die Unternehmer für die Zimmerer 47 1/2 bezw. 50 A. Stundenlohn. Unsere Kollegen, die für sich denselben Lohn in Anspruch nahmen, sandten den Unternehmern die gleichlautende Forderung ein. Die Unternehmer ließen sich auf eine Verhandlung anfangs nicht ein, sondern sandten ein Schreiben, worin sie das Zugeständnis machten, den Stundenlohn vom 1. Oktober dieses Jahres an auf 47 1/2 A. und vom 1. Mai 1907 an auf 50 A. festzusetzen. Den Bauarbeitern, die eine Lohnerhöhung von 40 auf 45 A. pro Stunde gefordert hatten, wurde nichts bewilligt. Die Maurer und Bauarbeiter gaben sich damit nicht zufrieden und machten davon den Unternehmern Mitteilung. Am 19. Juni fand nunmehr eine Verhandlung zwischen den Beteiligten statt, die dazu führte, daß die Unternehmer auf den Bauarbeitern 47 1/2 pro Stunde Lohnzuschlag vom 1. Oktober d. J. an zugestanden. Die Unternehmer erklärten, weitere Zugeständnisse weder den Maurern noch Bauarbeitern machen zu können. Eine Vermittlung, die am selben Abend für beide Berufe stattfand, beschloß sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen. Unsere Kollegen gaben sich mit dem Angebot zufrieden, die Bauarbeiter lehnten das Zugeständnis ab und traten am nächsten Morgen in den Streik ein. Dadurch wurden unsere Kollegen sämtlich in Mitleidenschaft gezogen. Die Sache steht äußerst günstig und die Beteiligten hoffen auf einen für sie günstigen Abschluß.

Gau Hamburg. In Neuzen ist die Situation unverständlich. Die Bauten liegen vollständig still; nur an einem Neubau in der Giesstraße arbeitet ein Meister im Schweiße seines Angesichts mit einem Bedienten und zwei Sandbläsern. Die Unternehmer versuchen die Polizei dem Verbands abtrünnig zu machen, bis jetzt hatten sie aber kein Glück hiermit. Die

Brauerei Rabag läßt für die geplanten Bauarbeiten ausschreiben. Bei dem Unternehmer Otto Meyer, der sich zum Keger der Forderung an der Ausperrung nicht bezieht, wird immer lustiger weiter gearbeitet. Ob diesem Unternehmer die Maurerarbeiten an der Brauerei übertragen werden, ist von uns noch nicht in Erfahrung gebracht, die Zimmerarbeiten hat Otto Meyer übernommen.

Die Lohnbewegung in S. h. e. o. ist beendet. Nachdem die sämtlichen Richtungsmeister mit Ausnahme des Unternehmers Reicholz einen Vertrag mit unserer Organisation abgeschlossen hatten, haben sich auch die Innungsmeister dazu herbeigelassen. Der Vorstand des Kreises Steinburg hatte die Vermittlerrolle übernommen und auf dessen Einladung fanden sich am 20. Juni drei Mitglieder der Innung, je zwei Mitglieder der örtlichen Verwaltung der Maurer und Zimmerer und die Gauleiter der zugehörigen Organisationen im Landratsamt zusammen. Nach eingehender Beratung einigten sich die Parteien darüber, daß der mit einer Anzahl Unternehmern abgeschlossene Tarifvertrag auch für die Innungsmittelglieder maßgebend sein sollte. Nach den Bestimmungen des Vertrages wird der Stundenlohn sofort von 61 A. pro Stunde auf 53 A. erhöht. Vom 1. Oktober d. J. an tritt eine weitere Lohnerhöhung auf 55 A. pro Stunde ein. Im Jahre 1907 wird dann vom 1. Januar an ein Stundenlohn von 58 A. gezahlt. Weiter haben die Vertreter der Innung die Erklärung in den Vertrag mit aufnehmen lassen, daß im Jahre 1908 die neuinständige Arbeitszeit eingeführt und der Lohn dementsprechend steigen soll, wenn sich nicht besondere wirtschaftliche Schwierigkeiten dem entgegenstellen. Diese Abmachungen sind am 21. Juni von der Innungsverammlung, sowie auch von einer gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung der Maurer und Zimmerer anerkannt. Am 22. Juni ist darauf die Arbeit überall wieder aufgenommen. Nur über den Unternehmer Reicholz ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt.

Brämstedt. Hier ist die Sperre über das Geschäft des Unternehmers Krummholz (Wau Elektricitätswerk) aufgehoben. Der Unternehmer hat nunmehr die volle Forderung anerkannt.

Geesthacht. Der Unternehmer Bascow in Sauerburg a. d. Elbe, der hier ständig die Arbeiten auf der Dynamitfabrik Krummholz ausführt, hat den Tarif jetzt anerkannt. Damit ist die Sperre über die Arbeiter der Dynamitfabrik aufgehoben, nachdem dieselbe 1 1/2 Jahr bestanden hatte.

In S. u. m. sind Differenzen zwischen unseren Kollegen und dem Unternehmer Harten entstanden. Begrüßter sucht in auswärtsigen bürgerlichen Blättern Maurer nach S. u. m. für Affordarbeit, trotzdem hier die Affordarbeit durch einen mit dem Arbeitsgeberverband abgeschlossenen Tarif ausgeschlossen ist. Die Kollegen werden auf dieses Gebaren des Unternehmers Harten besonders aufmerksam gemacht und gebeten, keine Arbeit nach S. u. m. anzunehmen, ohne sich zuvor mit dem Vorstehenden des Zweigvereins, Kollegen J. Hoffmann, Nordstraße 22, in Verbindung gesetzt zu haben.

Der Zweigverein Reinbeck hat den Unternehmern eine Forderung unterbreitet, wonach eine Lohnerhöhung von 60 A. auf 65 A. pro Stunde vom 1. August d. J. an verlangt wird. Vom 1. Januar 1907 an soll dann die Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 70 A. von 9 1/2 Stunden auf 9 Stunden herabgesetzt werden.

Die Lage in Wien.

Wien, den 23. Juni.
In der vergangenen Woche wurde vom Montag bis Samstag selbst gehandelt und verhandelt. Wie bekannt, müssen die Dinge erst für die baugewerblichen Nebenbetriebe ins Reine gebracht werden. Keine von den elf in Frage kommenden Branchen will sich die Gelegenheit entgehen lassen, etwas herauszuschlagen. Das ist begreiflich. Die Unternehmer haben mit der Generalausperrung nicht weniger als fünf Verträge gebrochen und die Arbeiter dieser Branchen befinden sich nun darauf, daß die Unternehmer für den Vertragsbruch eine angemessene Entschädigung geben. Unter anderem werden auch die gestellten Forderungen verhandelt, damit dann die Ruhe im Baugewerbe auf einige Jahre gesichert sei. In manchen Branchen wurde leicht die Verhandlung erzielt, bei anderen waren wiederholte Zusammentritte nötig, um den Friedensschluß zu finden, und einige werden erst diese Woche ihre Schlussverhandlungen haben, vorausgesetzt, daß der Schluß überhaupt gefunden wird. Es sei nochmals daran erinnert, daß alle schon geschlossenen Verträge erst dann in Wirksamkeit treten, wenn alle Berufe abgeschlossen sind. Es kann also das ganze Friedenswerk zerfallen werden, wenn sich eine einzige Branche weigert, einen Vertrag zu schließen.

Allem Anscheine nach ist der Präsident des Zentralverbandes der Arbeit „geher“ bemüht, ein Ende zu finden, denn es kriecht schon ganz bedenklich in den Kreisen der Unternehmer. Die Verhandlungen sind am Wochenanfang am kritischen Punkte angelangt und zum Beginn dieser Woche muß es sich zeigen, ob seitens der Unternehmer ernste Absichten zum Friedensschluß vorhanden sind oder nicht.

Die besagten Bauführer geben sich in ihren Versammlungen noch immer den Anschein, als stände es um ihre Sache sehr gut. Aber das ist nur Gerede, das die Angst verhehlt. Die Zahl der arbeitswilligen Unternehmer steigt ganz erfreulich, und wenn es in dieser Woche nicht zum Frieden kommen sollte, dürfte es mit der Solidarität der Unternehmer vorbei sein. Diese Situation ist dem Unternehmerräte, Daurat v. Stumacher, nicht unbekannt, und daher sein Verhalten, bezichtigt die gefährliche Sache ins Trodene zu bringen. Die „Besigten“ leben noch immer in dem Wahn, die Arbeit müsse von den Maurern vorzeitig bedingungslos aufgenommen werden, nachher erst würden sie etwas geben. Weilen die Unternehmer bei dieser wahnhaften Idee, dann ist es selbstredend mit dem Friedensschluß nichts. Die Maurer sind absolut nicht gewillt, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, da wir eben noch weiter kämpfen, bis die übergeordneten Unternehmer gewillt sind, Frieden zu schließen. Wir werden es ja sehen, wer das Awarieren länger aushält, die Maurer oder die Unternehmer. Die Sache steht sehr gut; es kann bald zu Ende sein, es kann auch noch lange dauern. Was davon zutrifft, weiß man derzeit nicht. Für die Maurer gilt selbstverständlich die Ansicht, daß es noch nicht zu Ende geht.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Agitation. Der Verbandsvorstand hat im Einverständnis mit dem Verbandsausschuß und den Gewerkschaften beschlossen, noch in diesem Jahre eine umfangreiche Agitation zu Gunsten der Verkürzung der Arbeitszeit in die Wege zu leiten.

Zu diesem Zwecke soll zunächst eine Broschüre herausgegeben und unter die Mitglieder verteilt werden. Anschließend daran sollen in allen Zweigvereinen Versammlungen abgehalten werden mit Referaten über den Wert und die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Broschüre wird zwei Bogen (82 Druckseiten) stark und so früh hergestellt, daß der Versand an die Zweigvereine im Monat August erfolgen kann. Der Preis der Broschüre dürfte 5 A. pro Exemplar nicht übersteigen.

Die mündliche Agitation soll im Monat Oktober vor sich gehen. Die darauf bezüglichen Einzelheiten werden später bekannt gegeben. Nur soviel sei heute schon gesagt, daß vorher ein Flugblatt, das den Zweigvereinen gratis geliefert wird, zur Verbreitung kommt und unersetzlich, soweit es möglich ist, Referenten gestellt werden.

Wir ersuchen nun die Zweigvereine, sich auf diese Agitation einzurichten. Besonders müssen umgehend Bestellungen auf die Broschüre gemacht werden.

Der Verbandskataloger gelangt im Monat August zum dritten Male zur Ausgabe. Der Preis beträgt wie in den beiden Vorjahren 50 A.

Bestellungen sind in den nächsten Wochen zu machen, damit wir die Auflage bestimmen können.

Die Unterrichtskurse, die seitens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auf Grund eines Beschlusses des letzten Gewerkschaftskongresses eingerichtet sind, beginnen im Monat August d. J. zum ersten Male. Inwieweit Mitgliedern unseres Verbandes Gelegenheit gegeben werden soll, an dem Unterricht teilzunehmen, wird endgültig der nächste Verbandskongress zu bestimmen haben. Für die Teilnahme an den diesjährigen Kursen blieb uns weiter nichts übrig, als selbst eine Entscheidung zu fällen.

Unsere Entscheidung, die auch die Zustimmung des Verbandsausschusses gefunden hat, geht dahin, daß wir die Generalkommission ersucht haben, unserem Verbands 50 Plätze zur Verfügung zu stellen.

Sobald die Entscheidung der Generalkommission vorliegt, werden wir den Zweigvereinen über die weiteren Einzelheiten Mitteilung machen.

„Arbeit und Kultur.“ Die Bestellungen auf das Werk „Arbeit und Kultur“ waren erfreulicherweise in der letzten Zeit so zahlreich, daß der Vorstand sich entschlossen hat, eine vierte Auflage herstellen zu lassen. Dieselbe wird voraussichtlich Ende Juli zum Versand gelangen und erwarten wir bis dahin noch mehr Bestellungen.

Abrechnungen für das zweite Quartal 1906.

Die Formulare zur Aufstellung der Abrechnung für das zweite Quartal sind in dieser Woche zur Versendung gelangt. Zweigvereinsvorsitzende und Vertrauensleute, die die Sendung bis zum 1. Juli nicht erhalten haben, werden ersucht, davon Mitteilung zu machen.

Die Abrechnungsformulare nebst dem Begleitschreiben sind an die Zweigvereinskassierer und in Sachen an die Vertrauensleute gelangt.

Zur Abrechnung selbst machen wir darauf aufmerksam, daß dieselbe bis zum 15. Juli eingeleistet werden muß. Bis zu demselben Datum müssen auch die in der Abrechnung aufgeführten und für die Hauptkasse bestimmten Gelder eingeleistet sein. Die Beträge für erhaltene Proschriften und Futterale sind bis dahin ebenfalls einzuleisten. Siehe auch das Abrechnungsformulare beigefügte Begleitschreiben.

Sterberegels darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgeführt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorsitzenden zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterberegeln.

Überdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfällung auszusagen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 17. bis 28. Juni für folgende Mitglieder erteilt:

Aug. Albers - Kirchwälder (Frau), Verbands - Nr. 80 415; Otto Menck-Baumberg, 28 644; Joh. Kettel-Baumberg (Frau), 52 676; Nikol. Kömp - Würzburg, 107 781; Wilh. Dentsch - Halle, 25 225; Heinrich Jben - Bremen, 14 098; Max Jänke - Dresden (Frau), 134 257; Joh. Eichhorn-Rheinl (Frau), 41 889; Aug. Thiemer-Beitzig, 35 118; Frh. Schopf-Magdeburg (Frau), 41 889; Wilh. Blume - Oertrode (Frau), 93 125; Carl Solzhammer - Hamburg, 28 440; Joh. Hof - Bremer-Grantsfurt a. M. (Frau), 23 762; Joh. Nilsen-Sandwich, 152 987; Aug. Stern-Dresden (Frau), 18 469; Frz. Dornick - Neuburg, 68 884; Frdr. Spring - Hamburg, 64 896; Emil Gausmann - Dresden (Frau), 134 376; Reich. Walger-Berlin, 258 809; Paul Neißig - Gerswalde, 65 636; Fern. Elfrig-Beitzig (Frau), 65-884.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Röber, Hamburg 7, Besenbinderhof 56, zu

adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 19. bis 26. Juni sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

G. S. Brandt i. S. M. 100, Neuhäus a. d. Elbe 80, Bremerhaven 800, Duffau 800, Gamm i. Westf. 200, Anklam 200, Cistrin 100, Mühlitz 100, Mainz u. Umgebung 1800, Düsseldorf 800, Eilenburg 300, Sena 250, Speyer 750, Freiburg i. B. 400, Erfurt u. Umgebung 300, Gera 40, Hamburg u. Umgebung 2084,09, Hannover u. Umgebung 2600, Bielefeld 150, Krefeld 80, Stadtoldendorf von hiesiger Streikunterstützung zurückgefordert 8,75, Gera 800, Zehdenick von hiesiger Streikunterstützung zurückgefordert 692,55, Bahr i. Pommern 100.

b) Für Futterale.

Bittau M. 10.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in der vorigen Woche das Hauptprotokoll eingeleitet haben.

Als verstorben gemeldet sind die Mitgliedschaften der Kollegen Herrn. Kitzler-Galke a. d. Saale (Verb.-Nr. 12 043), Martin Lück-Gottbusch (31 823), Franz Kricheldorf-Düsselhof (265 078), G. Gollfard-Bremers (13 956), L. Bremermann-Bremers (14 257), W. Stork-Lina (302 082), Aug. Vogt-Begleit (163 108), Ernst Schwarz-Dangis (312 086), W. Krause-Deusch (17 021), W. Kramm-Ratowitz (155 787), Thomas Brüggemann-Ratowitz (345 246), Joh. Kricheldorf-Botsdam (315 594), Aug. Späthke-Berlin (46 234), W. Köppen-Berlin (8238), Graf-Schulze (254 287), Georg Althoff-Ratowitz (171 626), W. Wille-Schulzeberg i. P. (199 599), Christian Fischer-Cöln (281 479), F. Strauß-Willich (228 988), Fritz Schürbe-Willich (87 093), Hermann Hart-Schwerte (265 403), Michael Behl-Worzhelm (101 891), Gottlieb Kricheldorf-Barmen (280 537), K. Wille-Gert-Braunsfurt a. M. (271 543).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Weiskopf: Louis Müller (Verb.-Nr. 106 079), Clara a. u. Friedrich Wittig (111 225), W. Kricheldorf (Verb.-Nr. 415), Königsberg i. P. Friedrich Rehe (80 882), Dahlen i. S. Otto Steinert (380 204), Martin Kricheldorf (380 214), Ernst Schuster (62 826).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Ausgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein D. u. M. der Maurer Fr. Duffau (Verb.-Nr. 261 249), geb. am 14. November 1879 zu Westum. Ebenfalls wird Kollege Herrn. Friedrich (Verb.-Nr. 290 897) von dem Zweigverein Düsseldorf aufgefordert, seinen vorliegenden Verpflichtungen nachzukommen. Der Kollege hat vom Bezirksleiter Reinmann 15 Beitragsmarken à 60 A genommen, um diese an die Mitglieder auf seiner Baustelle zu verkaufen, und diese nicht bezahlt.

Um Angabe seiner Adresse ersucht der Zweigverein G. S. Brandt am 12. Oktober 1899 geborenen Kollegen Fr. Vordach (Verb.-Nr. 228 176).

Kollegen, denen der Ausfall des Mannes bekannt ist, ersuchen wir, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Chemnitz. Am 13. Juni tagte im „Schützenhaus“ eine bis auf den letzten Platz gefüllte Versammlung der Maurer. Die Tagesordnung lautete: 1. Kohnkämpfe im Baubetriebe. 2. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt sprach Kollege Karl Schmitz aus Plauen i. V. In seinem Vortrage gab er einen Überblick über die Geschichte der Kohnkämpfe im Baugewerbe und über die Taktik der Unternehmerrorganisation. Er schilderte die Konferenz der Arbeitgeber für das Baugewerbe in Mannheim, ihre Praktiken im Kohnkampf und die Stellung der Behörden in dieser Angelegenheit. Speziell behandelte er die Vorgänge in Jüdowa und Hof, wo die Kollegen dem Unternehmerrhützelerei auf Seite steht, und forderte zum Schluss die Kollegen auf, sich fester zusammenzuschließen, um jeder Schmälerung der Rechte der Arbeiter energig entgegenzutreten zu können. Reicher Beifall wurde dem Redner zu teil. Zu Punkt 2 machte die Verwaltung Ausführungen und Vorschläge zur Anstellung eines besoldeten Beamten. Alle Diskussionsredner waren von der Notwendigkeit der Anstellung eines Beamten überzeugt. Nachstehende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen: „Die heute, Mittwoch, den 13. Juni, im „Schützenhaus“ tagende Versammlung der Chemnitzer Maurer nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung betreffs Anstellung eines besoldeten Kollegenbeamten für die Einzelmitgliedschaft Chemnitz. Sie erkennt die Notwendigkeit der baldigen Regelung dieser Frage an und beauftragt die Agitationskommission, alle weiteren Schritte bis zur Wahl der betreffenden Person zu unternehmen und einer der nächsten Mitgliederversammlungen definitive Vorschläge betreffs der Anstellung und geeignete Vorschläge der für tauglich zur Leitung befähigten Kandidaten zur Verfügung zu stellen, um unterbreiten, damit möglichst ab 1. August d. J. die Leitung der Geschäfte unserer Einzelmitgliedschaft in die Hände eines Kollegenbeamten übergehen kann. Die Versammlung hält es weiterhin für notwendig, daß sich die Verwaltung sofort mit dem Haupt- und Gewerkschaftsverband in Verbindung setzt, damit der Mitgliedschaft von dieser Seite in der Angelegenheit bestmögliche Hilfe und guter Rat zu teil werde.“ Sodann machte die Kommission den Vorschlag, im Juli oder August dieses Jahres ein Vergütungsabkommen. Die Versammlung beauftragt die Agitationskommission, die Regelung dieser Angelegenheit in die Hände zu nehmen. Nachdem noch zum Eintritt in die Parteioorganisation, zum Lesen der „Volksstimme“ zum Besuch des Volksheimes und zum Eintritt in den Verein „Volkshaus“ aufgefordert worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Glückstadt. Eine am 10. Juni hier abgehaltene Mitgliederversammlung erachtete es als ihre moralische Pflicht eines jeden Mitglieds, sich dem politischen Verein anzuschließen. Ferner beschloß sie, sich mit der Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kollegen Martin Ott und Heinrich Kricheldorf. Die Versammlung beschloß, die Kollegen wieder aufzunehmen, wenn sie eine Buße von M. 10 in die Kasse leisten. Die Kollegen erklärten sich hiermit einverstanden. Der Kollege Woll, bisher Redaktor und Mitglied der Lohnkommission, wurde seiner Position enthoben und an seiner Stelle der Kollege Woll als Redaktor gewählt. Den Kartelldelegierten wurde nahe gelegt, die Errichtung einer Zählstelle des Metallarbeiterverbandes im Kartell anzuregen. Der Vorstand ersuchte die Mitglieder, die Wiederfontrolle auf den Bauten vorzunehmen und für besseren Versammlungsbesuch zu agitieren.

Gründung. Am 17. Juni tagte hier im Gewerkschafts unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Mendowski sprach über das Treiben der Unternehmer und über die günstige Baukonjunktur, die sich jetzt entwickelt hat. Als wir den Meistern im Frühjahr unsere Forderungen unterbreiteten, die auf 45 A lauten, sei es den Herren nicht ein, diese paar Pfennige zu bewilligen, sondern sie wackeln und hieron noch 2 A ab, so daß das 43 A bewilligt wurden. Die Baukonjunktur entwickelte sich aber bald darauf so sehr, daß eine große Nachfrage nach Maurern entstand. Da der Zuzug von auswärtigen Kollegen den Bedarf aber nicht deckte, gingen die Unternehmer an, sich gegenseitig die Arbeitskraft zu entreiben, indem sie ganz geheim über den tarifmäßigen Lohn hinausgingen. Auch der Vorsteher des Arbeitgeberverbandes war bringen um Maurer verlegen, aber er wollte nur den vertragsmäßigen Lohn zahlen. Die Folge davon war, daß er nicht genügend Kräfte bekam und ihm auch noch einige seiner Maurer blieben. Nun sah er sich genötigt, auf den sauren Apfel zu beißen und höheren Lohn zu zahlen. Aber er wollte dieses noch verheimlichen, indem er auf die Lüge 43 A schwur, während der Unfall sich mit 45 A bediente. Dieser aber wurde bald laut, und nun richteten sich hierauf alle anderen Unternehmer; einzelne zählten noch darüber und eine Firma zahlte sogar 50 A. um das ihre Arbeitskräfte zu behalten. Damit ist nun wieder einmal zu sehen, daß die Saat der Ungerechtigkeit in den Reihen der Unternehmer früher aufgehen wird, als in unseren Reihen. Es wird den Kollegen bekannt gegeben, daß am 22. Juli unser Stiftungsfest, verbunden mit Fahnenweihe, stattfinden wird, wozu jeder Kollege zu erscheinen hat.

Kattowitz. In der „Baugewerkschaft“ freizieh unsere Musterstreifen laut auf der Schwere über die ihnen applizierte Büchtlung. In Ermangelung sachlicher Gründe klammern sie sich an einen Druckfehler, der uns den diesjährigen Lohn statt auf 35 auf 36 A angehoben läßt. Dazu hätte es dieser Schlämmer wohl nicht bedurft, denn das wissen alle Verbandskollegen in Oberloosen und das wußte auch der Kartellstreicher, daß der Tariflohn leider nicht 36 sondern 35 A beträgt. Um ihre erkannten Lügen noch aufrechtzuerhalten zu können, berufen sie sich auf Absatz und Preis. Mithin! Das hat nämlich gerade noch gefehlt. Diese Erklärungen haben wir bei den „Schriften“ schon lange vernommen. Wenn sich jemals gleichgültige Seelen gefunden haben, dann in diesem Falle. Es wird vorausichtlich nicht lange dauern, dann wird vor aller Welt dokumentiert werden, wie sehr die Praktiken der Absat und Preis denen der „Schriften“ ähnlich sind. Im übrigen ist alles das, was wir über unsere Gelben geschrieben haben, durch nichts erschüttert, wie denn das ganze Wesen dieser nichts weiteres ist, wie die Wiederholung der alten Lügen. Es bleibt bei dem, was wir in der Büchtlung dieser christlichen Augenblicke geschrieben: sie beweisen nicht nur, daß ihnen jedes Gefühl für Ehrlichkeit und Würde abhand genommen ist — das haben sie längst bewiesen —, sie dokumentieren jetzt, daß ihnen auch die geringste Spur eines Schamgefühls fehlt, das sonst die hartgebohrten Schwindelagenten befähigt, wenn sie vor aller Welt an den Schandplatz geschlagen werden.

Obornid. (Kartellrecht im „Freien“ Deutschland.) Es ist allgemein bekannt, daß das den Arbeitern gegebene Kartellrecht von den Behörden, die Gesetz und Gerechtigkeit in Preußen-Deutschland schützen sollen, als unzulässig gemacht wird. Wir brauchen vor einiger Zeit die Mitteilung, daß der selbstredende Bürgermeister Kaue in Obornid am 21. Januar, in der Höhe des Blindenheimgesichts am „roten Sonntag“ eine Mitgliederversammlung dadurch verhinderte, daß er den Wirt des Lokals, wo die Versammlung stattfinden sollte, grüßlich machte, und daß dieser darum sein Lokal nicht hergab. Seit Jahren sind der Bürgermeister und der selbstredende Bürgermeister Kaue, der als Maurermeister seinen Leuten den verdienten Lohn sehr unpünktlich zahlt, bestrebt, den Arbeitern die Abhaltung von Versammlungen unmöglich zu machen. Da kein Wirt sein Lokal herzugeben wagt, so warten unsere Kollegen auf den Gedanken gekommen, eine Nebenwohnung zu mieten. Diesen Gedanken brachten sie auch zur Ausführung. Am 18. März sollte nun in der gemieteten Wohnung des Maurers Jahn eine Mitgliederversammlung abgehalten werden, die wurde aber aus „sicherheitspolizeilichen Gründen“ verboten. Die eingeladenen Besucher erschienen zur festgesetzten Zeit und mit dieser der beliebte Bürgermeister und zwei Gewerksamen. Der Bürgermeister verbot die noch gar nicht eröffnete Versammlung und ließ die Wohnung gegen den Protest des Eigentümers mit den Gewerksamen räumen. Der Hinweis des Versammlungsbedürfnisses, Stellmacher, daß die Erhaltenen Mitglieder des Zweigvereins seien, also eine geschlossene Gesellschaft bildeten, wurde von dem Bürgermeister nicht beachtet. Die Folge war eine Verhinderung, die der Versammlungsleiter beim Kontrat einlegte. Auf diese ist nun folgendes Schriftstück eingegangen:

Der Kontrat.
J. Nr. 1835/06.

Die an die Polizeiverwaltung hier gerichtete, am 18. März d. J. eingeleitete abgegebene Beschwerde vom 21. März d. J. gegen die Verfügung der Polizeiverwaltung vom 16. März d. J., durch welche Jahn die Abhaltung einer Versammlung in der Nebenwohnung des Maurers Jahn hier selbst aus sicherheitspolizeilichen Gründen untersagt worden ist, weise ich hiermit als unbegründet zurück.

Das im oberen Stockwerk gelegene Zimmer, in dem die Versammlung stattfinden sollte, ist 4,56 m lang und 4,62 m breit, also nur 21,06 qm groß. Die Treppe ist nur 1,12 m breit und hat 20 Stufen. Nur, in das fragliche Zimmer zu

gelangen, muß man durch die vor demselben gelegene Türe, deren nach dem Hausfuß führende Türe nach innen aufgeht, während die vom Zimmer nach der Küche führende Türe nach außen (nach der Küche) aufgeht.

Der Maurerverein gebührt 63 Mitglieder an. Es war somit auf eine große Teilnehmerzahl zu rechnen. Die Polizeiverwaltung war unter diesen Umständen bedacht und verpflichtet, die Abhaltung der Versammlung aus sicherheitspolizeilichen Gründen zu verhindern und den trotz dieses Verbots gemachten Versuch, die Versammlung ohne polizeiliche Genehmigung stattfinden zu lassen, mit polizeilichen Zwangsmitteln zu verhindern. (Unterstützt unterliegend.)

Damit aber noch nicht genug. Am 16. Juni erließen die Maurer Stellmacher und Jahn einen Straßbefehl über je M. 20 und M. 1,10 Kassen. In diesen Befehlen heißt es am Jahns: „Auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, daß Sie am 18. März 1906, in nicht rechtsverfähiger Zeit, in Obornid, den Platz — Ihre Nebenwohnung — zur Abhaltung der nicht angemeldeten Versammlung des hiesigen Zweigvereins der Maurer Deutschlands — eines politischen Vereins — eingeräumt haben, Übertretung gegen §§ 1 und 12 des Gesetzes vom 11. März 1850, eine Geldstrafe von M. 20 festgesetzt ist.“

Und bei Stellmacher heißt es: „Auf Antrag u. w. wie oben, eine polizeilich verbotene Versammlung des hiesigen Zweigvereins der Maurer Deutschlands — eines politischen Vereins — ohne vorhergehende Anmeldung bei der Ortspolizeibehörde nach der Wohnung des Maurers Ferdinand Jahn einberufen und dort abzuhalten versucht haben ist.“

Der Wirtsum in diesen Straßbefehlen entschuldigt eigentlich die darauf verwandte Zeit vom 18. März bis 16. Juni. Wie konnte die Polizei eine Versammlung von vornherein verbieten, wenn sie nicht angemeldet gewesen wäre? Die Rechtfertigung des Verbots, weil der Zweigverein ein politischer Verein, sei es, ist mehr als kindisch; ein jeder halbwegs mit dem Vereinsgesetz Vertraute weiß, daß der Maurerverband eine Berufsorganisation ist und daß Mitgliederversammlungen, wenn in denselben nur Vereinsangelegenheiten besprochen werden sollen, der Anmeldepflicht nicht unterliegen. Die Handhabung dieses Rechts ist aber in dem großen geistigen Deutschland Gesandtsache. Bei uns wird es nun ebenso gemacht!

Potsdam. Wie die vorige Versammlung, so hatte sich auch die am 19. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins mit zum Teil wenig erfreulichen Vorurteilen zu beschäftigen, die die Notwendigkeit der Organisation wieder auf neue beweisen. Daß unter diesen Umständen mit allen Mitteln der gewerkschaftlichen Organisation gearbeitet werden muß, um dem Verbands, seinen gebührenden Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse zu sichern, ist für jeden aufgeklärten Kollegen klar. Bewundern, wie diejenige über den Schiedsrichter Bau in der Wörther Straße u. w. werden dann leicht zu erleben sein. — Nach der Aufnahme des Kollegen Julius Krüger, der eine Ruhe von 10 Tagen machte, erfolgte die Eröffnung zum Vorstände. An Stelle des bisherigen Vorstehers, Kollegen Paul Wiedrich, der wegen andauernder Krankheit seinen Posten niedergelegt hatte, wurde der Kollege Kricheldorf, bisher Schriftführer, gewählt. Zum Schriftführer wurde Kollege Bräulig gewählt. Die Beschlußfassung über Erhöhung des Kartellbeitrages von 5 A auf 10 A pro Kopf und Vierteljahr wurde vertagt. Nach der Wahl von Hausfassieren und Erlebung eines Wittgesuches wurde die Versammlung geschlossen.

Weimar. Die hiesigen Unternehmer halten in ihrem neu gegründeten Arbeitgeberbund beschlossen, keine Maurer, die sich am Streik beteiligen, wieder einzustellen, bevor sie nicht schriftlich ihren Austritt aus dem Verband erklärt hätten. Diesen Beschluß mußten aber die Unternehmer fallen lassen, genau wie alle vorhergehenden Beschlüsse. Trotzdem die Unternehmer eine schwarze Liste führen, die den großen Teil aus Kollegen besteht, die sich vor dem Streik aufnehmen ließen und jetzt treu zur Fahne halten; auch diese schwarze Liste-Kollegen sind den Unternehmern nur willkommen. Sie haben eingesehen, daß Eingetragte stark macht, und daß der Individualismus auch seine Grenzen hat. — Eine Rimpaxer Arbeiterkolonne, die hier auch Streikbruch verübt hat, arbeitet am Theaterneubau, nach Angabe der Unternehmer als Mustermaurer für Weimar, indem sie entgegen der Ansicht der hiesigen Kollegen der Meinung sind, hoher Lohn komme von selbst, wenn man 12 und 18 Stunden täglich arbeitet. Diese Arbeiterkollegen sind organisiert; die Aufzorderung der Verwaltung, sich anzumelden, wird nicht befolgt. Es ist erklärlich, daß diese Mustermaurer die Aufmerksamkeit der Einwohner auf sich lenken und auf die Individualisten hier einen ziemlich schlechten Einfluß ausüben. Einzelne Unternehmer haben daher schon versucht, die eifrigste Arbeitzeit wieder einzuführen, was ihnen aber durch die Organisation illusorisch gemacht wurde. Eine briefliche Aufforderung des Streikleiters an den Kolonnenführer und Hauptmatador Friedrich sich mit uns solidarisch zu erklären, wurde der Polizei übergeben und wird sich nun der Streikleiter wegen Vergehens gegen den § 163 der Gewerbeordnung vor dem Schöffengericht zu verantworten haben. Die Weimarerische Arbeiterbewegung ist, wenn nicht mit Nachdruck Wutbürger geworden, um zehn Jahre zurückgefallen; dies würden die Unternehmer freudig begrüßen. Und schon jetzt äußern sie sich dahin, daß sie bei etwaigem Bedarf nur Bayern engagieren wollen. Denn erstens geht durch die lange Arbeitszeit die Arbeit viel flotter, und zweitens brauchen sich die Unternehmer um keine Bauarbeiter zu kümmern, indem ja diese Bayern Bauarbeiterinnen in Masse zur Verfügung stellen. Ein Beschluß der Würzburger Streikleitung muß beachtet werden. Auf Anfrage an den hiesigen Vorstand, ob der Streik beendet sei, und ob Maurer kommen dürften, wurde geantwortet: „Zugun noch hier ist streng fernzuhalten, da Maßregelungen vorgenommen sind.“ Hieraus beschloß die Würzburger Streikleitung: „Maurer von Rimpax und Umgebung nach Weimar zu schicken mit der Bedingung, daß die in Weimar gemachtesten Vorstands- und Lohnkommissionsmitglieder auf den Arbeitsplätzen der Firma Wille eingestellt würden.“ Wille hat nicht bewilligt. Friedrich und seine Kolonne verließen also hier Streikbruch, trotz Abrens des hiesigen Streikleiters. Kommentar ist überflüssig.

Zollfreie Gedanken über unsere Berliner Organisationsverhältnisse.

Das erste Viertel des Jahres 1906 ist für die Berliner Bewegung eine an Kämpfen reiche Periode gewesen, deren Gesamtdarstellung unbedingt erstergeordneter Natur sein dürfte, wenn die Kollegen nur etwas mehr aus den verschiedenen Baupersonen ziehen wollten. In der modernen Arbeiterbewegung noch mehr, als in jeder früheren Volksbewegung, hat der Grundbaueinstellung, daß sich nichts schematisches läßt. Das Wort Liebesdienst: „Wenn es notwendig ist, andere ich meine Taktik hierdurch zwangsweise täglich; Taktik ist eine Frage der Verhältnisse, sie allein haben zu entscheiden“ sollte in den Reihen unserer Kollegen mehr zur Geltung kommen. Was sich auf der einen Baustelle durchführbar läßt, ist unter veränderten Verhältnissen auf dem anderen Bau nicht durchführbar. Schon die Zusammenfassung der Kollegen eines Baues spielt in allen Fällen, wo es sich nicht direkt um materielle Forderungen der gesamten Kollegen handelt, eine große Rolle. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit ist es äußerst schwer, bei einzelnen Baupersonen, wenn es sich um die Durchführung besserer Forderungen handelt, z. B. Wiedereinstellung gemäßigter Kollegen, Einbehaltung der Arbeitszeit, Befreiung von Wachen bei Bauzeiten, Müllungen usw., die arbeitslosen Kollegen, unter denen doch immer ein jeder nicht zu kleiner Teil sein wird, der von dem Wesen der modernen Arbeiterbewegung wenig durchdrungen ist, von der Aufnahme der Arbeit abzuhalten. Beweis: Das Ergebnis der letzten Kämpfe.

Ein Teil der Kollegen meint aber, auch verlorene Kämpfe verschaffen ihre erstergeordnete oder vielmehr revolutionäre Wirkung nicht. Bei vollkommen überzeugten Kollegen mag das wohl zutreffen, aber bei den meisten Kollegen ist die Wirkung doch anders; das ist auch in der menschlichen Natur begründet. Wie liegt es aber in Fällen, wo von vornherein ein Gelingen ausgeschlossen erscheint, sollte man nicht von jedem einzelnen Kollegen voraussetzen, daß er unter beratigen Verhältnissen die Allgemeinheit vor Schädigungen bewahrt und Vernunft walten läßt? Hier ist unbedingt von jedem Kollegen, der Anspruch darauf erhebt, nicht aus persönlichem Vorteil, sondern zum allgemeinen Besten tätig zu sein, zu verlangen, daß er die leitenden Kollegen unterstützt, auch wenn sie nicht alle Gründe anführen, um ihre Stellung zu rechtfertigen. Sehr oft liegen die Verhältnisse so, daß durch vollkommene Klarlegung der Gründe in der Baubau der beschäftigten Kollegen die Tätigkeit für die Organisation sehr erschwert würde, da der Vollerentwerfer direkt oder durch Mittelpersonen alles zu hören bekommt. In solchen Fällen würde etwas mehr Vertrauen zu den leitenden Kollegen nichts schaden. Das fehlt aber ganz. Es hat der Anführer, als ob die zu Vertrauenswerten gewählten Kollegen mit dem Tage der Wahl dem Denken und Fühlen der übrigen Kollegen entfremdet wären, man versteht sich gegenseitig kaum. Und doch nur aus dem Grunde, weil die Leitung die Interessen der gesamten Kollegen zu wahren hat und unerschütterlichen Forderungen einzelner Kollegen nicht Rechnung tragen kann. Infolgedessen schon macht sich im Zweigverein, ja in der ganzen Gewerkschaftsbewegung das Fehlen jedes Vertrauens zu den durch Wahl an ihre Posten gestellten leitenden Kollegen bemerkbar. Ja, selbst die Kollegen, deren besonderer Mann des Vertrauens der Gewerkschaft ist, fügen die Leitung oder den beratigen Kollegen nicht, sondern folgen in trübseligen Fällen der Regel, daß Vorrat der besten Teil der Tapferkeit sei. Durch diese Zustände ist die Arbeit der Leitung sehr erschwert und wenig fruchtbringend. Die Klarlegung einiger Positionen der Abrechnung der Zweigvereinskasse zeigt recht sinnfällig die Verhältnisse der Leitung, auf eine Veränderung der Verhältnisse in dem einen oder anderen Sinne hinzuwirken.

Schon in der Generalversammlung am 21. März 1906, wo der Geschäfts- und Kassenbericht gegeben wurde, wies der Kassierer darauf hin, daß das Jahr 1905 für den Zweigverein in jeder Beziehung das günstigste gewesen sei. Die Lage des Arbeitsmarktes war gut, die Zahl der hier beschäftigten Kollegen stieg und dadurch stieg die Zahl der verkauften Beitragsmarken a M. 0,65 allein um 57 800. Das ergibt auch eine gesteigerte Einnahme für die Zweigvereinskasse. In jedem Jahr tritt im ersten Quartal infolge der beitragsfreien Zeit ein Rückgang des Bestandes der Zweigvereinskasse ein, er betrug gegenüber dem 4. Quartal des vorhergehenden Jahres:

Im 1. Quartal 1904	M. 6 654,72
„ 1. „ 1905	„ 8 260,75
„ 1. „ 1906	„ 8 055,04

Das letzte Jahr weist also eine ganz exorbitante Steigerung des Rückgangs auf. Die Ausgabe für Sperr- und Maßregelungsunterstützung stieg, teils infolge der im vorigen Jahre beschlossenen erhöhten Unterstützungsätze, teils durch die eingeangenen erwähnten Maßnahmen der Kollegen, die in den letzten Generalversammlungen noch verstärkt wurden. Es wurden ausgegeben für diese Posten:

Im 3. Quartal 1904	M. 9 667,95
„ 4. „ 1904	„ 4 070,80
„ 1. „ 1905	„ 6 128,80
„ 2. „ 1905	„ 9 621,05
Summa	M. 22 487,90

Im 3. Quartal 1905	M. 5 084,70
„ 4. „ 1905	„ 15 409, „
„ 1. „ 1906	„ 28 640,80
„ 2. „ 1906	„ 12 987,75
Summa	M. 61 881,75

Das ergibt eine Steigerung innerhalb eines Jahres von M. 39 348,85. Dabei ist zu bemerken, daß, bei dem zweiten Quartal noch nicht beendet ist, für den Posten M. 4000 als noch zu befreiende Ausgabe aufgeführt ist. Diese Summe ist aber schon überschritten.

Würden wir den Beiträgen verschiedener Kollegen gemäß den Beiträgen von 5 4 erhöht, so würde das nach dem Marktenverbrauch des Jahres 1905 einer Mehrerhebung von M. 20 484,80 gleichkommen. Um also das Gleichgewicht wieder herzustellen, wäre eine Erhöhung um 10 Pf. notwendig. Man antwortet nicht, es wäre Geld genug da. Der Bestand der Zweigvereinskasse setzt sich hauptsächlich zusammen aus den Ueberüberschüssen der Jahre 1899, 1900 und 1901, wovon sich jeder durch Einsicht der betreffenden Abrechnungen überzeugen kann.

Unter solchen Verhältnissen ist es Pflicht der zur Leitung der Zweigvereinskasse gewählten Kollegen, ohne jede Schminke die tatsächlichen Ursachen darzulegen. Aufgabe aller Kollegen

aber ist es, sich nicht auf den Standpunkt des Kollegen zu stellen, der in der letzten Generalversammlung in Bezug auf die Beiträge der Leitung sagte, daß sie „hinreichend“ wären, sondern sie sollten, wie in früheren Jahren, in voller Einmütigkeit mit der Leitung und ohne Mißtrauen zu ihr, Mittel und Wege zur Besserung suchen, mit jener Einmütigkeit, die in früheren Jahren unsere Bewegung auszeichnete und die es ermöglichte, die großen Kämpfe gegen die Unternehmer zu einem siegreichen Ende zu führen. D. S.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 17. bis 23. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 2000, Wiersdorff 200, Groß-Wieseler 200, Jordan-Paradies 200, Mittel-Wieseler 200, Teterow 150, Granke 100, Wald-Wieseler 100, Winden 100, Zobtenhausen 100, Altenbrunns 60. Summa M. 3410.

Zuflüsse erhielten: Hensberg M. 200, Neu-Bangow 150, Siepe (Hindowland) 150, Hilbers 70, Siebelsbrunn 70, Wolfenbühl 60. Summa M. 690.

Altona, den 28. Juni 1906.

Karl Reif, Kassier, Wilhelmstr. 67.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinskassen werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt gewordenen Anfälle, mit kurzer Würdigung der Begleitumstände und der übersehbaren Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Anlässen resultierenden Gerichtsverfahren, sowie über den Verlauf von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Sechs Tote

und vier Schwerverletzte hat die „Baufunk“ wiederum in Hamburg als Opfer gefordert. Dienstag, den 19. Juni, Vormittags gegen 10 1/2 Uhr, stürzte die aus sogenanntem armeren Zementbeton hergestellte Dach- und Einflüß der durch Drahtgewebe und Einlagen von Funden- eisern verpannten Betondecken ruhen. Nach dem Ausfall der Arbeiter unter sich, von denen sechs nur noch als Leichen oder in sterbendem Zustande geborgen werden konnten.

Das ganze Gerippe (Säulen, Träger, Decken) des Gebäudes besteht aus Beton mit eingelegten Eisenstäben bzw. Drahtgeflecht (Kernsäulen und T-Eisen sind gänzlich ausgeschlossen). Die Säulen sind im Erdgeschoß 40 cm und in der letzten Etage 25 cm im Querschnitt, so angeordnet, daß sie in der Mitte der Umfassungsmauern als auch im Innern des Gebäudes circa 2,50 m voneinander entfernt stehen. Diese Pfeilerstützen sind am Abschluß der jeweiligen Etage durch Betonträger verbunden, worauf die durch Drahtgewebe und Einlagen von Funden- eisern verpannten Betondecken ruhen. Nach dem Ausfall der Arbeiter unter sich, von denen sechs nur noch als Leichen oder in sterbendem Zustande geborgen werden konnten.

Ueber die Ursachen des Einsturzes kann man nur Vermutungen anstellen. Das System dieses Betonbaues ist schon viel erprobt; es haben sich aber auch wiederholt schwere Katastrophen dabei ereignet. (Wir erinnern nur an Basel, wo im August 1901 ein nach ähnlichem (Genève- bique) System errichteter Hotelbau zusammenstürzte und wobei sieben Arbeiter den sofortigen Tod fanden und sechs schwer verletzt wurden.) Das an dem Einsturzbaubewerkende Betonmaterial soll gut gewesen sein, darauf weisen auch die großen Trümmerteile hin; auch sind die unteren Decken, soweit sie nicht zum Zwecke der Rettungsarbeit durchbrochen werden mußten, trotz der erheblichen Erschütterung, ohne jeden Schaden geblieben, nicht der geringste Riß ist bemerkbar. Man sagt, das Dach wie schon gesagt, ebenfalls Beton, sei zu stark mit einer Mischleistung und allerlei Aufbauten belastet gewesen, aber auch diese Lasten sollen mit berechnet gewesen sein. Nach anderen Gerüchten soll bei der Ausschlagung der Dachbede schwer gestürzt worden sein, indem Stößen und Verbolungen mittels großer Schläger entfernt und dann die Schalung von großen Deckenflächen mit Gewalt heruntergerissen wurde. Es ist möglich, daß dadurch das Dach in eine schwebende Bewegung gekommen ist, der die Säulen nicht standhalten konnten. Um diese auf alle Fälle ins Auge zu fassen Gefahr abzuwenden, hätte man sich vorderrand auf die Ausschlagung der äußeren Pfeiler beschränken und sie zunächst durch die Umfassungsmauer verstärken sollen; dann erst hätten die inneren Pfeiler und die Decke ausgeglast werden dürfen.

Ob die Baupolizeibehörde die von uns für nötig erachtete Arbeitsweise vorschreibt, wissen wir nicht; wir würden es aber für einen tief bedauerlichen Mangel an Umficht halten, wenn sie es nicht getan hätte. Eine zweite Frage ist die: mußte nicht dieser Bau, der doch auch in Hamburg nicht zu den alltäglichen gehört, einer fortgesetzten strengen Überwachung seitens der Baupolizei unterzogen werden? Daß es nicht geschehen ist, müssen wir annehmen; denn ein einigermaßen sachkundiger Bauaufseher hätte das Ausfallen in der erwähnten Weise nicht dulden können. Die Baupolizeibehörde kann zwar nicht den Bauleitern jede Verantwortung abnehmen und auch nicht jede Dummheit verhindern; es muß aber doch für unumgänglich notwendig erachtet werden, daß die Behörde in Bezug auf Vorbeugung schwerer Gefahren größeren und stärkeren Gebrauch von ihren Machtmitteln macht.

Der Bau bleibt vorläufig liegen, bis die richterliche Untersuchung beendet ist. Nach Monaten velleicht werden

wir hören, wie Zeugen, Sachverständige, Staatsanwalt und Gericht über den Fall denken. Daß die Schuldigen einwandfrei ermittelt werden, ist kaum anzunehmen. Die am besten Auskunft geben könnten, sind tot. Einen direkten Auftrag, so zu verfahren, wie geschehen, wird niemand von den verantwortlichen Bauleitern gegeben haben wollen, und auch eine etwaige Ueberlastung, die in der Berechnung nicht vorgesehen wäre, wird nach dem Einsturz kaum nachzuweisen sein. Wenn nicht noch Mängel im Material, Zementbeton sowohl wie Eiseneinlagen, gefunden werden, so wird der Einsturz wahrscheinlich, wie schon so mancher andere, auf das allgemeine Gefährdungsbedenke des Baugeswerbes geschrieben werden.

Uebernehmer der Betonarbeiten ist die Berliner Firma Wagh & Freitag in Berlin, die Ausführung der Maurerarbeiten lag dem Unternehmer F. Gahdorn-Hamburg ob. Die Firma Wagh & Freitag hat in Hamburg Arbeiterstellen keinen guten Ruf. Schlechte Bezahlung, Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind bei ihr sehr im Schwange. Daraus möchte man schließen, daß nicht besonders sorgfältig gearbeitet wird. An dem Einsturzbaue ist auch früher schon ein größeres Stück Dede zusammengebrochen; Nachts wurde der Schaden ausgebessert. Solche Vorkehrungen lassen auf große Sorglosigkeit der Firmeninhaber schließen. Als die Firma Wagh & Freitag seinerzeit (1903) die Betonarbeiten an dem Bau des Verleihungsamtes in Wahrenfeld (Altona) auszuführen hatte, stürzten hintereinander 13 Kapellen ein, und zwar erfolgte dieser Einsturz, als mit dem Bauen begonnen werden sollte. Die Firma wollte uns damals „berichtigen“ belehren, es sei „Probearbeit“ gewesen, und die Kapellen seien auf ihre Anordnung herausgeschlagen worden. Damit ist aber schlecht in Einklang zu bringen, daß die Kapellen zum Teil den Putzern der Fußböden und daß die „herausgeschlagenen Probepfeiler“ am zweiten Weißnachtsfesttage erneuert wurden.

Den Tod haben infolge des Einsturzes erlitten der Maurer F. Gering, Maurerlehrling F. Petzke, Arbeiter C. Freimann, E. Hühne, C. Griebel und B. Grolmann. Der letztere wurde erst am Donnerstag, circa 48 Stunden nach dem Unglücksfall, aufgefunden. Der Beihilge Petzke hat drei Stunden unter der Trümmerlast mit querschnittlichem Unterleib gelebt, daß nach seiner Befreiung gab er seinen Geist auf. Die überaus schwierigen Rettungsarbeiten wurden von drei Zügen der Feuerwehr mit großem Eifer ausgeführt.

Sabersleben. Am 19. Juni fiel der Kollege Franz Wamade, gehörig aus Braunschweig, von der ersten Etage durch den Einsturz in den Keller und erlitt einen doppelten Armbruch. Der Wamade wurde nach Aufnahme in dem städtischen Krankenhaus. Ob mangelhafte Befestigung der Balkenlage schuld an dem Unfall ist, konnte bisher nicht ermittelt werden.

Rönigshütte i. O. = Schl. Samstag, den 28. Juni, kurz vor 8 Uhr Vormittags, stürzte ein Maurer am Neubau des Lohes- und Schmelzpfannstraßes in der Höhe des vierten Stockwerks ab und verlor beim Transport nach dem Krankenhaus. Die Ursache war, daß das Brett, auf dem die Mästung ruhte, an dem Ende, wo der Maurer stand, nachließ. Es ist in Oberflächensicht, ein Brett an die Stahnbäume anzunageln, worauf die Mästung gelegt werden. Damit ist die Mästung fest, unbedenklich darum, ob das Brett die Last trägt.

Dangenbühlau. Am 13. Juni verunglückte der Kollege Dörner an einem Bau des Konjunktions, Unternehmer Wörter, dadurch, daß er von dem acht Meter hohen Gerüst in das Innere des Baues stürzte, wo er schwer verletzt liegen blieb. Gerüst und Mauerwerk befanden sich in gleicher Höhe; ein Schutgerüst im Innern des Baues war nicht vorhanden. Der Unternehmer hatte angeordnet, daß die Betondecken in jedem Stockwerk gleich mit hergestellt würden, was jedoch unterließ. Wäre die Anordnung befolgt worden, so hätte das nicht geschehen können. Den Voller trifft keine Schuld, da ihm Leute zur Herstellung der Betondecken nicht zur Verfügung standen.

Senftenberg. Sonnabend, den 16. Juni, stürzte ein Beihilge im Nischen eines Wohnhauses aus dem zweiten Stock in den Keller; er erlitt einen Armbruch. Am Bau des Unternehmers Maßstäbe fiel der Maurer Paul Schulz, der beim Wogenwässen beschäftigt war, eine Etage hoch herab und verstauchte sich die rechte Hand.

Weißenaue bei Mainz. Mittwoch, den 20. Juni, stürzte an dem höchsten Holzgebäude, an dem eine Reparatur vorgenommen wurde, das Gerüst zusammen, wobei ein Maurer beide Beine gebrochen wurden, während der dabei sich befindende Beihilge mit kleineren Verletzungen davon kam. Der Zusammenbruch ist auf die große Fahrlässigkeit des Bauleiters oder Pollers Philipp Boos zurückzuführen. Auf der einen Seite wurden 3 m hohe Pollen aufgestellt, und der Hebel auf der anderen Seite auf einen Mauerabstuf von 6 cm aufgelegt, ohne an der Mauer befestigt zu werden. Darauf wurde nochmals ein Holzgerüst von 1,60 m hoch aufgestellt, ohne daß etwas abgestrebt war. Es wäre Sache der Baupolizei, daß solchen Elementen, die nur in den Augen der Unternehmer sich groß tun wollen, etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde, dann würden solche Unfälle vermieden werden.

* Bauteilkontrolle. Am 18. Juni veranlaßte der Zweigverein S 119 eine Bauteilkontrolle. Kontrolliert wurden insgesamt 11 Bauteile. Zwei Bauteile waren noch im Keller, drei in der Höhe der ersten Etage, einer in der zweiten Etage und drei waren gerichtet. Die übrigen waren Umbauten. Die Unfallverhütungsvorschriften hingen auf neuen Bauteilen aus. Die Balkenlage war auf einem Bau gar nicht und auf einem mangelhaft abgebeht. Umbauten waren nicht vorhanden, selber waren einige darunter, die durchaus nicht den Vorschriften als Umbauten genügen, indem Tisch, Bank- und Fußboden fest. Verbandsarbeiten wurden auf zwei Bauteilen vorgenommen. Die Aborte waren nur auf zwei Bauteilen in gutem Zustande, während sie auf den übrigen mehr oder weniger zu wünschen übrig ließen. Die Außengerüste waren in gutem Zustande. Schutzgerüste waren vorhanden. Die Kontrolle ergab im großen und ganzen, abgesehen von einer besseren Herstellung der Gerüste, immer noch manche Mängel, wie Fehlen des Verbandssteins, schlechte Umbauten und Aborte, sowie mangelhaftes Wenden der Balkenlage, auf deren Befestigung die Bauteilbesitzer energisch drängen muß.

* **Bauarbeiterfchug in Münster i. W.** In Nr. 22 des „Grundstein“ veröffentlichten wir einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der hiesigen Bauarbeiterkommission. Wir schreiben unter anderem, daß es sich die Kommission zur Aufgabe gemacht habe — da hier noch keine Polizeiverordnung zum Schutze der Arbeiter auf Bauten ufm. besteht —, durch Sammlung von Material die hiesige Behörde zu veranlassen, eine derartige Verordnung zu erlassen. Auf Grund der in obengenanntem Bericht veröffentlichten Mißstände auf den hiesigen Bauten glaubte die Kommission, nun diesen Schritt wagen zu können. Es wurde daher ein in allen Einzelheiten ausgearbeiteter Entwurf nebst einer umfangreichen Begründung dem Magistrat sowohl wie dem Stadtordnungscollegium zugesandt. Man sollte nun glauben, daß auf Grund der Tatsachen dem Wunsche der Bauarbeiter Rechnung getragen worden wäre. Wer sich jedoch derartigen Illusionen hingeeben hatte, konnte eben die wahrhaft griffliche Nachschleife unserer weisen Stadtväter nicht. Da wir leider im hiesigen Stadtparlament „nig zu feggen hebbt“ machte der christliche Arbeiterfretär Holle unseren Antrag zu dem feinen. Er führte, bezugnehmend auf die letzten Baunfälle, aus, daß es wohl an der Zeit sei, etwas mehr zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeiter zu tun, zumal diese eine alte Forderung auch der christlichen Gewerkschaften sei. Zum Schluß richtete Redner die Frage an den Magistrat, wie weit er in dieser Sache zu gehen gedenke. Als Vertreter des Magistrats nahm hierauf Herr Bürgermeister Farwid das Wort und erklärte, der Magistrat habe sich seit längerer Zeit mit dieser Sache befaßt und beschloßen, einen Baukontrollen anzuftellen. Dieser trete am 1. Juli sein Amt an. Eine Ertrabverordnung zum Schutze der Bauarbeiter zu erlassen, erlirbige sich; die bestehenden Bestimmungen genühten vollständig. An drei hiesigen Unfällen seien die Arbeiter selbst schuld. (Sol Woher haben Sie diese Weisheit, Herr Bürgermeister? Neb. d. „Grdf.“) Wenn auf Bauten Mißstände vorhanden wären, sollten die Arbeiter nur zu ihm kommen und Mitteilung hiervon machen, dann würde sofort Abhilfe geschaffen werden. Die vielen Unfälle der letzten Zeit seien ja bedauerlich; er hoffe jedoch, daß sie sich durch die Tätigkeit des Kontrollen verringern würden. Für die Arbeiter auf fädischen Bauten sei bestens gesorgt. Diesen sei das Schnapsstricken verboten, dafür beläßen sie jedoch Morgens und Mittags Kaffee unentgeltlich. Aus diesen Gründen rate er von dem Erlass einer besonderen Verordnung ab. Würde diese im Streifefalle von höheren Gerichten für ungültig erklärt, so würde das die Autorität und das Ansehen der Stadt schädigen. Stadtorbner Rössen sprach sich in demselben Sinne aus. Allzuweit gehende Arbeiterfchubbestimmungen, meinte er, erschwerten und verteuerten nur das Bauen, und würden dadurch die Wohnungen noch teurer. Auch er sei der Ansicht, daß die Arbeiter an den vielen Unfällen selbst schuld seien. Er rate von einer besonderen Verordnung ab, weil die bestehenden Bestimmungen vollständig genühten. Wir wissen tatzsächlich nicht, was wir mehr verurteilen sollen, die Ertrupplosigkeit, mit der man sich über die vorhandenen Mißstände, die anerkannt wurden, hinzugegufeten sucht, oder, gelinde gesagt, die Dreistigkeit, mit der behauptet wird, die Arbeiter seien selbst schuld an den vielen Unfällen. Dem Herrn Rössen scheint es also ganz gleichgültig zu sein, ob die Arbeiter gegen Unfall gefchützt sind oder nicht, wenn er nur eine billige Wohnung hat, fäbe auch das Blut der berunglückten Arbeiter noch an den Wänden. Ganz entfchieden verwarfen sich jedoch die hiesigen Bauarbeiter gegen den Vorwurf, sie seien selbst schuld an den Unfällen. Die beiden Herren mühten eigentlich von Gefeches wegen bestimmt werden, ein Jahr bei den Unternehmern, bei denen es in puncto Veritismaterial oft am allernotwendigsten fehlt, zu arbeiten. Sie würden dann bald anderen Sinnes werden. In diesem Sinne trat denn auch Herr Holle den Ausführungen entgegen. Er erklärte sich im übrigen jedoch mit der Antwort des Magistrats zufriedengestellt. Bemerkenswert ist noch, daß der von den christlichen Gewerkschaften ins Stadtparlament gewählte Zimmerer Bunge, dem doch eine gute Gelegenheit geboten war, für seine Berufscollegen etwas Notwendiges schaffen zu helfen, auch nicht ein einziges Wort zu diesem Untrage zu fagen hatte. Die Bauarbeiter Münsters, soweit sie den freien Gewerkschaften angehören, find mit dieser Faltung des Magistrats unter keinen Umständen gutfinden. Sollte er nicht bald etwas mehr Entgegenkommen zeigen, werden sie in etwas deutlicherer Weise ihre Wünsche zum Ausdruck bringen. Wie berechtigt, ja notwendig die Forderung der Sozialdemokratie auf Einführung eines Reichsgesetzes für Bauarbeiterfchug ist, geht aus den Ausführungen des Herrn Farwid hervor, der die Rechtskraft der Lokalverordnung begründete. Gostentlich werden die Herren vom Centrum sich dies merken und für den Antrag der Sozialdemokraten im Reichstage stimmen.

*** Submissionslisten.** Die am 8. Juni d. Z. erfolgte Submissionseröffnung für das Trodenlegen der Geleise auf dem Coburger Güterbahnhof hat folgendes Resultat ergeben:

Von am eifer Belster, Coburg.....	M. 5582,50
Tiefbaumeister Erbenrecher, Coburg.....	4890,-
C. Schmidt, Coburg.....	3808,-
Veig & Ludwig, Hilburgshausen.....	2817,-
Flaßberger & F. Knoch, Coburg.....	1907,-

Entweder rechnet ein Teil dieser Unternehmer mit Vorkosten-
gemeinnen, oder den anderen fehlt die sachverständige Sakkulation.
Da es sich lediglich um die Ausführung der Arbeit handelt,
denn das Material wird von der Kgl. Eisenbahnbetriebs-
inspektion geliefert, ist es wohl kaum möglich, diesen kolossalen
Unterschied durch ein raffiniertes Affordersystem aus den Mägen
der Arbeiter herauszuwinden.

Aus anderen Berufen.

* Der **Christliche Bauarbeiterverband** gibt jetzt bekannt, daß seine Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1905 abgänglich besser, die mehr als neun Wochenbeiträge schuldten, 22089 beträgt. Er gibt die Fußgäbten für alle vier Quartale. Danach betrug die Mitgliederzahl im

1. Quartal	18558	3. Quartal	20562
2. „ „	21479	4. „ „	22089

Das Organ des Verbandes, die „Baugewerkschaft“, führt diese Zahlen an, um gegen unsere Noth in Nr. 24 zu polemisiren, die sich mit dem Rassenbericht des christlichen Verbandes beschäftigt. Selbstverständlich will es dabei unsere Darlegungen entkräften. Besonders ist es darüber empört, daß wir darauf hinweisen, daß die Zahl der angeführten 361 „Verwaltungsstellen“ des christlichen Verbandes nicht mit der Zahl unserer Zweigvereine dergleichen werden könnte. „Die Baugewerkschaft“ schreibt dazu: „Von den in unserer Abrechnung gezeichneten 361 Verwaltungsstellen würden: nach dem Maßstab der Einrichtungen des sozialdemokratischen Maurerverbandes kaum 100 bleiben — obgleich er ein paar Zellen vorher selbst 275 Organisationsorte für unseren Verband zusammengerechnet hat.“ Schätz denn der „Grundheft“ seine Leser so dumm ein, daß diese nicht den Kontrast zwischen dieser „Rechnerei“ herausfinden würden? — Uns scheint es daß ja!¹⁴

Was soll man dazu sagen? Die „Baugewerkschaft“ weiß, wie wir zu diesem Resultat (daß an den Einrichtungen unseres Verbandes gemessen kaum etwas mehr als 100 christliche Verwaltungstellen herauskommen würden) gekommen sind. Wenigstens glauben wir so viel Einsicht bei ihr vermuten zu dürfen. Zum Ueberflus halten wir es ihr sehr leicht gemacht, unsere Gedankengänge zu verstehen, denn wir halten an einem konkreten Beispiel bestehen, daß für Gebiete, für die bei uns ein Zweigverein existiert, nicht christliche Verwaltungstellen aufgeführt werden. Wir halten nur einen Zweigverein herausgegriffen (Gelsenkirchen), wir könnten dem noch eine ganze Reihe anderer Zweigvereine anfangen. Aber die „Baugewerkschaft“ weiß das ja, und wenn sie trotzdem ganz entrüstet tut, so ist das eine Manier, die mit Ehrlichkeit genau so wenig zu tun hat, wie die biblische Schöpfungsfabel mit der Naturwissenschaft. Warum teilt sie ihren Lesern nicht mit, was wir über den kritischen Punkt ausgeführt haben? Will sie es ihren Lesern nicht verständlich machen, dann mag sie zugleich angeben, daß z. B. auf das eine Zweigvereinsgebiet Dortmund 100 christliche Verwaltungstellen, auf Essen 11, auf Gelsenkirchen sogar 12 entfallen. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes haben wir geschrieben, daß aus all den 861 Zahlstellen ungefähr 100 Zweigvereine unserer Art aufzunehmen würden, und zwar, um ihr Gallestich über die „Ausbreitung“ ihres Verbandes ins richtige Licht zu rufen. Das zu diesem Punkt. Weiter hat unsere Beleuchtung des christlichen Kampfwesens nicht den Beifall der „Baugewerkschaft“ gefunden. Wir hatten geschrieben, daß der Hauptzweck im ganzen Jahre M. 847 590,01 zur Verfügung standen. Die „Baugewerkschaft“ fabuliert, wir hätten dabei M. 111 040,18 nicht etwa nicht mitgerechnet, sondern — „unterschlagen“! Es geht doch nichts über die christlichen Umgangsformen.

Selbst wenn wir hier noch einmal den ganzen Abzug von Zahlen anführen wollten, das Endergebnis wäre doch immer dasselbe. Keinen Wenig mehr hat die Hauptliste gelesen, als die von uns angegebene Summe. Die „Vaugewerkschaft“ beruft sich nun darauf, daß der Hauptliste auch die Vorkassafestbehalte zur Verfügung ständen. Selbstverständlich, es ist bei uns und vielleicht auch bei den Christlichen im Stande festgelegt, daß alle lokalen Gelder dem Gesamtverband gehören. Damit ist aber nicht verbürgt, daß sie ihm zu jeder Zeit zur Verfügung stehen. Denn, und das sollte auch die „Vaugewerkschaft“ eigentlich wissen, wenn eine Hauptstelle von etwa 100 Mitglievern am 1. Januar einen Vorkassafestbestand von etwa M. 200 hat, so zieht sie diese Summe in den betragsfreien Monaten zu einem guten Teil aus. In dieser Zeit hat sie in der Regel keine Einnahmen, wohl aber bleiben die Ausgaben für Kolorierte, Druckfahen, Agitation usw. dieselben. Der Prozentsatz der Vorkassafestbehalte, den man bei der Beurteilung der Finanzkraft in Abzug zu bringen hat, verringert sich naturgemäß, je höher die Vorkassafestgeber answählen. Und noch ein Weiteres. Ist es nicht mehr als naiv, wenn uns die „Vaugewerkschaft“ der „Unterfägung“ zieht, weil wir die in den Hauptstellen verbliebenen Kassafestbehalte a fondos perdu gerechnet haben? Das weiß keiner besser als ihr eigener Kassierer. Aber bei der „Vaugewerkschaft“ muß man schon auf mangelndes Gefühl sein. Sie deutet sogar an, der Zentralverband habe dem christlichen Gaueinteilung und die Krankenunterstützung nachgemacht. Das ist wirklich der ärgste Wadfinn, der je in diesem christlichen Papier gestanden hat. Doch sie wissen es nicht besser, die Vaugewerkschaftschristen. Seit einem halben Dutzend Jahren entfallen sie ihre gegenwärtige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, wie können sie daher wissen, was dorther gewesen ist. Wie können sie wissen, daß die Bezirks- oder Gaueinteilung bereits so lange und noch länger bestanden hat, als der Verband besteht! Und nun gar erst die Krankenunterstützung! Der Mainzer Verbandstag (1901) hatte sich bereits mit einem dahingehenden Antrage des Vorstandes zu befäßigt, in Nr. 3 des „Grundstein“, Jahrgang 1903, wurde die Vorlage verdrüssentlich, und trotzdem glauben die Rindsköpfe der „Vaugewerkschaft“, wir hätten sie kopiert! Diefelbe trasse Unkenntnis des historischen Werdeprozesses der Gewerkschaftsbewegung spricht auch daraus, daß sie die ersten fünf Jahre unseres Verbandes mit denen des christlichen Verbandes vergleicht. Eine Zeit, in der alle Gewerkschaftsarbeit Probieren, Experimentieren war, vergleicht sie mit den letzten fünf Jahren, wo die Missionen für die gewerkschaftliche Praxis längst durch hundertfache Erfahrung festgelegt waren. Und darum wollen wir es der „Vaugewerkschaft“ rund heraus sagen: sie ist uns an alberten, um noch länger ernsthaft mit ihr zu polemisieren.

* Ein einheitlicher Reichstarif. Zwischen dem Verband der Steinseger und den Verbänden der Arbeitergeber im Steinsegergewerbe sind jetzt Unterabteilungen im Gange, welche auf Abschluß eines einheitlichen Tarifes für das gesamte Deutsche Reich abzielen. Auf dem letzten Verbandstage der Arbeitgeber wurde ein Antrag angenommen, der sich für Abschluß eines solchen Reichstarifs ausspricht, und dieser Antrag hat auch bereits eine praktische Gestalt angenommen, da von den Arbeitgebern schon 46.000 ausgemessen worden sind, die zur Erzielung der Vorarbeiten, der Beratungen, Konferenzen usw. verwendet werden sollen.

Dieser Einheitsstatut soll in der Hauptsache herbeiführen: einen wirksamen sanktären Arbeiterschutz, die Regelung der Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage, die Regelung des Lehrlingswesens nach Anzahl der Lehrlinge, nach Ausbildung und Fachschulunterricht, einheitliche Abzüge u. s. w. Weiterer Ausdehnung und Ausarbeitung des Tarifwesens und zur Durchführung der Tariffähigkeitschaft sollen eingeführt werden: ein Tarifausschuß, ein Tarifamt und Tariffriedesgerichte. *Bürokratische Blätter* bemerken dazu:

„Besonders einflussreich erwies sich die Steinschneidmeister auf ihrem in Halle a. d. S. abgehaltenen Snitzungs- verbandstag. Auf diesem Verbandstag, auf dem die Frage des Einheitslohntarifes erwohnen wurde, waren auch Vertreter des Arbeiterverbandes eingeladen und erschienen. Nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen ist kaum daran zu zweifeln, daß in absehbarer Zeit ein einheitslicher Arbeitstarif für das deutsche Steinschneidergewerbe eingeführt wird.“

Generalversammlungen.

Die Gastwirthschaftlichen Hielten vom 24. bis 27. April ihren Verbandstag in Göttingen ab. Unter den 64 Delegirten befanden sich zum ersten Male auch zwei weibliche aus Wittenberg. Der Beschl. lautete, daß von 30 auf 40 % erhöht mit der Maßgabe, daß die Mehrzahl nicht zu einer Erhöhung der Unterhaltungen, sondern lediglich für eine intensiveren Agitation verwendet werden sollten. Demnach sprechend beschloß der Verbandstag die Anwerbung von zwei neuen Deputirten, wovon der eine als Gauborherrin in Rheinland-Pfalzland fungieren soll. Besonderer Nachdruck soll auf die Gewinnung des Häftlingspersonals und der weiblichen Angestellten gelegt werden; um diese an den Verband zu fesseln, soll ihnen, trotzdem sie 10 % weniger Beitrag leisten, dieselbe Unterstüttung gewährt werden wie den übrigen Mitgliedern. Einen schweren Kampf hat der Verband gegen die wünschenswerthen Stellenvermittlungsbureau zu führen; seine Stellung zu der Frage der Arbeitsvermittlung präzisirte der Verbandstag in einer Resolution, in der er auf der Arbeitsnachweislorenzern in Wiesbaden festgelegten Grundsätze als einzig geeigneten Weg zur Befestigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung anerkennt.

Der **Kürschnerverband** hielt seinen Verbandstag vom 16. bis 18. April in **Wittenfels** ab. Von der Einführung der Arbeitslofenunterstützung wurde abgesehen, da es an statischen Grundlagen fehlte, dagegen wurde einstufig besprochen, die Kranken- und Sterbeunterstützung einzuführen. Krankenunterstützung wird nach dreitägiger Karenzzeit gewährt, und zwar erhalten Mitglieder, welche dem Verband ein Jahr angehören, wöchentlich **M 4,80**, auf die Dauer von 30 Tagen. Die Unterstützung steigt bis **M 7,20** auf 50 Tage bei fünfjähriger Mitgliedschaft. Das Sterbegehalt beträgt je nach der Dauer der Mitgliedschaft **M 30** bis **M 50**. Der Beitrag, der bisher für männliche Mitglieder **30 S** und für weibliche **15 S** betrug, wird auf **50** bezw. **25 S** erhöht. Der Vorfigende wird mit einem Gehalt von **M 2100** fest angestellt. Der Sitz des Verbandes bleibt in **Samburg**.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* Vom „ordnungspolitisch“ denkenden Kranken-
kassenbeamten in Pasing. In Nr. 21 des „Grundriss“
brachten wir unter der Rubrik „Politische Umfassung“ die Nachricht,
daß der Rentant Josef Meier in Pasing der Mänschen eine
eigenerartige Pension aus dem Reichstag gerichtet habe, deren Inhabler
dann nach Gebühr beleuchtet wurde. Wir sprachen den Wunsch
aus, daß unsere Mänscher Kollegen einmal untersuchen möchten,
ob denn die Angaben in der Pension des Meier der Wahrheit
entsprächen. Darauf wird uns nun geschrieben:

Mieter, ein Pensionär mit 16.800 sächsischer Pension, ist einer jener Menschen, die es am liebsten immer mit der jeweiligen am Ruder stehenden Partei halten möchten. Bisher war es den freien Gewerkschaften fast unmöglich, einen Mann als Generalversammlungsvorsteher zu wählen. Der Vorwurf, daß Leute in der Vorstandsliste stüben, die ihren Namen nicht schreiben können, könnte also schlagend die bisher im Vorstand stehenden Arbeitgeber und Bollwerke treffen. Erst jetzt hat sich die Situation geändert, indem bei der letzten Wahl am 15. Mai dieses Jahres die Rüste der freien Gewerkschaften mit 186 gegen 26 Stimmen der vereinigten Christen- und Indifferenten siegte. Zwar mußte dieser edle Herr Mieter, der seine Stellung schon ergrichtet fühlte, die Wahl aus Rücksicht der Christlichen zu befeinsseln, indem er einem unserer Genossen, der im Gemeinderath sitzt, die Abgabe eines Kassensatzes verweigerte; es half aber doch nichts. Gegen seinen Kollegen, der die Gemeinderathskasse verwaltete, ging er in sehr unschöner Weise vor und in einer öffentlichen Versammlung priek er sich selbst als den „guten Beamten“. Ja, er erklärte sogar, er wolle nur der Sache dienen, die Kasse ganz um 10 p. c. verwalten, dabei hat er sich aber bei seiner Anstellung einen Vertrag gesichert, der der Vorstandsliste jedes freie Handeln gegen den Rentanten verbietet. Kurz, er ist und will unumschränkt Herrscher in der Vorstandskasse sein, wie ja aus der dem Reichstag übermittelten Petition genau hervorgeht, und wie es ihm bisher bei Renten, die nach seiner Angabe nicht einmahl ihren Namen schreiben können, sehr wohl möglich war. Als vor zwei Jahren die Verleibungung aus unser Laßing berührte, war es ihm dem Herrn Rentanten ganz gemein, um sich ein paar 1/2 m unentgeltlich geworbene Aekte ganz Halbe zu schaffen. Die freie Artwahl wurde mit der Begründung, daß sie zu teuer sei, und auf Meiers Streiben abgelehnt. Jetzt beschließt seit zwei Jahren ein Art für über 400 Kassensmitglieder die Praxis. Dieser Art ist ein Herr, den die Vorstandskasse für 1000 M. jährlich mit Dank absteht, weil sie für seine sonderbare Systemmethode nichts übrig hat. (Seine Köchin schrieb nämlich in seiner Abwesenheit Aetzte für Ungeheuerfrank.) Daß dieser ordnungspolitisch denkende Herr Rentant den Arbeitern seine Macht fühlen läßt, wird nach dem Geschriebenen niemand verwundern. Ein paßiges Erforderniß hat Ausfüllung, wie man es von einem Beamten erwarten sollte, ist bei ihm selbstverständlich. Wenn in der Petition davon die Rede ist, daß die Kassensbeamten mit Gewalt in die Reichen der Sozialdemokraten getrieben würden, so hat man dafür nur ein Wort: Lüge. Im übrigen ist dieser Soß in der Petition nur eine Verleumdung mehr unserer Partei gegenüber, die nur dem Ärger über den Sieg der freien Gewerkschaften entspringen sein dürfte.

Auch eins! Wie sehr dieser „uneigennützige“ Herr Kendanten-
 aber bemüht ist, eine feste Anstellung zu erlangen, geht daraus
 hervor, daß er wiederholt äußerte, er werde sofort die Stellung
 als Resident der Disziplinarstelle niederlegen, wenn er die
 Gemeinderatsentscheidung bekommen könne, wo ihm dann natürlich
 nur noch die obere Aufsichtsbehörde einreden kann. Nun, viel-
 leicht hilft ihm die neue Vorankündigung zu einer schnelleren
 Förderung, was nicht zum Schaden der Kassensammlerlei-
 würde. Die Magistratsbeamten von Pasing bedanken sich aber
 heute schon für einen solchen Koffen, der schon wiederholt in
 der gefälligen Weise gegen sie aufgetreten ist. Im allgemeinen
 erstelt man auch hieraus wieder, auf wach folgend Material

oft berartige Behauptungen in den Petitionen aufgebaut sind, besonders wenn es gelten soll, der Sozialdemokratie oder den freien Gewerkschaften eins anzuhängen.

Verschiedenes.

* **Trinkt Freunde, trinkt!** Wie man die Brauereierhöhung auf das Publikum abwälzen kann, das erläutert in verbündeter Weise das Fachorgan „Deutsche Brauindustrie“. Berlin. Nachdem sie der Bierpreiserhöhung durch die Brauereien das Wort gegeben, heißt es:

Die Brauereierhöhung ist leicht abwägbare auf das Publikum.

Der Vorschlag lautet:

Die norddeutschen Bierbrauereien sollten sich mit den Gastwirten auf folgenden Vorgehen einigen:

1. Die Brauereien erhöhen den Preis für unterjähriges Bier in ganz Norddeutschland gleichmäßig um 1/2 pro Zentimeter.
2. Die Gastwirte fordern für das erste Glas Bier 20 ¢, für jedes weitere 15 ¢ wie bisher. Bei 200 Glas zu 1/2 Liter macht der Gastwirt noch ein gutes Geschäft, denn ein Liter kommt schon durch das erste Glas zu 20 ¢ heraus. Das Publikum hat es dabei vollständig in der Gewalt, die ihm durch den Preissteiger und Unübersichtlichkeit der Verbrauchsabgabe zu tragen oder abzulehnen. Wer fünf Glas Bier trinkt, hat die für das erste Glas Bier mehr gezahlt 6 ¢ wieder eingebracht; wer mehr trinkt, hat schon einen Vorteil gegenüber dem weniger Trinkenden. Und der Wirt hat außerdem sehr viele Gäste, denn mancher, der gewohnt ist, die Lokale mehrmals zu wechseln, wird dies unterlassen, weil er im neuen Lokale für das erste Glas wieder 20 ¢ zahlen muß.

Die Antikalkulatorien kommen dabei aber am wenigsten auf ihre Rechnung, denn der Bierverbrauch wird nicht zurückgehen, sondern eher steigen. Es wird dann gewissermaßen ein Trinken stattfinden um die „Prämie von 5 Pfennig“ bei fünf Gläsern Bier.

Auch die Studentenschaft dürfte sich Willig dieser Art der Eingehung, der Verbrauchsabgabe auf Bier fügen; kommt doch der einzelne Student bei der Stillung seines Durstes pelmüriger besser weg als der Philister und Spieglbürger.

Warum also die große Erregung bei den Gastwirten und die Hege durch die Tageszeitungen gegen die Brauereien? Kann doch die Abwälzung der erhöhten Brauereierhöhung so leicht und kaum merkbar auf das große Publikum erfolgen!

Diesen erschlackernden Vorschlag kritisiert die „Berliner Volks-Ztg.“ sarkastisch durch eine Rechnungsanweisung: Die Gastschneider bei den 20 ¢ für das erste Glas, das bisher 15 ¢ kostete, also eine Preiserhöhung um 33 1/3 Prozent, soll für das Publikum kaum merkbar sein! Dabei ist es eine Eigentümlichkeit aller Biertrinker, daß jeder von ihnen mit einem ersten Glas anfängt. Also trinkt er, der erste Glas Bier trinkt, kann sich dem vorgeschlagenen Alkohol auf seinen Geldbeutel entziehen. Oder weiß man es in der Redaktion des Fachblattes besser? Jeder Bierkonsument merkt also den Preisaufschlag von 33 1/3 % sehr kräftig. Allerdings: Nun gestattet ihm das zitierte Fachblatt großzügig, sich zum Prämientrinker zu entwickeln. Wenn er hinter das erste Glas noch fünf nachtrinkt, dann hat er seine „Prämie“ von fünf deutschen Pfennigen zugleich mit zwei vollen Litern Bier imbus. Danach müssen herrliche Zeiten für die Gastwirte und die Brauereien heraufziehen.

Aus Sparmaßnahmengründen wird dann kein Besucher einer Gastwirtschaft weniger als fünf Glas Bier konsumieren. Um die Ausgabe von fünf Pfennig wieder einzubringen, wird er ohne Besinnen, auch wenn schon ein Glas Bier zur Stillung seines Durstes genügt, den notleidenden Großbrauereien zugleich mit Wonnebeben das fünffache des ausstehenden Quantum hinter die Bande gießen. Er wird dafür ausgeben: 20 ¢ für das erste und viermal 15 ¢ für die folgenden vier Prämientrinks, das macht zusammen 80 ¢ Ausgabe, um 5 ¢ Verlust wieder einzuholen! Das Fachblatt für Bierbrauereien scheint danach anzunehmen, daß die Bierkonsumenten in Deutschland, auf die es die erhöhten Brauereierhöhung „kaum merkbar“ abwälzen will, schon vor dem Genieß des genial erfindenden Prämientrinks besoffen sind. Auch die Gastwirte muß das Blatt für dauernd angeheitert halten, wenn es ihnen zumutet, daß sie auf den genialen Vorschlag antworten. Der Appell an die berechtigten Gemüter der Studenten verbollständigt das Grotteske dieses Vorschlags in wunderbarer Weise. Im Ernst gesprochen: Es muß schämen um die Sache der Großbrauereien stehen, daß ihre Bierpolitik mit solchen Mitteln geführt wird!

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 39 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Modernes Kunstgewerbe und Volkswirtschaft. Von Hermann Wenkel. — Die Eisenbahnfrage in den Vereinigten Staaten. Von Lavis. (Schluß). — Das Kringen und die norwegische Königswahl. Von Wilhelm Jansson. — Vulkanisches. Von Fritz Herbert (Stettin). — Erziehungsfragen. Von E. Kieger. — Literarische Rundschau: Elga Jochenhäuser, Das Frauenwahlrecht. Von Theresie Schlesinger-Gastin.

Die „**Neue Gesellschaft**“, Heft 26. Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Die Englandreise deutscher Redakteure. — Jena, von R. Gier. — Die Witwen- und Waisenversicherung, von Klefs. Der Preis der wöchentlich erscheinenden Hefte ist 10 ¢. Probenummern befinden auf Wunsch der Verlag Berlin W 15, Meinekestr. 5.

Der „**Wahre Jacob**“, Nr. 13 seines 23. Jahrgangs. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die farbigen Bilder „Der deutsche Holtenauer“ und „Der Subertuskirch“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 ¢.

„**Süddeutscher Postillon**“, Nr. 13. Das Titelblatt „Blindenspiel der Polizei“ fällt der nicht allseitig üblichen Polizei ein Spiegel vor. Das Mittelbild in düsterem Dreifarbenbrun zeigt des Jaren Wank auf dem Wasser. Das Schlußbild den gefragten Agrar-Kudus. Die Nummer kostet nur 10 ¢.

Briefkasten.

Münster, W. G. Wird gelegentlich mit verwendet. Soham, Ant. S. Die Gründe, warum wir Ihre Berücksichtigung nicht aufnehmen, wollen wir Ihnen brieflich mitteilen; senden Sie uns zu dem Zwecke Ihre Adresse.

Jauer, E. G. Das Ableben der Ehefrauen unserer Mitglieder wird in der Sterbetafel nicht bekannt gemacht. Auch besondere Anzeigen darüber nehmen wir nicht auf.

Eisfeld, B. Anzeigen solcher Art nehmen wir nicht auf.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik bescheidenlich wie alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhals einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 ¢.)

Coblenz. Am 18. Juni starb unser Kollege **Heinrich Atz** (Sorghelm) im Alter von 63 Jahren an Lungenerkrankung.

Bremerhaven. Am 22. Juni starb unser Kollege **Karl Kirchner** im Alter von 39 Jahren.

Burgbühl. Das langjährige Mitglied, der Schornsteinmaler **Karl Richter** (letzte Zeit Gastwirt in Burgbühl), geb. am 24. Juni 1856 zu Roda bei Grimma, war am 14. Juni plötzlich spurlos verschwunden; am 16. Juni fand man seine Leiche im Schwanenweiher bei Dahlen. Er hatte sich in einem Schwermutsanfall selbst entleert.

Darmstadt-Gr. Zimmern. Am 20. Juni starb im Alter von 24 Jahren an Lungentumor unser treues Mitglied **Wilhelm Bolter**.

Dresden. Am 12. Juni starb im Alter von 66 Jahren unser Kollege **Wilhelm Herrmann** infolge Bluthurzes.

Guben. Am 18. d. M. starb unser Kollege **Gottlieb Späth** im Alter von 62 Jahren an Lungentumor.

Langen. Am 22. Juni starb unser Kollege **Christian Schäfer** im Alter von 42 Jahren an Wasserhust.

Münster. Am 20. Juni starb der Kollege **Albrecht Tratz** im Alter von 48 Jahren an der Prostatitis-krankheit.

Timmerode. Am 16. Juni starb unser Kollege **Otto Behrens** an Tuberkulose im Alter von 26 Jahren.

Treptow a. d. T. Am 16. Juni starb unser treuer Verbandskollege **Heinrich Hensler** an Leberkrebs im Alter von 62 Jahren.

(Ehre ihrem Andenken!)

Potsdam.

Unser erster Vorsitzender ist jetzt **Friedr. Kirchner**, Kreuzstr. 9; Schriftführer ist **Jul. Breilich**, Waldemarstraße 24.

[M. 1,50]

Göttingen.

Die Wohnung des ersten Vorsitzenden **Karl Roth** befindet sich vom 1. Juli an **Gronerstraße Nr. 6, Hinterhaus, 2. Et.**

[M. 1,20]

Wilhelmshaven.

Die Wohnung des ersten Vorsitzenden **K. Krug** ist vom 1. Juli: **Bant, Börsestraße 29, 1. Etage.**

Der Vorstand.

Kollegen, die den Aufenthalt des **Maurers Johannes Wichmann** aus Danzig kennen, werden gebeten, Mitteilung an den Zweigvereinsvorstand in Danzig gelangen zu lassen.

[M. 1,20]

S. A.: Grünhagen.

Aufforderung.

Der Kollege **Jos. Schlitz**, Verh.-Nr. 313 090, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Zweigverein **Muhrot** gegenüber nachzukommen.

[M. 1,80]

S. A.: Heintz. Behrendt.

Burg b. M.

Am Sonntag, den 7. Juli, findet unser **Elftes Stiftungsfest** im „Hohenzollernpark“ statt.

Das Festkomitee.

[M. 2,10]

Rathenow.

Sonntag, den 7. Juli, Nachmittags 2 Uhr: **Fünftehtes Stiftungsfest** verbunden mit

Konzert, Aussegnen, Vogelsticken, Verlosung und Kinderbelustigungen.

Hierzu sind die Kollegen nebst Familien von Rathenow und ben umliegenden Zweigvereinen freundlichst eingeladen.

Das Festkomitee.

Schmölln.

Am Sonntag, den 8. Juli, findet unser diesjähriges **Sommerfest** mit Konzert und Ball auf „BelleVue“ statt.

Sämtliche Mitglieder, sowie auch die der umliegenden Zweigvereine sind hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 3]

Der Vorstand.

Bromberg.

Sonntag, den 8. Juli, Nachmittags 3 Uhr:

Siebtes Stiftungsfest

verbunden mit Preisfesten und Tanz.

Hierzu werden sämtliche Kollegen von hier und Umgegend freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Das Festkomitee.

Templin.

Sonabend, den 7. Juli, Abends 8 Uhr:

Siebtes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn **Heinzinger** in Möbdestin. Alle Kollegen von Templin und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

[M. 2,70]

Laufen a. d. S.

Am 8. Juli:

Erstes Stiftungsfest

im Gasthaus „Drei Löwen“.

Vorm. 10 Uhr: Festversammlung • Nachm.: Gartenfest.

Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

München.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

[M. 6,80] „Grundstein zur Einigkeit“.

Einladung

zu dem am Sonntag, den 1. Juli, stattfindenden

Einundzwanzigsten Stiftungsfest

verbunden mit

Konzert, Glückshafen, Gesang und Ball

unter gütiger Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Westend“

in sämtlichen Räumen des Hackerbrückellers (Hollingerfeller).

Anfang 3 Uhr. Beginn des Balles Abends 8 Uhr.

Eintritt frei. Einzeleisen 50 ¢, Damen frei.

Zahlreicher Beteiligung von organisierten Kollegen sieht freundlichst entgegen Das Festkomitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 1. Juli.

Altdorf i. B. In der „Hofenau“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Bülow. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr bei Emil Schumann, Schützenstraße.

Rendsburg. Nachm. 4 Uhr Generalversammlung in der „Neuen Welt“.

Winsen a. d. Aller. In der Bremerischen Gastwirtschaft. Bücher mitbringen.

Dienstag, den 3. Juli.

Berlin. Zeit: 8 Uhr. Abends 8 1/2 Uhr bei Dünke, Gneisenaustr. 67.

Freystadt. Bücher sind mitzubringen.

Haynau. Abends 8 Uhr bei Heinrich. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Heide. Abends 8 Uhr in der Herberge W. Off.

Liegnitz. Abends 8 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 4. Juli.

Berlin. Gruppe Rastspanner. Abends 8 1/2 Uhr bei Jannasch, Inselstr. 10.

Guben. Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Mitgliedsbücher mitbringen.

Donnerstag, den 5. Juli.

Neustrelitz. Abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal. Z. D.: Abrechnung vom 2. Quartal. Verbleibende Mitgliedsbücher mitbringen.

Sommerfeld. Abends 7 Uhr im Vereinslokal.

Freitag, den 6. Juli.

Berlin. Gruppe Rastspanner und -Fräger. Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 1.

Sonabend, den 7. Juli.

Luka. Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Z. D.: Wahl eines Vorsitzenden und Kassierers. Bücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 8. Juli.

Leitsch. Nachm. 3 Uhr bei Reibel.

Ohlau. Nachm. 3 Uhr bei Schmidt. Die Bücher sind mitzubringen.

Teuchern. Nachm. 4 Uhr in der „Sonne“. Tagesordnung wichtig. Verbandsbücher mitbringen.

Montag, den 9. Juli.

Berlin. Zeit: 8 Uhr. Bei S. Peters. Z. D.: Die unvollständigen Bücher auf den Tanten.

Dienstag, den 10. Juli.

Schmölln. Abends 8 Uhr im „Birnbaum“.

Sonabend, den 14. Juli.

Wanne. Abends 8 Uhr bei Homburg. Mündlich erscheinen. Dieferent. Leo Vogt (Kreisel).

Öffentliche Maurerverfassungen.

Sonntag, den 1. Juli.

Schmiedeberg i. R. Nachm. 3 1/2 Uhr im Gasthaus „Du den drei Ähren“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Muer & Co. in Hamburg.